Nr. 74. 29. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 28. März 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Wählerschichten und Sozialdemokratie.

Aus Magdeburg wird uns geschrieben:

Je mehr und je sprunghafter die Sozialdemokratie ihre Stimmenzahlen vermehrt, desto notwendiger ist es, Klarheit über die Möglichkeit ihrer weiteren Ausdehnung zu gewinnen. Um so größer wird diese Notwendigkeit, als das ursprünglichste und hauptsächlichste Rekrutierungsgebiet der Sozialdemokratie, die reine Lohnarbeiterschicht, zweifellos in einer Reihe von Wahlkreisen fast erschöpft ist, so daß der Zufluß von Wählern aus den übrigen Schichten herangezogen werden muß.

Hochinteressante Einzelheiten an Beobachtung dieser sozialen Wählerschichten bot eine Statistik, die der Sozialdemokratische Verein für Magdeburg im Jahre 1907 hatte aufnehmen lassen. Es wurden damals die von der Partei bei den Reichstagswahlen benutzten Wählerlisten, in denen nach Möglichkeit jeder Wähler, der seine Stimme abgegeben hatte, notiert worden war, statistisch bearbeitet. Dabei wurden die Wähler nach ihren wirtschaftlichen Interessen in 12 Gruppen geteilt, die vielleicht nicht immer und in jedem Fall eine richtige Klassifizierung bedeuten, aber doch im wesentlichen ein getreues Spiegelbild der sozialen Struktur der Wählerschaft geben dürften.

A. 1. Kapitalistische Interessen (Fabrikanten, Unternehmer, Bankiers, Kaufherren, Inhaber von Großbetrieben aller Art, Rentiers);

B. Beamte:
2. höhere Beamte (Richter, Staatsanwälte, Regierungs- und Stadträte);
3. mittlere Beamte (Bureaubeamten, Assistenten, Sekretäre usw.);
4. untere Beamte (Eisenbahn- und Postschaffner, Briefträger usw.);

C. 5. Intellektuelle (Aerzte, Rechtsanwälte, Künstler, Schriftsteller, Referendare, Lehrer an höheren Schulen);

D. 6. der neue Mittelstand (Privatbeamte, Techniker, Architekten, Versicherungsbeamte, Privatlehrer usw.);

E. der alte Mittelstand:
7. Handwerker, Fleischer usw.;
8. Bäcker und Krämer;
9. Agenten, Barbiere, Gastwirte usw;

F. Arbeiter:
10. Schreiber, Musiker, Handlungsgehilfen usw.;
11. Arbeiter in Staats- und Kommunalbetrieben;
12. Arbeiter in Privatbetrieben aller Art.

Die Gruppen der Beamten, des alten Mittelstandes und der Arbeiter sind danach in drei Unterabteilungen geteilt. Für die Beamtenklasse ergaben sich diese von selbst. Für den Mittelstand waren folgende Gesichtspunkte maßgebend: Zu der Abteilung 7 wurde der Stamm des alten Mittelstandes gezählt, die Innungsfreunde und Gewerkschaftsfeinde, die diesem Stande heute das Gepräge geben. Unter 8 wurden dagegen die natürlichen Gegner der Arbeiter-Konsumvereine, die Bäcker und Krämer, aufgeführt, die in der genossenschaftlichen Betätigung der Arbeiter ihren eigenen Ruin wittern und diese Gegnerschaft auf den politischen Kampf übertragen. In Klasse 9 endlich fanden die mittelständlerischen Berufe Unterkunft, die verhältnismäßig leicht zu erreichen sind und die sogenannte „Selbständigkeit" meist ohne große Vorkenntnisse und Mittel ermöglichen. In der Gruppe der Arbeiter ferner wurde unterschieden zwischen den sogenannten „Manschettenarbeitern", den Staats- und den privaten Lohnarbeitern.

Die Ergebnisse der statistischen Aufnahmen haben, wie gesagt, bereits im Jahre 1907 beachtenswertes Material geliefert, das hier und da im Lande zu ähnlichen statistischen Arbeiten Anlaß gegeben hat. Aus diesem Grunde haben in diesem Jahre die Magdeburger Genossen die Statistik wiederholt und sind wieder zu ähnlichen interessanten Resultaten gekommen, aus denen hier einiges mitgeteilt sei:

Die Gruppeneinteilung ist im wesentlichen dieselbe geblieben wie im Jahre 1907, nur daß jetzt die Elementarlehrer, die damals dem neuen Mittelstand zugerechnet wurden, bei den mittleren Beamten eingereiht worden sind, wohin sie mehr gehören als in die Gesellschaft der Techniker usw.

Es waren im Kreise Magdeburg nach amtlicher Angabe 61509 Wahlberechtigte vorhanden. Unsere Listen weisen 61 525 auf, was augenscheinlich darauf zurückzuführen ist, daß nach Anfertigung der Abschriften noch Wähler wegen Verzugs oder Todesfall in der amtlichen Liste gestrichen worden sind, von denen unsere Abschrift keinen Vermerk mehr bekam. Die geringe Differenz von 16 Wählern ändert an dem Gesamtbild natürlich nicht das geringste.

Auf die einzelnen Gruppen — wir führen der Einfachheit halber nur die Zahlen an — entfielen an Wahlberechtigten und Wählern:

Gruppen	Wahlberechtigten	Wähler	Es wählten vom Hundert der Wahlberechtigten 1912	1907
1 . .	4 602	4 302	93,5	88
2 . .	671	646	96,3	90
3 . .	3 325	3 174	95,5	95
4 . .	4 739	4 535	95,7	97
5 . .	1 548	1 380	89,2	89
6 . .	5 294	4 893	92,4	95
7 . .	4 843	4 490	97,7	98
9 . .	899	848	94,3	91
8 . .	3 164	2 774	87,7	90
10 . .	3 235	2 785	86,0	86
11 . .	1 992	1 895	95,1	95
12 . .	27 213	24 892	91,5	92

Aus der Tabelle ergibt sich, daß die Beteiligung in fast allen Berufsgruppen annähernd dieselbe geblieben ist. Nur in wenigen ist eine nennenswerte Steigung oder Abnahme zu verzeichnen. Allerdings die Gruppe der kapitalistischen Interessen, die 7,48 Proz. (1907 8,08 Proz.) sämtlicher Wahlberechtigten umfaßt, weist gleich ein Steigen der Beteiligung von 88 auf 93,5 Proz. auf. Ebenso die kleine Gruppe der höheren Beamten, die innerhalb der Wahlberechtigten allerdings nur 1,09 Proz. (1907 1,06 Proz.) ausmacht. Dagegen zeigt der „neue Mittelstand", Gruppe 6, scheinbar einen Rückgang. Indessen ist diese Abnahme unschwer darauf zurückzuführen, daß die Lehrer jetzt in Gruppe 3 mitgezählt wurden, so daß dort bei den mittleren Beamten statt einer Steigerung tatsächlich eine Verminderung des prozentualen Anteils an der Wahlbeteiligung eingetreten ist.

Welche Bedeutung der neuen Privatbeamtenschicht für den Ausfall der Wahlen in Industriegegenden zukommt, geht daraus hervor, daß die Zahl in Magdeburg — und ähnlich werden wohl die Verhältnisse in fast allen Großstädten liegen — seit 1907 von 3924 oder 7,06 Proz. der Wahlberechtigten auf 5294 oder 8,6 Proz. sich gesteigert hat.

Die Steigerung ist noch erheblicher, als sie hier zum Ausdruck kommt, weil, wie schon erwähnt wurde, einige hundert Lehrer in eine andere Gruppe eingereiht wurden — die Vergleichszahl von 1907 also reichlich hoch gegriffen ist.

Bemerkenswert ist die geringe Beteiligung unter den sogenannten „Stehkragenproletariern", den Schreibern, Musikern, Handlungsgehilfen usw. Ihre Gesamtzahl ist von 3121 auf 3235 gestiegen, ihr prozentualer Anteil an der Zahl der Wahlberechtigten dagegen von 5,62 auf 5,25 Proz. gesunken. Die Staats- und Gemeindearbeiter sind in der Statistik mit 1992 oder 3,32 Proz. (1907 mit 1429 oder 2,55 Prozent) erfaßt. Jedoch sind in der Gruppe 12 — Arbeiter in Privatbetrieben — zweifellos noch einige von ihnen miteinbegriffen, denn aus der Wählerliste ist ebensowenig als aus dem zu Hilfe genommenen Adreßbuch immer zu entnehmen, ob der als „Schlosser", „Arbeiter" oder dergl. bezeichnete Wähler im Privat- oder im Staats- bezw. Gemeindebetriebe beschäftigt ist. Für das Verhältnis der Gruppen zueinander kommt diese Verschiebung jedoch kaum in Betracht, sie wird sich vielmehr leicht ausgleichen.

Vor allem ist aber die Tatsache auch in diesem Jahre neu festgestellt worden, daß die Schicht der reinen Lohnarbeiter in Privatbetrieben bei weitem nicht ausreichen würde, um der Sozialdemokratie in Magdeburg den Wahlsieg zu sichern. Ihre Zahl betrug 1907 26 423 oder 47,73 vom Hundert der Wahlberechtigten. Sie stieg bis 1912 auf 27 213, jedoch beträgt bei dieser Wahl ihr prozentualer Anteil nur 44,2 Proz. An der Wahl beteiligt haben sich aus dieser Gruppe im Jahre 1907 24 350 oder 47,47 Proz. aller abgegebenen Stimmen, im Jahre 1912 dagegen 24 892 oder 43,06 Proz.

Der sozialdemokratische Kandidat erhielt in Magdeburg rund 31 000 Stimmen. Selbst wenn ihm, was nicht anzunehmen ist, alle abgegebenen Zettel sämtlicher Arbeiterwähler zugefallen sind, so wäre diese Gesamtsumme noch bei weitem nicht erreicht. Da nun aber, was aus der Betrachtung der Bezirksresultate mit Deutlichkeit hervorgeht, auch Arbeiterschichten — gelbe und andere „reichstreue Arbeiter" sind in Magdeburg noch zu Hunderten zu finden — für den bürgerlichen Kandidaten gestimmt haben, so ergibt sich aus der Statistik, daß weite Kreise der „bürgerlichen" Wähler diesmal sozialdemokratisch gestimmt haben müssen, insbesondere dürfte das für den neuen Mittelstand und für die Klasse der Unterbeamten zutreffen, die trotz aller Drohungen nicht mehr absolut regierungsfromm sind, wie man es in Amtsstuben gern sähe.

Die relative Abnahme der Lohnarbeierschicht ist nicht nur in Magdeburg zu beobachten. Sie trifft sicher auch für sehr viele andere großstädtische Wahlkreise zu, die nicht einen dazugehörigen Landkreis haben, der die fortziehenden Proletarier aufnimmt. Die Beobachtung dieser Vorgänge erscheint so wichtig, daß die Parteigenossen überall ihr Augenmerk darauf richten sollen. In diesem Sinne hat ja auch der Essener Parteitag 1907 bereits die Aufnahmen ähnlicher Statistiken den Wahlkreisen dringend empfohlen. Es ist zu wünschen, daß dieser Beschluß auch in die Praxis umgesetzt wird.

Die Bergarbeiterbewegung.

Nach der Annahme der Mindestlohnbill.

London, 27. März. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Die Sitzung des Unterhauses dauerte bis 8 Uhr morgens. Nochmals erklärte Macdonald, daß die Arbeiterpartei nach Ablehnung ihres Vorschlages, die Sätze von 5 und 2 Schilling in das Gesetz aufzunehmen, gegen die Bill stimmen werde. Vergebens warnte Keir Hardie vor der Ablehnung des bescheidenen Verlangens, dessen Annahme dem Gesetz die Unterstützung der Bergarbeiterorganisation gesichert und dem Streik ein Ende gemacht hätte. Der Antrag der Arbeiterpartei wurde mit 326 gegen 83 Stimmen abgelehnt. Darauf wurde die Bill mit 213 gegen 48 Stimmen in dritter Lesung angenommen. Die Arbeiterpartei stimmte geschlossen dagegen.

Eine Konferenz der Bergarbeiter beschloß eine Urabstimmung über folgende Frage vorzunehmen: Sind Sie für Wiederaufnahme der Arbeit während der Festsetzung der Minimallohnsätze für die verschiedenen Distrikte durch die nach dem Minimallohngesetz zu ernennenden Distriktsämter? Nach Ansicht der Bergarbeitervertreter wird die Wiederaufnahme der Arbeit von den Arbeitern abgelehnt werden. Die Arbeitervertreter haben um 4 Uhr London verlassen, um so schnell wie möglich in den einzelnen Grubendistrikten die Vorbereitungen für die Erledigung der Lohnfrage zu treffen. Das Ergebnis dürfte erst am nächsten Mittwoch vollständig vorliegen.

Schutz für Arbeitswillige.

London, 27. März. Im Unterhause fragte Claude Lowther, ob die Regierung im Hinblick auf das Elend, das infolge des andauernden Streiks im ganzen Lande herrsche, dahin wirken wolle, daß die Kohlengruben geöffnet würden, und ob den Arbeitswilligen ein angemessener Schutz gewährt würde. Staatssekretär des Innern Mc Kenna erwiderte: Wenn gemeint sei, daß die Regierung die Grubenbesitzer zwingen solle, den Bergleuten zu gestatten, in ihren Gruben zu arbeiten, und die Bergleute zwingen sollte, zu arbeiten, so ist diese Frage mit „Nein" zu beantworten. Für den Fall aber, daß die Grubenbesitzer bereit sind, ihre Kohlengruben zu öffnen, und die Bergleute bereit sind, zu arbeiten, ist von den lokalen Behörden für angemessenen Schutz gesorgt, der gegebenenfalls mit Unterstützung der Regierung gewährt werden wird.

Das Ende des Teilstreiks der französischen Bergarbeiter.

Paris, 26. März. (Eig. Ber.) Die ausständigen Bergarbeiter des Nordens und des Beckens von Anzin haben gestern früh die Arbeit wieder aufgenommen. Man kann nicht leugnen, daß dies weniger das Resultat der Mahnungen der Gewerkschaft zur Aufrechterhaltung der Disziplin war, als die Wirkung der Tatsache, daß sich die große Mehrheit der Bergarbeiter nicht in eine verfrühte Bewegung mit hineinziehen lassen wollte. Die Situation wird in einer Rede, die Genosse Quintin, Generalsekretär des Bergarbeiterverbandes des Nordens, am Sonntag in Lourches gehalten hat, folgendermaßen dargestellt: Es ist nicht richtig, daß sich nur die reformistischen Gewerkschaften dem sofortigen Streik widersetzen. Auch Orte von alter revolutionärer Vergangenheit wollen, daß das vom Kongreß in Angers festgesetzte Datum eingehalten werde. Sie glauben, daß es der ärgste aller Mißgriffe wäre, am Vorabend der Kammerferien eine Bewegung zu beginnen, die sofort mit derselben Brutalität unterdrückt werden würde, wie dies Briand vor 18 Monaten mit den Eisenbahnern getan hat. — Das Exekutivkomitee hat dem Beschluß von Angers gemäß gehandelt, als es sofort nach Beginn des englischen Streiks ein Referendum einleitete. Am 2. begonnen, war es am 17. beendet. Aber ehe noch alle Antworten eingelaufen waren, nämlich am 15., wurde in Angers der Ausstand beschlossen. Wie waren nun diese Antworten ausgefallen? 16 Gewerkschaften mit 122 942 Mitgliedern hatten gegen, 15 Gewerkschaften mit 51 682 Mitgliedern für den sofortigen Streik gestimmt. Unter diesen Umständen blieb dem Exekutivkomitee nichts übrig, als den Streik von Anzin zu mißbilligen.

Die Versammlung nahm diese Erklärungen zur Kenntnis und beschloß eine Resolution, die die Notwendigkeit der Disziplin anerkennt. Ebenso beschloß eine Versammlung in Dessesseville (Gesellschaft von Aniche) aus denselben Gründen die Wiederaufnahme der Arbeit.

Zur Lohnbewegung der belgischen Bergarbeiter.

Brüssel, 25. März. (Eig. Ber.) Der vom Landesverband der Bergarbeiter für Sonntag im Brüsseler „Volkshaus" einberufene Kongreß befaßt sich hauptsächlich mit der in sämtlichen Bassins eingeleiteten Aktion für die Erhöhung der Löhne, mit der Minimallohnfrage und schließlich mit der Eventualität eines allgemeinen Streiks.

Aus den Berichten über die Erfolge der Lohnbewegung geht hervor, daß die Bergarbeiter überall dort, wo die Organisationen kräftig sind, ohne Schwierigkeiten eine fünf- bis zehnprozentige Lohnerhöhung durchsetzten.

Im Bassin von Charleroi, obgleich dort die miserabelsten Löhne bezahlt werden, zeigten die Unternehmer, von geringen Ausnahmen abgesehen, eine ablehnende Haltung. Einzelne versprachen — gegenüber der geforderten fünfzehnprozentigen —

eine fünf- bis zehnprozentige Lohnerhöhung, die freilich bei den dort herrschenden niedrigen Löhnen völlig unzureichend ist. — Im Becken von Lüttich, wo sich, angeregt durch die Vorgänge in England, eine starke Tendenz für einen Streik geltend machte, hat man indes auf friedlichem Wege eine fünfprozentige Erhöhung bewirkt.

Ueber die Verhältnisse im Borinage berichtet der Sekretär Lobbe insofern günstig, als die dortigen, sonst nicht eben in gutem Rufe stehenden Unternehmer die Lohnforderungen mit dem Versprechen, sie zu berücksichtigen, aufnahmen. Dies knapp nach dem großen Streik in einem jener Bassins, in dem man ehedem Arbeiterdelegationen überhaupt nicht anzugehören geruhte. . . . Auch für das Sambrebecken wurden den Arbeitern Lohnerhöhungen vom 1. April ab zugesagt. In Mariemont haben die Bergarbeiter ebenfalls eine fünfprozentige Lohnerhöhung — gegenüber einem zweiprozentigen Angebot der Unternehmer — erhalten. Auch die Arbeiter von Cockeull erhalten vom 25. März eine Lohnerhöhung von 10 Proz. Von dem Berichterstatter Piette wurde konstatiert, daß es in Herstal bei Lüttich noch Hauerlöhne von 3 Fr. gäbe.

In seinem Resumee stellte der Vorsitzende, der Deputierte Dejardin, fest, daß sich die Zahl der dem Landesverband angeschlossenen Mitglieder seit einigen Monaten von 35 000 auf 42 000 erhöht habe. Das seien von den beschäftigten 148 000 Mann 40 Proz. — also eine allzu geringe Zahl. — Dejardin vermerkt die Lohnerhöhungen, die allenthalben erreicht wurden. Ein Generalstreik sei im gegebenen Augenblick mit Rücksicht auf die Lage in England und Deutschland nicht möglich. Es werden noch weitere Erhöhungen zu holen sein, wenn die Gewerkschaften ihre Kräfte stärken und den Kampf fortsetzen. Der Streik bleibe in Berechnung — als Damoklesschwert, das nur nach gründlichem Vorbedacht fallen dürfe. — Ueber die Minimallohnfrage hat Hector Denis auf Wunsch des Zentralkomitees eine Arbeit verfertigt, die von der Föderation als Broschüre verbreitet werden wird.

Bezüglich der Lohnfrage nimmt der Kongreß fast einstimmig eine Tagesordnung an, die die erhaltenen Lohnerhöhungen, sowie die in Aussicht gestellten registriert und sich für die Fortsetzung des Kampfes ausspricht, um die geforderte fünfzehnprozentige Lohnerhöhung durchzusetzen. Die Föderationen werden aufgefordert, zum Zwecke der Kontrolle über die Einhaltung der Versprechungen, ihre Agitations- und Organisationsarbeit fortzusetzen. Die regionalen Föderationen haben ferner dem Landesverband über die künftigen Vereinbarungen betreffend die Lohnerhöhungen Bericht zu erstatten. Das Zentralkomitee wird dann auf Grund der vorhandenen Resultate die Eventualität eines außerordentlichen Kongresses prüfen.

Eine weitere Tagesordnung konstatiert den in ganz Belgien zutage tretenden gewerkschaftlichen Aufschwung, erklärt jedoch als dringende Notwendigkeit den weiteren Ausbau der Organisation im Interesse der Durchführung der Reform der Minimallöhne. In diesem Sinne wird das Landeskomitee aufgefordert, die entsprechenden organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen, um die Zusammenfassung der Bergarbeiter in gewerkschaftlicher Beziehung durchzuführen.

Der Gewerkschaftssekretär Bergmans gibt im Anschluß an die Anregung des Bergarbeitersekretärs Lombards, einen Kongreß zur Beratung der Organisationsform der Bergarbeiter einzuberufen, die Erklärung ab, daß die Gewerkschaftskommission den lokalen Gruppen Redner zur Verfügung stellen werde, um das Prinzip der Zentralisation zur Diskussion zu stellen.

Der Kongreß war von 113 Gruppen beschickt, die mit 142 Delegierten vertreten waren. Auffallend stark war der Borinage vertreten — ein gutes Zeichen für die Entwickelung der dortigen Organisation.

Der Streik in Böhmen.

Prag, 27. März. Im Braunkohlenrevier ist die Lage seit gestern nahezu unverändert. Die Zahl der Streikenden hat nur wenig zugenommen. Unter der Arbeiterschaft aber macht sich eine schärfere Bewegung bemerkbar, die namentlich darauf abzielt, im Falkenau-Elbogener Revier den Streik zu einem allgemeinen zu machen.

Die Bergarbeiterdebatte im österreichischen Parlament.

Wien, 27. März. Abgeordnetenhaus. Während der weiteren Verhandlung über die Anträge betreffend die Lohnzahlungen im Bergbau erklärte Abgeordneter Benkovic, im gegenwärtigen Moment, wo eine Lohnbewegung durch die ganze Bergarbeiterschaft Oesterreichs gehe, müsse verlangt werden, daß alle maßgebenden Faktoren, namentlich die Regierung, den Bergarbeitern möglichst weit entgegenkämen, um zu verhindern, daß die gesamte Volkswirtschaft schweren Schaden leide. Der Redner unterstützte das Minoritätsvotum des Abgeordneten Cingr (Sozialdemokrat) über eine achttägige Lohnzahlung und trat für die unentgeltliche Lieferung der Sprengmittel an die Arbeiterschaft ein. Der Abgeordnete Reger (Sozialdemokrat) trat für die gesetzliche Festlegung von Minimallöhnen für die Bergarbeiter ein. Pik (tschech. Sozialdemokrat) beantragte eine Resolution, in der die Regierung aufgefordert wird, spätestens bis Ende 1912 eine Gesetzesvorlage über die Minimallöhne im Bergbau zu unterbreiten und eine Enquete über die Minimallohnfrage zu veranstalten. Er forderte die Regierung auf, für die Forderungen der Bergarbeiter einzutreten, indem er darauf hinwies, daß es sich in Böhmen um eine große Bewegung von 177 000 Bergarbeitern handle. Der deutsche Sozialdemokrat Seliger besprach den Kohlenarbeiterstreik in Böhmen, der durchaus kein Sympathiestreik für die englischen Bergarbeiter sei. Oesterreich stehe vor der Gefahr eines allgemeinen Bergarbeiterstreiks, dessen Folgen für die wirtschaftliche Lage Oesterreichs unübersehbar wären. Hierauf wurde die Debatte geschlossen. Generalredner Abg. Fresl trat für die Ueberweisung der Streikfälle an die ordentlichen Gerichte ein, da die Bergarbeiter zu den Bergämtern kein Vertrauen mehr hätten. Die Anträge des Ausschusses, in denen eine vierzehntägige Lohnzahlung beim Bergbau vorgeschrieben wird, wurden darauf angenommen. Alle Minoritätsanträge, welche eine achttägige Lohnzahlung fordern, wurden abgelehnt. Die Resolution des Abg. Pik wurde abgelehnt, dagegen sein Antrag auf Veranstaltung einer Enquete zum Studium der Frage des Minimallohns angenommen. Ebenso wurde ein Antrag, in dem die Regierung aufgefordert wird, zur Beilegung des Streiks in Böhmen vermittelnd einzugreifen, angenommen.

Streikjustiz.

Dortmund, 26. März. (Eig. Ber.) Am Dortmunder Landgericht ist eine besondere Strafkammer (Ia) zur Aburteilung der Streikverbrecher" gebildet worden. Es wird von mehr als hundert Strafsachen gesprochen. Am Montag waren es zehn „Fälle". In einem Fall sollte nach einem Schutzmann mit einem Stein geworfen worden sein, getroffen war er nicht. Der Angeklagte wollte nach dem Polizeihund geworfen haben, was ihm nicht geglaubt wurde, obschon der Schutzmann selbst erklärte, daß der Stein in der Höhe des Hundes und an der Seite, wo der Hund lief, geflogen sei. Der Staatsanwalt beantragte 4, das Gericht erkannte auf 3 **Monate Gefängnis**. Bei jedem Urteil wurde darauf verwiesen, daß die Arbeitswilligen besonders geschützt werden müßten.

In einer anderen Sache sollte ein Streikender „Dicklopf" und „Streikbrecher" zu einigen Arbeitswilligen gesagt haben. Zu Beginn der Verhandlung wollten die betreffenden zwei Brüder den Strafantrag zurücknehmen, der Staatsanwalt erklärte ihnen aber, daß sie dann die „ganzen Kosten tragen" müßten. So beeinflußt, hielten die Zeugen dann den Strafantrag aufrecht! Der Staatsanwalt beantragte 3, das Gericht erkannte auf 4 **Wochen Gefängnis**! Für ein Wort also, das bis vor einigen Jahren noch gar nicht als Beleidigung galt!

In einem weiteren Fall sollte ein Streikbrecher auf Schutzleute geschossen haben. Die Beamten konnten aber selbst nicht bekunden, daß die Schüsse auf sie abgegeben worden seien. Der Angeklagte gab an, daß er einmal in die Luft geschossen habe, da ihm ein anderer Mann seinen Revolver zum Kauf angeboten habe. Der Staatsanwalt ließ die Hauptanklage fallen, er beantragte vier Wochen Haft und 50 M. Geldstrafe. Das Gericht erkannte so. Der Angeklagte blieb in Haft!

In der letzten am Montag verhandelten Sache lautete die Anklage auf Nötigung, Widerstand und Beleidigung. Der Angeklagte gab an, daß er im Gegenteil die Menge aufgefordert habe, still zu sein und von der Straße zu gehen, damit die Polizei nicht scharf vorgehe. Der Staatsanwalt beantragte 4 Monate Gefängnis, der Angeklagte, der ohne Verteidiger war und schlecht deutsch verstand, wünschte einen Dolmetscher, was nicht weiter beachtet wurde. Das Gericht erkannte auf 3 **Monate Gefängnis**.

Eine Reihe anderer Fälle mußte vertagt werden.

Am Dienstag ging die Justizarbeit munter fort. Der Bergmann Joh. Kacmierczak aus Hombruch sollte zu einigen Streikbrechern gesagt haben: „Sie kriegen auch noch was mit dem Gummischlauch." Zwei katholische Zeugen unterstützten die Anklage und sagten gegen den katholischen Angeklagten aus, ein gleichfalls katholischer Zeuge bekundete nur eine unverfängliche Aeußerung, die der Angeklagte zugab. Der Staatsanwalt sprach von „grundloser Beleidigung" und beantragte 6 **Wochen Gefängnis**. Das Gericht erkannte so.

Dann nahm ein Ehepaar in der Anklagebank Platz. Die Frau sollte das Wort „Streikbrecher", gebraucht haben. Der Mann sollte einen Streikbrecher bedroht haben. Das wurde zugegeben, es soll aber aus dem Grunde geschehen sein, weil der Arbeitswillige durch den Garten des Streikenden gekommen war, was verboten wurde. Der Staatsanwalt beantragte bei der Frau 1 Monat, bei dem Mann 4 Monate Gefängnis, das Gericht erkannte auf 3 Monate bzw. 2 Wochen. — In einer weiteren Sache hatte ein Bergmann, der noch unschlüssig war, ob er mitstreiken wollte oder nicht, „Deutschland, Deutschland über alles" gesungen, deutsch und polnisch. Er wurde wegen groben Unfugs verhaftet und dann gefesselt. Er sollte auch Widerstand verübt haben. Es gab einen Monat Gefängnis und 10 Tage Haft. — Eine andere Sache, in der 8 Zeugen geladen waren, wurde auf Antrag der Verteidigung vertagt, weil die Ladungsfrist nicht gewahrt worden war. — Weil er einen Fahrsteiger durch das Wort „Streikbrecher" beleidigt haben sollte, erhielt der Hauer Flotzak 4 Wochen Gefängnis. Ein Gendarm hatte gesehen, daß der Streikende „den Mund geöffnet" hatte!

Der Krieg.

Die Friedensbemühungen.

Paris, 27. März. Wie der Agence Havas aus besonderer Londoner Quelle gemeldet wird, setzen die Mächte den Meinungsaustausch über einen in Konstantinopel zu unternehmenden Schritt, wie sie ihn auch in Rom unternommen haben, fort.

Die Agitation der italienischen Sozialisten gegen den Krieg.

Rom, 25. März. (Eig. Ber.) Das vom Parteivorstand ernannte Agitationskomitee gegen den Krieg hat bereits in vielen Städten große Protestversammlungen abgehalten. So hat in Corato eine große öffentliche Versammlung stattgefunden, zu der Vertreter aus ganz Apulien erschienen waren. Die Versammlung unter freiem Himmel war von der Polizei verboten worden. Genosse Giovanni Lerda sprach vor einem vorwiegend aus Landarbeitern bestehenden Publikum von über 10 000 Personen. Auch in Sestri Ponente und Alessandria, Pavia und vielen anderen Orten haben Protestversammlungen stattgefunden, die alle stark besucht waren. Je mehr sich der wirtschaftliche Rückschlag des Krieges geltend macht, um so schlaffer reagieren die bürgerlichen Kreise gegen die Agitation.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. März 1912.

Postetat.

Aus dem Reichstag, 27. März. Genosse Wendel wollte sich in seiner sehr beachteten „Jungfernrede" — wundern, daß in den Gebieten des Reichspostamtes die frische Zugluft des Weltverkehrs gar nicht zu spüren wäre, in der Tat ist man diesen Bureaukratismus schon gewohnt, der in keiner Verwaltung so mächtig ist, wie gerade im Reich freiester internationaler Beziehungen! So war es — wie Genosse Wendel hervorhob — vor Podbielski, und so ist es jetzt noch. Und wie in jedem Jahr, so muß auch diesmal die Sozialdemokratie gegen einen Staatssekretär kämpfen, der immer wieder mit demselben unerschütterlichen Gleichmut dieselben Grundsätze eines unantastbaren Verwaltungsabsolutismus proklamiert.

So war es auch heute wieder.

Zuerst wurden — ohne jegliche Diskussion — die Verlängerung des bulgarischen Handelsvertrages und des Etatsnotgesetzes in der Fassung der Budgetkommission angenommen. Dann wurde die Generaldebatte des Postetats mit Bemerkungen der Abgeordneten Dr. Werner (Gießen), Dr. Will und Bruhn wieder aufgenommen, während der Saal immer leere und leerer wurde.

Die Aufmerksamkeit des Hauses erwarb sich erst unser Genosse Wendel, der mit gutem Humor das ganze Kraetke-System einer sehr präzisen und scharfen Kritik unterwarf. Der Staatssekretär und seine zahlreichen Räte, die ihrer Verwaltung nur in bureaukratischer Sachkunde nähergekommen sind, kamen aus dem Erstaunen gar nicht mehr heraus: über Postwesen läßt sich geistreich reden! Ja, auf diesem Gebiet der Verkehrsordnung können sogar lebendige, moderne Anregungen entstehen! Und die Zöpfe wurden geschüttelt. . . .

Mit besonderer Energie wandte sich am Schluß seiner Rede Genosse Wendel der Einrichtung der Ostmarkenzulagen zu, die er zum Entsetzen ängstlicher Gemüter einen Korruptionsfonds nannte.

Was sollte Herr Kraetke gegen diesen Angriff sagen? Er befestigte seinen Zwicker, erhob sich und erklärte mit unnachahmlicher Würde, daß er Sozialdemokraten in seiner Verwaltung nicht dulde. Man kann sich denken, daß auf diese Harmlosigkeit ein lustiges Lachen antwortete. Im übrigen versuchte er eine Attacke gegen unseren Genossen Sachse, die noch im Laufe der zahlreichen persönlichen Bemerkungen mühelos zurückgewiesen wurde.

Der umfangreiche Führer der agrarischen Unentwegten, Herr Dr. Oertel, gehört zu den Rednern, die das bekannte „Ohr des Hauses" haben. Aber heute verließ ihn sogar seine sonst witzige Bonhomie, und es waren allenfalls plumpe Scherze, mit denen er sich helfen wollte. Zeitweise bekam er Anfälle von Entrüstung und redete sich in ein Pathos hinein, das absolut nicht zu seiner Figur paßt.

Einzelne Wünsche wurden noch vorgebracht von dem Nationalliberalen List, und vor allem von dem Fortschrittler Hubrich, der als Leiter des Verbandes mittlerer Postbeamten deren Beschwerden und die Lage der Unterbeamten sachkundig zu schildern wußte. Seine Verteidigung des unangreifbaren Patriotismus seiner früheren Kollegen hat ihm sicherlich den Beifall des Staatssekretärs eingebracht, indessen ist die Frage wohl berechtigt, ob die starke Betonung, mit der er sie vorbrachte, den Forderungen der Postbeamten viel helfen wird.

Nach einigen Bemerkungen des Polen Czarlinski und des Welfen v. Scheele wurde die Generaldebatte geschlossen; die Spezialdebatte beginnt morgen und soll zu Ende geführt werden, da das Haus sich nach den Osterferien sehnt.

Etatsnot im Dreiklassenhause.

Jedes Jahr fordern alle Parteien des Geldsackparlaments die Regierung deutlicher auf, den Landtag früher einzuberufen, schon damit er den Etat rechtzeitig erledigen kann. Aber die Regierung weiß sehr gut, daß mehr Etatsberatung mehr Verwaltungskontrolle bedeutet und darum pfeift sie auf die Wünsche der Erlauchten, Edlen und Geehrten von beiden Häusern des Landtages. Sie hat auch genug daran, daß ihr die Dreiklassenmehrheit in fünf Monaten im Jahr ihre Macht zeigen kann und wünscht nicht, sie durch noch längere Zeit im Jahre kennen zu lernen.

So kommt es, daß der Etat nie rechtzeitig, also vor dem 1. April fertig wird. Am gestrigen Mittwoch wurde ein Antrag aller bürgerlichen Parteien auf Beschließung eines Etatsnotparagraphen der Budgetkommission überwiesen. Herr Pachnicke machte gegen diese Form, die man dem im Reiche üblichen Etatsnotgesetz vorzieht, ganz gewichtige konstitutionelle Bedenken geltend, obgleich auch seine Partei den Antrag unterschrieben hat. Wohl um nicht — Gott behüte! — in den Verdacht der „unfruchtbaren Negation" zu kommen.

Genosse Hoffmann erklärte, daß die Sozialdemokraten den Antrag ablehnen. In der Tat ist es so, daß der Landtag seinen Druck auf die Regierung verschärfen müßte, wenn er die rechtzeitige Einberufung erzwingen will. So aber gibt er selbst den Ministern das Mittel in die Hand, das die frühere Einberufung entbehrlich macht. —

Die fortgesetzte Beratung des Kultusetats brachte keine größeren Debatten. In Uebereinstimmung mit allen Parteien des Hauses trat auch Genosse Dr. Liebknecht für einen Antrag des im Riesengebirge gewählten Fortschrittlers Wenke für einen gesetzlichen Naturschutz ein.

Am Schluß der Sitzung erwähnte Genosse Hoffmann die von der heiligen Allianz gegen die proletarische Jugendbewegung geplante Massenverbreitung der Trottrede ohne Salz über die königlich preußische wirkliche geheime Jugendpflege und bot den Herrschaften die tatkräftige und erfahrene Mithilfe der Sozialdemokratie bei dieser Flugblattverbreitung an.

In einer Abendsitzung ging die Beratung des Kultusetats fort. Fertig muß der Kultus werden; frisch Gesellen, seid zur Hand!

* * *

Die Frankfurter Universität bei Nacht.

Die Stadt Frankfurt a. M. und ihre reichen Bürger wollen eine Universität errichten, ohne einen Pfennig vom Staat zu verlangen. Ein anderer, ein Kulturstaat würde sich freuen und nur Sicherstellung der Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre fordern. Aber Preußen denkt daran, daß dieses Malefiznest am Main schon eine glanzerfüllte fröhliche Freistadt war, als da oben in den Tundren Borussiens erst halbwilde Junker den Markgrafen das Leben sauer machten, daß Frankfurt frei blieb bis 1866, und daß es trotz äußerlicher Schwarzweißerei bis heute nicht vergaß, daß es unter anderem auch der Sitz der ersten großdeutschen Volksvertretung war. Darum wird Frankfurt eben gezwiebelt!

Das Zentrum vor allem ist gegen diese Universität, die die Gottesgelahrtheit nicht in den Lehrplan aufnehmen will. Nacht muß es sein, wo die Sterne des Essener Zentrumsabgeordneten Dr. Bell, dieses Pariser Cabaretiertyps, strahlen: Nachtsitzung des Dreiklassenhauses! Hier auf einmal ist das Zentrum gegen den Einfluß der Geldmenschen auf die Hochschulen — wie's trefft.

Der Minister erklärt vor allem, daß der Landtag nichts hineinzureden hat; nur der König kann die Errichtung genehmigen. Und nur wenn dem König die Statuten passen, wird sie errichtet. Da sie völlig den Staatsuniversitäten entsprechen soll, kann man sich schon denken, was das für Bedingungen sein werden. Freiheit, die Ich meine. . . .

Der Marburger Professor Brett (ft.) ist absolut gegen die Konkurrenz-Universität, der konservative Graf Clairon d'Haussonville nicht einmal so sehr. Beide vermissen schmerzlich — leider ach! — die Theologie.

Heute, Donnerstag, geht die Debatte um 10 Uhr weiter.

Dauersitzung im Herrenhaus.

Alte Herren reden viel, reden lang, reden gern. Alte Herren werden immer älter, und je länger das Herrenhaus besteht, desto länger werden die Reden und Sitzungen in ihm. Wenn das Herrenhaus nicht rechtzeitig abgeschafft wird, wird man noch einen Maximalarbeitstag für die geborenen und ernannten Gesetzgeber erster Güte einführen müssen.

Gestern, Mittwoch, debattierte man geschlagene fünf Stunden allgemein über das Gesetz, durch das die Sparkassen gezwungen werden sollen, 20 bis 80 Proz. ihres Vermögens in auf den Inhaber lautenden, mündelsicheren Schuldverschreibungen anzulegen. Drei Fünftel davon in preußischen oder Reichspapieren. Wenn dieser Besitz zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes veräußert wird, soll er binnen zwei Jahren wieder hergestellt sein müssen.

Die Regierung erwartet von dem Gesetz nicht nur eine Vergrößerung der Festigkeit der Sparkassen im Falle von Runs bei Kriegsgefahr und Mobilisierung, da die Staatspapiere der Sparkassen von der Reichsbank belehnt werden sollen — wenn die das Geld dazu haben wird! —, sondern sie erhofft insbesondere eine Hebung des Kurses der Staatspapiere von der durch den Kaufzwang künstlich gesteigerten Nachfrage nach den Staatspapieren.

Wenn man Herrn Lentze sagt, daß diese Wirkung nicht eintreten wird, weil die Kapitalisten die Staatspapiere doch wegen der geringeren Verzinsung boykottieren und durch den geringen Teil des Sparkassenvermögens, der in Titres angelegt werden soll, die stärkere Nachfrage kaum eintreten wird, — dann „antwortet" Herr Lentze einfach: Ja, das Publikum will nur höhere Zinsen

und zieht deshalb sogar exotische Papiere vor! . . . Als Oberbürgermeister dachte er überhaupt anders, wie ihm boshaft Graf Grote nachwies.

Die Vorlage wurde auch mit großer Mehrheit angenommen. Das widerfuhr ihr auch schon 1906, aber im Abgeordnetenhaus versandete sie dann. Das kann ihr auch diesmal geschehen.

An der Debatte beteiligte sich auch das neueste Mitglied, der rheinische Oberpräsident, frühere Finanz- und Polizeiminister und — wie er wohl hofft — künftige Reichskanzler Kreuzwendedich v. Rheinbaben. Der Mann hielt es für nötig, Deutschland zu mahnen, sich nur ja mit künftiger Kriegsgefahr recht herzinniglich zu vertrauen. Da könnte vielleicht Wunsch und Gedanke nahe beieinander wohnen. . . . In dem Steigen der Sparkasseneinlagen sieht der Freiherr Kreuzwendedich die beste Widerlegung der „sozialistischen Verelendungstheorie". Da sind wohl ausgerechnet in der Rheinprovinz die Arbeiter Sparkasseneinleger, und ausgerechnet in der Rheinprovinz wird der Gegensatz zwischen dem Luxus der Großgrund- und Grubenbesitzer und dem Lebensniveau der Massen nicht immer schärfer. Das lernt man vielleicht in Essen, Krefeld und auf Villa Hügel, dem Herrensitz der Krupp. . .

Der Seehandlungspräsident v. Dombois bereitete die Patrioten auf ein bißchen Zwangskurs, also Staatsbankerott, im Kriegsfalle vor und meinte, sehr nützlich übrigens, daß uns künftig die schnellen Siege von 1866 und 1870/71 keineswegs mündelsicher seien! —

Donnerstag werden kleinere Vorlagen beraten.

Aus der sozialdemokratischen Reichtagsfraktion.

Die Fraktion sendet an die Familie des verstorbenen Abgeordneten Traeger ein Beileidsschreiben und wird sich bei der Beerdigung durch eine Deputation vertreten lassen.

In die Wohnungskommission wurden gewählt: Dr. Erdmann, Büchner, Büchner, Hättmann, Haupt, Vogtherr, Göhre und Hofrichter. Zu Fraktionsrednern werden bestimmt für die Wehrvorlagen: Haase und Dr. Gradnauer; für die Deckungsvorlagen: Dr. Südekum und Wurm (als eventuelle dritte Redner Geyer und Dittmann); Militäretat: Stücklen und Schöpflin, eventuell noch Keil und Schulz; Marineetat: Vogtherr und Bernstein; Reichskanzler und Auswärtiges Amt: Scheidemann, Dr. Lensch, Dr. David, Ledebour; Reichseisenbahnen: Fuchs, Dr. Weill, Peirotes; Reichseisenbahnamt: Reißhaus, Ulrich und Blos; allgemeine Finanzverwaltung: Dr. Südekum und Stolle. Als Berichterstatter der Fraktion an den Parteitag in Chemnitz wurde Genosse Stadthagen gewählt.

Ein Scharfmacher-Professor.

Der bekannte Professor Dr. Ludwig Bernhard, das Schoßkind der preußischen Regierung, hat wieder eine Probe seiner Brauchbarkeit abgelegt. Wie er sich seinen Berliner Professorenposten verdient hat durch die Verteidigung der preußischen Polenpolitik, so scheint er jetzt höher strebenden Absichten vorarbeiten zu wollen durch ein Referat, das er auf der Hauptversammlung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute in Düsseldorf hielt. Die Versammlung fand am 24. März statt und war von vielen Vertretern der Schwereisenindustrie besucht. Auch der Oberpräsident Freiherr v. Rheinbaben ließ es sich nicht nehmen, diese gewichtigen Persönlichkeiten des Unternehmertums zu begrüßen. Professor Bernhard referierte über „Schwerindustrie und Sozialpolitik". Seinem Vortrag entnehmen wir folgende charakteristischen Ausführungen:

„Man darf nicht übersehen, daß auch die Sozialpolitik ihre Zeiten des Niederganges, des Barock hat, in denen die Schattenseiten der gewaltigen Einrichtungen bedenklich hervortreten. . . .

Im Massenbewußtsein hat sich die Vorstellung gebildet, daß jede Erkrankung, jeder Unfall zum Rentenbezug führen müsse. Infolgedessen ist die Aufmerksamkeit auf die Vorgänge des eigenen Körpers gerichtet, und es treten jene nervösen Erscheinungen auf, welche die Aerzte als „Rentenhysterie" bezeichnen. Anfangs vereinzelt vorkommend, ist diese Krankheit allmählich zu einer Epidemie geworden, von der die Aerzte aus allen Industriegebieten Deutschlands übereinstimmend berichten. Diese schwächende Nebenwirkung der Arbeiterversicherung ist infolge einer nachgiebigen Rechtsprechung so ins Große gewachsen, daß die Einrichtungen, mit denen man kräftige und frohe Menschen heranziehen wollte, zur Degeneration unseres Volkes zu führen drohen.

Auch in der Arbeiterschutzgesetzgebung sind Zeichen der Dekadenz erkennbar. Uebereifrige Sozialpolitiker sind am Werke, die ohne Kenntnis der Praxis neue Maßnahmen fordern, um sich den Arbeitermassen gefällig zu zeigen. . . .

Bis vor kurzem hat man hoffen können, daß diese Gefahren der autoritären Sozialpolitik durch das Erstarken der Selbsthilfe und durch eine ruhige und zweckmäßige Entwicklung der Arbeiterorganisationen ausgeglichen werden, jedoch leider wird diese Ueberzeugung durch die Ereignisse der letzten Jahre erschüttert; Ereignisse, die sich in der Praxis aller Industrieländer abspielen. Anarchistische Methoden, Sabotage, Terrorismus werden gepredigt und verbreiten sich nicht nur in Frankreich, Italien und Belgien, sondern auch in Deutschland, England und auf dem Arbeiterkontinent Australien, dessen sozialpolitische Einrichtungen neuerdings allzu lebhaft gerühmt werden.

Mit dieser Entwicklung hängt die Frage des Schutzes der Arbeitswilligen eng zusammen: solange man glauben konnte, daß sich die Arbeiter allmählich zu wohlgeordneten Organisationen zusammenschließen werden, welche ein Element der Sicherheit und der ruhigen Entwicklung bilden, mußte man fordern, daß die Regierung diese Entwicklung nicht durch einen allzu bereitwilligen Schutz der Outsiders, der Arbeitswilligen aufhalte. Sobald man jedoch erkennt, daß jener Glaube ein Irrtum war, da viele Organisationen infolge der Oligarchie der Führer und aus anderen Gründen entarten, muß man den Schutz der Arbeitswilligen als ein wesentliches Moment ansehen, um den drohenden Terrorismus der Arbeiterorganisationen zu verhindern. Hier darf der Staat nicht untätig zusehen, und nichts wäre gefährlicher, als eine Politik der gekreuzten Arme.

Man kann auf die Dauer nicht dulden, daß Institute der sozialen Versicherung als Werkzeuge einer politischen Partei mißbraucht werden. Man muß die unheilvolle Praxis bekämpfen, durch welche Krankheit und Rente, Unfall und Rente so fest zusammengeschlossen werden, daß die Rentenhysterie eine Volkskrankheit geworden ist, und man muß allen jenen Uebertreibungen entgegentreten, welche die Unternehmungslust durch staatliche Kontrollen hemmen, sonst wird das, was ein Segen war, zum Fluche werden."

Verdientermaßen wurde von den versammelten Scharfmachern dieser Vortrag des Herrn Universitätsprofessors mit stürmischem Beifall aufgenommen, denn wenn sie ihren einstigen Generalsekretär Bueck oder Herrn Beumer vorgeschickt hätten, hätten diese nicht besser die Wünsche der Großindustriellen vertreten können, als es dieser „Mann der Wissenschaft" tat. Es verschlägt ja nichts, daß die Praktiker der Sozialpolitik zu ganz anderen Resultaten kommen als Professor Bernhard. Erst dieser Tage wurde im Reichstage von bürgerlicher Seite über die rigorose Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes geklagt. Herr Professor Bernhard klagt dagegen über die große Nachgiebigkeit dieser Instanzen. Es verschlägt auch nichts, wenn in diesem Kreise der Wahrheit zuwider behauptet wird, daß in Deutschland Sabotage getrieben werde. Die Hauptsache ist, daß Stimmung für ein Zuchthausgesetz gegen die Arbeiter gemacht wird, und das zu besorgen, ist der Professor Bernhard der rechte Mann. Er wird in der Gunst der preußischen Regierung sicher durch die neueste Leistung noch erheblich gestiegen sein.

Aus dem bayerischen Landtage.

In den letzten Sitzungen verloren sich die Debatten über die allgemeine Politik in parteipolemischen Erinnerungen an den Wahlkampf. Am Mittwoch sprach Genosse Adolf Müller. Er verlangte von dem neuen Ministerpräsidenten nähere Aufklärung über die unklaren Allgemeinheiten seiner Programmrede und verurteilte den Beschluß des Zentrums, daß ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion im Präsidium nicht vertreten sein darf. Ein solches Beispiel prinzipieller Beseitigung der parlamentarischen Gleichberechtigung sei unerhört und bisher in Bayern nicht üblich. — Aus der schwarzen Wahlmache erwähnte er die Agitation des Zentrums mit der Nacktänzerin. Einer der dadurch aufgeregten Wähler hätte dem Redner folgenden Brief geschrieben:

„Ihr Saufozi! Den König fortjagen und mit nacketen Menschern Unzucht treiben, das könnt Ihr, sonst nichts!"

Der Redner fügte diesem Briefe eines Zentrumswählers die Bemerkung hinzu, daß die Sozialdemokraten in der Regel an solchen Belustigungen nicht teilnähmen, namentlich an solchen Belustigungen nicht, wie sie sich zum Beispiel jüngere und ältere Vertreter des feudalen Adels und Industriekapitals gegen 100 M. Gesellschaftsgebühr in einer oder der anderen Stadt mitunter gönnen, ohne daß die sonst allwissende Polizei des Freiherrn v. Soden etwas davon wisse.

Genosse Müller verlangte ferner Aufklärung über den Wechsel des Ministeriums und verurteilte die Nichtbestätigung sozialdemokratischer Bürgermeister. Redner verlangte unbedingte Gleichberechtigung der Sozialdemokratie mit anderen Parteien. Sollte die Verfassung keinen Raum für eine im Volke und in der Entwicklung wurzelnde Partei haben, so müsse in der Verfassung mehr Raum geschaffen werden.

Am Schluß der Sitzung gab es auch am Mittwoch, wie jetzt regelmäßig, eine heftige geschäftsordnungsmäßige Auseinandersetzung zwischen den Liberalen und dem Zentrumspräsidium wegen seiner parteilichen Geschäftsführung.

Das Fiasko der Handwerksrettung

wird in einer Eingabe der Zimmermeisterzwangsinnung zu Köln offen zugestanden. Die Innung stellt die absurde Forderung, daß grundsätzlich nicht mehr bei Submissionen dem Mindestfordernden der Zuschlag erteilt werde. In der Begründung heißt es:

Trotz allen Maßregeln zur Förderung des Handwerks ist eine tatsächliche, erfolgreiche Förderung des Handwerks nicht möglich und wird eine solche nie erreicht werden können ohne eine schleunige Reform des Submissionswesens. Ist es doch eine traurige Tatsache, daß trotz der in den letzten Jahrzehnten so mächtig einsetzenden Handwerkerbewegung, trotz aller vom Handwerk gewiß dankbar empfundenen durch Reichsgesetze geschaffenen Einrichtungen die größte Anzahl tüchtiger, fleißiger Handwerker nicht nur nicht vorwärts kommt, sondern von Jahr zu Jahr zurückgeht, weil die Existenzfähigkeit mehr und mehr schwindet bezw. schon geschwunden ist.

Das ist ja genau das, was die Sozialdemokratie den Handwerkern vorher gesagt hat. Man hat die Handwerker mit den Handwerkskammern, Zwangsinnungen, mit Meistertitel und kleinem Befähigungsnachweis bewußt zum Narren gehalten. Schrieb doch der damalige Reichskanzler Fürst v. Hohenlohe in sein Tagebuch: „Nachmittags war eine lange Sitzung des Staatsministeriums, in welcher die umfangreichen Gesetze für die Handwerkerorganisation beraten wurden. Es ist ein ziemlich törichtes Gesetz. Wenn aber die Handwerker Zwangsinnungen haben wollen, so soll man sie ihnen geben".

Aenderung des Landtagswahlgesetzes in Schwarzburg-Sondershausen.

In der heutigen Landtagssitzung wurde der Regierungsentwurf betreffend Abänderung des Landtagswahlgesetzes mit allen gegen eine Stimme angenommen. Der Entwurf bringt für die Landtagswahlen anstatt der bisherigen öffentlichen Wahl die geheime Wahl durch Stimmzettel. Die Wahlmänner zu den sechs allgemeinen Wahlen und ebenso auch die Abgeordneten werden künftig durch Stimmzettel gewählt. Sechs Abgeordnete werden nach wie vor von dem regierenden Fürsten ernannt und sechs von den Höchstbesteuerten gewählt. Das Wahlalter ist vom 21. auf das 25. Lebensjahr erhöht worden.

Italien.

Ersatzwahlen.

Rom, 25. März. Am 24. März haben in Alessandria und in Venedig zwei Ersatzwahlen stattgefunden, bei denen die sozialistische Partei beteiligt war. In Alessandria hatte Genosse Zerboglio sein Mandat niedergelegt, weil er, im Gegensatz zur Mehrheit der Partei und seines Wahlkreises, kein Gegner des italienisch-türkischen Krieges ist. An seine Stelle stellte die Partei den Linksreformisten Genossen Bonardi auf. Dieser erhielt 4648 Stimmen gegen 4528 des konservativen Gegners. Da 171 Stimmzettel beanstandet sind, ist noch nicht zu bestimmen, ob Genosse Bonardi im ersten Wahlgange gewählt ist oder ob eine Stichwahl nötig ist. Das Wahlergebnis gab zu einer großen Demonstration für den Sozialismus und gegen den Krieg Anlaß.

In Venedig hatte der revolutionäre Sozialist Mufatti sein Mandat niedergelegt, weil der Proteststreik gegen die Tripolisaffäre, zu dessen eifrigem Verfechter der Abgeordnete gehörte, in seinem Wahlkreise sehr mangelhaft durchgeführt worden war. Gegen Mufatti ist ein konservativer Nationalist aufgestellt worden, ein Professor Orsi, der mit 2528 gegen 1964 Stimmen das Mandat eroberte. Die Zahl der sozialistischen Stimmen ist seit der Hauptwahl um rund 250 gewachsen.

Belgien.

Das verfeinerte Verpfaffungsprojekt.

Brüssel, im März. (Eig. Ber.) Man weiß, welcher Empfang dem klerikalen Schulprojekt Schollaerts vergangenes Jahr im Lande wurde und wie schließlich der Ministerpräsident der Sturmwelle weichen mußte, die der „Schulbon" mit seiner Belastung des Provinzial- und Kommunalbudgets für den klerikalen Schulunterricht hervorbrachte. Die Wahlkampagne hat die Regierung, die sich seither über ihre Absichten in der Schulfrage weise ausgeschwiegen hatte, wieder zum Reden gebracht. Aus einer Rede, die der Chef des Kabinetts kürzlich in der Stadt Turnhout gehalten, hat man erfahren, wessen man sich neuerdings auf dem Schulgebiete, nachdem der erste Schlag abgewehrt wurde, zu versehen hätte, wenn die Wahlen den Klerikalen noch einmal eine Majorität brächten.

Der klerikale Fanatiker Schollaert war in seinem Schulprojekt der unverhüllte, rabiate Parteimann. Herr van Broqueville gibt sich courtoiser, geschmeidiger, konzilianter. Aber sein Projekt ist darum um kein Haar minder klerikal, kulturgefährlich oder — kostspielig auf Regimentskosten als das seines Vorgängers. Der „feinere" Broqueville, wie in seinem ganzen geistigen Habitus eleganter als sein Vorgänger, bietet auch in seinem Projekt eine verfeinerte Ausgabe des Klerikalismus.

Herr van Broqueville will mit einer Scheinkonzession den Eindruck der Nachgiebigkeit erwecken: Seht, ich habe der Opposition nachgegeben, der Stimmung des Landes gehorcht und den Stein des Anstoßes, den Schulbon, geopfert. Als zweites Moment sollte vielleicht auf die Wähler wirken, daß sein Projekt weder Provinz noch Gemeinde mit finanziellen Verpflichtungen für den konfessionellen Unterricht belastet.

Der gegenwärtige Ministerpräsident stellt die Geschichte bloß feiner an, um darum aber nicht weniger dem Grundsatz der Schulverpfaffung anzuhängen, für die Verallgemeinerung des konfessionellen Unterrichts auf Kosten des kommunalen — gottlosen, wie die Klerikalen sagen — vorzusorgen und seiner Partei Garantien zu geben, daß die alte klerikale Forderung, die privaten klerikalen Anstalten in bezug auf die Unterstützung aus öffentlichen Geldern den offiziellen gleichzustellen. Denn darin gibt der feine Broqueville dem gröberen Schollaert nichts nach, daß für die finanzielle Konsolidierung des Pfaffenunterrichts von Gesetzeswegen gesorgt werden müsse, damit die Klosterschulen, wie er sich ausdrückte, „vom finanziellen Standpunkte aus sich gegenüber den kommunalen Schulen in einem Zustand der Inferiorität befinden". Das Broqueville-Projekt weist aber denselben Grundzug, dieselbe Tendenz auf wie das Schollaerts: Zerstörung des öffentlichen, kommunalen Unterrichts, Aufbau, Verallgemeinerung des konfessionellen Unterrichts auf Kosten der Allgemeinheit, Gleichstellung der Subsidien der klerikalen mit denen der offiziellen Schulen. Er verspricht den Schulkrieg, wie ihn das Schollaertsche Projekt versprochen, und steuert wie dieser auf eine Verklerikalisierung der Jugend, auf die Unterjochung des kindlichen Geistes unter die Pfaffenherrschaft hin. Nur in einem unterscheidet sich das Broquevillesche Projekt von dem früheren der Klerikalen: daß das Prinzip des Zwangsunterrichts, das schon in der Formel Schollaerts gänzlich unzulänglich zum Ausdruck kam, noch hinter dieser zurückbleibt!

Als ein Projekt der Versöhnlichkeit wagt der Minister seinen Vorschlag dem Lande zu präsentieren. Dieses Werk der Versöhnlichkeit würde im Falle seiner Gesetzwerdung in Bälde dazu führen, daß das staatliche Volksschulbudget ein Monopol der Klosterschulen würde. Ein oppositionelles Blatt verweist mit Recht darauf, daß viele Wähler, da es sich dann um ihre Taschen handelte, es vorziehen würden, ihr Kind in die Klosterschule zu schicken, die nach dem Vorschlage Broquevilles der Gemeinde nichts kosten würde, statt in die Kommunalschule, die von Staat und Gemeinde erhalten würde. — Das neue Projekt ist also, in womöglich noch verschlechterter Form, das alte Projekt Schollaert und seine Aburteilung durch alle, die nicht unterm Pfaffenjoch stehen, ist dieselbe, die dem vorangegangenen Schulattentat wurde. Die neuerliche Herausforderung der Klerikalen ist um so kühner, als sie von dem famosen „Liquidationsministerium" ausgeht, dem seine Existenz nach dem völligen Scheitern der Schulreform und dem Hinauswurf Schollaerts schlechthin nur dazu verliehen wurde, den parlamentarischen Haushalt bis zu den Neuwahlen zu Ende zu führen. Wie auf den ersten Angriff wird das Land auch diesmal entsprechend antworten: diesmal durch die Wahlen.

Türkei.

Blutige Wahltumulte.

Saloniki, 27. März. Infolge der Wahlagitation entstanden in einigen Ortschaften in der Umgebung Salonikis blutige Tumulte. Einzelheiten fehlen noch. Die Bevölkerung von Langasa bedrohte den Bezirksvorsteher. Der Wali von Saloniki ging mit einer starken Eskorte nach Langasa ab. Auf seine Anordnung wurden auch Aerzte nach Langasa entsandt, um die Verwundeten in Behandlung zu nehmen, deren Zahl 15 betragen soll. 9 Personen sollen von Gendarmen erschossen worden sein.

Aus Industrie und Handel.

Steigende Haushaltungskosten.

Die Erhöhung der Lebensmittelpreise hält noch immer an. Zu der Gemüse- und Getreideteuerung tritt jetzt noch die Steigerung der Fleischpreise hinzu. Infolgedessen haben die Kosten des Nahrungsmittelaufwandes im Monat Februar 1912 wieder eine ganz beachtenswerte Zunahme erfahren, die um so mehr ins Gewicht fällt, als sich schon seit 1911 eine fast ununterbrochene Steigerung nachweisen läßt. Berechnet man nach den in 190 Städten Deutschlands vorgenommenen Erhebungen über den Stand der Preise für die wichtigsten Lebens- und Genußmittel den wöchentlichen Nahrungsmittelaufwand für eine vierköpfige Familie, Eltern und zwei Kinder, in der Weise, daß man die dreifache Verpflegungsration des deutschen Marinesoldaten zugrunde legt, so erhält man für die einzelnen Monate im Reichsdurchschnitt folgende Indexziffern in Mark:

1911	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli
	23,50	23,61	23,60	23,80	23,72	23,97	24,37
1911/12	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
	24,65	24,77	24,88	24,64	24,60	24,69	24,83

Mithin sind die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwands von Januar 1912 auf Februar durchschnittlich um 14 Pf. gestiegen. Gegen Januar 1911 ergibt sich bereits eine Zunahme um 1,83 M. Die kräftigste Steigerung ist in den Monaten Juli und August 1911 eingetreten. In verschiedenen Landesteilen stellten sich die Kosten des Nahrungsmittelaufwands bedeutend höher als im Reichsdurchschnitt. Naturgemäß waren die Haushaltungskosten in den Industriezentren besonders hoch. So stellte sich die Indexziffer für Februar 1912 in Köln auf 27,57, in Krefeld auf 27,21. In Chemnitz beliefen sich die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwandes auf 26,04 M. und in Bochum auf 25,11 M. In Berlin und Vororten beliefen sich die Kosten des Nahrungsmittelaufwandes im Februar 1912 auf 24,12 M. wöchentlich gegen 23,19 M. im vorjährigen Parallelmonat. In verschiedenen Landesteilen, vor allem in den östlichen Provinzen, stand die Indexziffer unter dem Reichsdurchschnitt. Aber auch in diesen Landesteilen zeigt sich gegen Februar 1911 durchweg eine Steigerung des Nahrungsmittelaufwandes. Vorläufig ist auch mit einer erheblichen Besserung nicht zu rechnen. Es ist vielmehr anzunehmen, daß mindestens bis zu Beginn der Kartoffel- und Gemüseernte die Preise für vegetabilische Nahrungsmittel noch weiter anziehen werden. Mit Rücksicht auf die starke Verminderung der Viehbestände durch die umfangreichen Notverkäufe in den letzten Monaten ist eine weitere kräftige Steigerung der Fleischpreise zu erwarten.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Tarifkündigung in der Gold- und Silberwaren-Industrie.

Der in der Gold- und Silberwaren-Industrie bestehende Tarif läuft am 1. Oktober d. J. ab, muß aber sechs Monate vorher gekündigt werden, wenn die Parteien nicht mehr damit zufrieden sind. Die Arbeiter haben im Jahre 1910 diese lange Kündigungszeit zugestanden, weil die Unternehmer behaupteten, daß sie beizeiten ihre Geschäftsabschlüsse anders einrichten müßten, wenn die Arbeiter eine Lohnerhöhung erwarteten. Verhandlungen über einen neuen Tarif müßten darum auch schon in den ersten sechs Wochen nach der Kündigung zum Abschluß kommen. Die Arbeiter haben nun beschlossen, den Tarif am 1. April zu kündigen. In einer gutbesuchten Versammlung, die am Dienstagabend im Gewerkschaftshause stattfand, referierte Otto Handke vom Deutschen Metallarbeiterverband über den jetzigen Tarifvertrag und seine Schwächen, die besonders in dem niedrigen Mindestlohn bestehen. Für Goldarbeiter ist der Mindestlohn auf 45 Pf. pro Stunde festgesetzt. Nicht selten wird aber den Jungausgelernten noch weniger bezahlt, denn in dem Tarifvertrag ist eine Bestimmung enthalten, mit der oft Mißbrauch getrieben wird. Da heißt es nämlich: „Bei Minderbegabten können im ersten Jahr nach beendeter Lehrzeit Ausnahmen stattfinden." Wie niedrig ein Mindestlohn von 45 Pf. schon ist, das zeigte der Redner durch Vergleiche mit den tariflich festgelegten Mindestlöhnen anderer Metallarbeiter, wie der Schlosser, Klempner, Gürtler, Drücker usw. Diese würden einen Mindestlohn von 45 Pf. weit von sich weisen. Vor sechs Jahren begann die Tarifbewegung in der Gold- und Silberwaren-Industrie. Nur mit Mühe gelang es damals, überhaupt einen Tarif einzuführen, und die Erneuerung resp. die Einführung von Verbesserungen kostete in den Jahren 1908 und 1910 manche Anstrengung, denn vor 1910 war der Mindestlohn nur 37 Pf. pro Stunde. Eine allgemeine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wird diesmal erwartet, und innerhalb der Agitationskommission sowie in Vertrauensmännerkonferenzen war man sich einig, daß der jetzige Tarif gekündigt werden sollte.

Nach einer längeren Diskussion, in der auch manche Bedenken gegen eine Kündigung geäußert wurden, nahm die Versammlung gegen drei oder vier Stimmen eine Resolution an, in der die Kündigung des alten Tarifvertrages ausgesprochen und die Agitationskommission beauftragt wurde, mit der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Verbindung zu treten, um Vorbereitungen zur Herstellung eines verbesserten Tarifvertrages zu treffen.

Zur Lohnbewegung der Stukkateure.

Nachdem die Unternehmer ihren Tarifentwurf vollständig eingereicht hatten, haben in vier Verhandlungen die Parteien einen neuen Tarifvertragsentwurf fertigzustellen gesucht.

Die Vorlage der Unternehmer entspricht in den wesentlichen Punkten dem Tarifvertrage im Baugewerbe. Ausschaltung des unparteiischen Vorsitzenden in der Schlichtungskommission und Ersetzung durch einen Arbeitgeber, Ausschaltung des Akkordtarifes, obwohl die Akkordarbeit beibehalten werden soll. Die Arbeiter sollen nur bei Firmen arbeiten, die organisiert sind oder mit Zustimmung der Unternehmerorganisation dem Vertrag beigetreten sind. Arbeiter, die das nicht einhalten, dürfen nicht mehr eingestellt werden. Weil die Unternehmer trotz ihrer Zwangsinnung die Schmutzkonkurrenz nicht eindämmen können, sollen bei Strafe der ewigen Aussperrung die Arbeiter das besorgen. Ja selbst polizeiliche Vorschriften, wie die Polizeiverordnung zum Schutze der Bauarbeiter im Winter, sollen teilweise ausgeschaltet werden. Den alten Vertrag den veränderten Verhältnissen anzupassen, lehnten die Unternehmer bei den Verhandlungen ab. Ihr Vertragsmuster allein könne nur in Frage kommen. So wurde denn zuerst in drei Sitzungen über das Vertragsformular der Unternehmer verhandelt. Jeglicher Abänderungsantrag der Arbeiter wurde glatt abgelehnt und man erklärte, daß man den Entwurf mit maßgebenden Firmen im Baugewerbe aufgestellt habe und daran festhalte. Als dann in der vierten Sitzung der Entwurf der Arbeiter zur Diskussion stehen sollte, wurde die glatte Ablehnung von den Unternehmern ausgesprochen.

Damit sind die Verhandlungen in der Schlichtungskommission gescheitert.

Das Einigungsamt, das nun angerufen werden soll, findet eine völlig ungeklärte Situation vor. Die Arbeiter, die auf dem Boden des alten Vertrages stehen, und die Unternehmer, die an ihrer Vorlage festhalten und die Form des alten Vertrages rundweg verwerfen. — Die Unternehmer wollen also den Kampf. Die Innung hat durch Rundschreiben ihre Mitglieder verpflichtet, Stukkateure nicht mehr einzustellen und neue Arbeiten nicht anzufangen. Am Vertragsabschluß will die Innung sich nicht beteiligen, sie ist, wie aus dem Bericht der Gewerbedeputation bekannt ist, nicht nur auf diesem Gebiet eine der rigorosesten. So tritt mit dem 1. April notwendigerweise der Kampf im Stukkateurgewerbe ein.

Zigarrenarbeiterbewegung von Groß-Berlin!

Um Unklarheiten zu vermeiden, sei darauf hingewiesen, daß die Namen der Händler, die grüne Plakate erhalten haben, nicht veröffentlicht werden. Es werden nur Fabrikanten veröffentlicht.

Gestrichen aus der Tarifliste sind Aug. Kley, Friedrichsberger Str. 19; E. Gobien, Freienwalder Str. 22; Franz Fritz, früher Tristin. 4.

Arbeiter, Parteigenossen! Kauft nur dort Euren Zigarrenbedarf ein, wo man die grünen Plakate aufweisen kann.

Fragt nach den grünen Plakaten!

Beachtet die Veröffentlichungen der Tariffirmen in der Sonntagsnummer des „Vorwärts".

Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.

Differenzen der Kellner mit der Brauerei Königstadt. Zwischen den im oben genannten Betriebe beschäftigten Kellnern und dem Oekonom Liebing bestehen Differenzen. Ein dort 8½ Jahre beschäftigter Kellner wurde gemaßregelt. Gegenüber den Forderungen der Kellner, auf Erhöhung des Gehalts und Abschaffung der Kost, erklärte Herr Liebing, er könne unter dem zwischen ihm und der Brauerei Königstadt bestehenden Vertrage keinen höheren Lohn zahlen. Die Kellner wollten nicht zugunsten der Brauerei Königstadt auf ihre Forderung verzichten.

Berichtigung. In unserem Dienstagsbericht über die Bewegung der Schoßschuhmacher muß es nicht heißen „Hoflieferantenfirma Bettker" sondern „Oelker". Ferner muß es in der nächsten Zeile heißen: „so erhielt der betreffende Arbeiter auch dann sein Geld nicht"; also Arbeiter statt Meister, wie in unserem Bericht zu lesen war.

Deutsches Reich.

Die Einigungsverhandlungen im Schneidergewerbe.

Am Mittwoch hatte der Vorsitzende Dr. Hiller längere Einzelbesprechungen mit dem Vorsitzenden des Unternehmerverbandes Schwarz und dem Vorsitzenden des Schneiderverbandes Stühmer. Der Vorsitzende unterbreitete beiden einen Vermittelungsvorschlag, den die Parteien sodann gesondert beriet. Nachmittags 5 Uhr nahmen die Verhandlungen vor dem Gewerbegericht ihren Fortgang; über deren Verlauf ist noch nichts bekannt.

Lohnbewegungen im Sattlergewerbe.

Die im Sattler- und Portefeuillerverband organisierten Reiseartikelsattler in Dresden haben mit den dortigen Unternehmern einen auf drei Jahre geltenden Tarifvertrag abgeschlossen, wonach die wöchentliche Arbeitszeit auf 54 Stunden festgesetzt worden ist, was einer Arbeitszeitverkürzung von 1—2½ Stunden pro Woche gleichkommt. Die Löhne wurden um 6 bis 10 Proz. erhöht. Zwei Firmen sind dem Abkommen noch nicht beigetreten. Die Weltfirma Lippold will nur mit dem Arbeiterausschuß verhandeln, die Firma „Stabilit" scheint es auf einen offenen Kampf abgesehen zu haben. — In Rothenburg o. T. stehen die Arbeiter der Kinderwagenbranche schon seit 2 Wochen im Streik, um höhere Löhne und eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erzielen. — Die Sattler der Firma Lindner in Annendorf bei Halle haben aus denselben Gründen die Arbeit niedergelegt. — In den beiden Reiseartikelfabriken von Ricke und Schübler u. Branz in Cassel läuft der bisherige Tarifvertrag ab. Beide Firmen sind nicht gewillt, ein neues Tarifverhältnis einzugehen und haben die Lohnforderungen der Arbeiter mit Vorschlägen zur Verschlechterung beantwortet. Ein offener Kampf erscheint unausbleiblich. Die in der Aktiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnmaterial zu Göttingen Beschäftigten haben folgende Forderungen eingereicht: 54stündige Arbeitszeit pro Woche, Erhöhung der Anfangslöhne um 6 Pf. pro Stunde, Aufbesserung der Akkordlöhne, Regelung der Ueberstundenbezahlung und Anerkennung einer Kommission zur Schlichtung von Streitigkeiten. — Die Treibriemenfabrikanten Schwabe u. Söhne und Pohlmann in Varel, haben jede Verhandlung mit den Arbeitern wegen der eingereichten Forderungen abgelehnt. — Wegen fortgesetzter Lohnabzüge und Maßregelungen haben die Sattler der Wagenfabrik von Gebr. Wienicke in Pankow-Berlin die Arbeit eingestellt. — Die Verhandlungen mit den Berliner Militäreffektenfabrikanten und mit den Fabrikanten für Zelte und Pläne haben noch kein Ergebnis gezeitigt. —

Die Sattler der Firma Karl Marx-Hamburg stehen seit dem 23. März im Streik, um dieselben Vereinbarungen, die bereits bei vier Firmen mit dem Sattlerverband getroffen worden sind, durchzuführen. In der Hauptsache handelt es sich um die Erringung der 53stündigen Arbeitswoche und um eine zehnprozentige Lohnerhöhung. — Die Sattler allerorts werden dringend ersucht, Zuzug streng fernzuhalten.

Der Verband der Lagerhalter

veröffentlicht seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1911. Aus diesem Bericht ist zu ersehen, daß der Verband um 292 Mitglieder zugenommen hat, so daß am Jahresschluß die Mitgliederzahl 2744, darunter 171 weibliche, betrug. Der Zuzug ist zum großen Teil aus den der modernen Arbeiterbewegung bisher noch fernstehenden Kreisen erfolgt, wie aus den Eintrittsgeldern ersichtlich ist, die der Lagerhalterverband nur von den Eintretenden erhebt, die bisher einer modernen Gewerkschaft noch nicht angehört haben. Für 785 Verbandsmitglieder wurden durch Abschluß von neuen Verträgen Verbesserungen in bezug auf Gehalt, Arbeitszeit usw. erreicht. An Umzugskosten zahlte der Verband im Jahre 1911 2249 M. Unterstützung an Arbeitslose wurden insgesamt 5227,50 Mark gewährt. An vier Mitglieder mußte der Verband Notfallunterstützung in Höhe von 335 M. zahlen. Der Rechtschutz wurde von 40 Mitgliedern beantragt und für 33 Mitglieder bewilligt. Die Gerichts- und Anwaltskosten verursachten dem Verband im Jahre 1911 eine Ausgabe in Höhe von 1492,72 M.

Das Verbandsvermögen betrug am Jahresschluß rund 73 000 Mark. Auf der letzten, im Jahre 1911 stattgefundenen Generalversammlung wurde der Verbandsvorstand beauftragt, mit dem Vorstand des Handlungsgehilfenverbandes in Verhandlung zu treten, um eine Verschmelzung mit diesem anzubahnen. Diesem Auftrag ist der Vorstand nachgekommen, und er unterbreitet den Mitgliedern folgende Vereinbarung zur Begutachtung resp. Annahme:

„Die Vorstände des Verbandes der Lagerhalter und der Handlungsgehilfen verpflichten sich, ihren beiderseitigen Generalversammlungen die Verschmelzung beider Verbände unter folgenden Bedingungen vorzuschlagen:

1. In den Verbandsvorstand muß mindestens ein Lagerhalter gewählt werden, der erstmalig vom Lagerhalterverband vorgeschlagen wird, später von der Reichskonferenz der Lagerhalter.

2. Die beiden Beamten des Lagerhalterverbandes werden unter den Bedingungen vom Handlungsgehilfenverband übernommen, unter denen sie bisher vom Lagerhalterverband angestellt waren.

3. Die Lagerhalterzeitung wird als Beiblatt der Handlungsgehilfenzeitung weitergeführt. Den Lagerhaltern wird zugesichert, daß sie jedes zweite Jahr Reichskonferenzen stattfinden lassen können. Sie sind berechtigt, örtliche Zusammenkünfte zu veranstalten, um ihre besonderen Angelegenheiten zu besprechen.

4. Die Mitglieder des Lagerhalterverbandes erhalten nach dem Uebertritt in den Handlungsgehilfenverband ihre volle Mitgliedschaft angerechnet, die sie im Lagerhalterverband zurückgelegt haben. Für die Mitglieder des Lagerhalterverbandes gilt die im § 62 vorgeschriebene Wartezeit nicht. Für sie bleiben vielmehr in dieser Beziehung die bisherigen Satzungen des Lagerhalterverbandes maßgebend.

Die im Satzungsentwurfe des Handlungsgehilfenverbandes vorgesehenen Unterstützungen: Stellenlosen- und Krankenunterstützung. Sterbegeld genießen die Mitglieder beider Verbände vom Tage des Inkrafttretens der neuen Satzungen. Bis dahin bleiben für die Lagerhalter die Bestimmungen des Lagerhalterverbandes ubnd für die Mitglieder des Handlungsgehilfenverbandes dessen Bestimmungen maßgebend.

5. Die Verschmelzung beider Verbände soll am 31. Dezember 1912 erfolgen. Wird diese Grundlage zur Verschmelzung von den Mitgliedern gutgeheißen, so soll noch in diesem Jahre eine außerordentliche Generalversammlung den endgültigen Beschluß fassen."

Beim Streik der Speditions- und Möbelkutscher und -Arbeiter in Breslau greift die Eisenbahnbehörde zugunsten der bestreikten Firmen in den Kampf ein, indem sie Eisenbahnarbeiter zum Abfahren der Güter kommandiert. Trotzdem sammeln sich die ankommenden Güter in bedrohlicher Weise an. Der Streik hat am Dienstag weitere Ausdehnung angenommen, so daß jetzt ganze 500 Mann streiken. Obwohl noch nicht die geringste Ausschreitung vorkam, ist dennoch die Polizei eifrig bemüht, die wenigen Arbeitswilligen zu „schützen". Zu diesem Zwecke sind an den Hauptkreuzungspunkten der Straßen berittene und andere Schutzmannsdoppelposten aufgestellt.

400 Textilarbeiter ausgesperrt.

Ihren etwa 400 Arbeitern und Arbeiterinnen mutet die Firma Mauthner in Reichenbach u. d. Eule zu, von ihren ohnehin erbärmlichen Löhnen sich noch 10 Prozent abziehen zu lassen. Weil die Arbeiter damit nicht einverstanden sein konnten, ohne das Elend in ihren Familien noch zu vergrößern, lehnten sie einmütig das Ansinnen der Firma ab. Infolge dessen wurden am Sonnabend alle Arbeiter, die in die Lohnreduzierung nicht stillschweigend einwilligten, auf das Straßenpflaster geworfen. In Frage kommen 98 Prozent des gesamten Betriebes.

Dachdecker-Ausstand. In Königsberg i. Pr. und in Stralsund befinden sich die Dachdecker im Streik. In beiden Orten wurden von den Arbeitern Tarife eingereicht, die die Unternehmer ablehnten. Die Unternehmer präsentierten Gegentarife, die aber keine Verbesserungen, in einigen Punkten sogar Verschlechterungen enthielten und die deshalb von den Dachdeckern abgelehnt werden mußten. Zuzug nach beiden Orten ist fernzuhalten!

Das liberale Vereinsgesetz gegen die Gewerkschaften.

In Bromberg hat es die Polizei jetzt besonders auf die Gewerkschaften abgesehen, um sie zu politischen Vereinen zu stempeln. Zunächst versuchte es ein unterer Polizeibeamter mit der Bespitzelung der Gewerkschaften. Da dies aber gleich bemerkt wurde und auch bei der Observierung nichts herauskam, so verlegt sie jetzt ihre Tätigkeit darauf, den Gewerkschaften einfach zu unterstellen, daß sie sich mit Politik beschäftigen. Auf Grund dieser Unterstellung haben sämtliche Gewerkschaftsvorstände, soweit die Polizeibehörde solche überhaupt zu ermitteln in der Lage war, die Aufforderung erhalten, binnen 14 Tagen die Statuten und ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder einzureichen.

Diesem Verlangen haben aber die Vorstände nicht entsprochen, und so folgen nun die üblichen Strafbefehle wegen der Unterlassung. Wo diese Aktion hinauslaufen soll, ist vorläufig noch ein Rätsel. Da die Vorstände nicht gewillt sind, die Strafe ohne weiteres zu zahlen, und in allen Fällen die gerichtliche Entscheidung herbeiführen wollen, wird wohl die Verhandlung selbst die nötige Klarheit bringen.

In Rothenberg a. d. Obra hatte man das gleiche von den dortigen Maurern verlangt. Auf Grund der Weigerung folgte die übliche Polizeistrafe. Das Schöffengericht Bollstein hat nun die Vorstandsmitglieder tatsächlich zu je 5 M. Geldstrafe verurteilt. Trotzdem vom Gericht im Statut nichts gefunden werden konnte, wonach eine politische Tätigkeit der Gewerkschaften gar deduziert werden können, genügte es, daß vom Bürgermeister als Zeugen bekundet wurde, wo die Gewerkschaften tagen. In dem Lokal seien auch schon Versammlungen abgehalten worden! Auch habe ein Maurer am Schlusse einer Volksversammlung die Sozialdemokratie hochleben lassen!

Nette Aussichten für die Auslegung des liberalen Vereinsgesetzes.

Ausland.

Aus den österreichischen Gewerkschaften. In den letzten Tagen hielten mehrere Verbände des Nachbarlandes ihre Kongresse ab. Den Berichten ist zu entnehmen, daß die Buchbinder, deren Gewerbe in Oesterreich nicht allzuviel Bedeutung hat, in den letzten drei Jahren ihre Mitgliederzahl um ein Drittel, auf 4400 steigern konnten; 71,3 Proz. der Mitglieder sind in Wien. Die Finanzverhältnisse des Verbandes sind trotz kolossaler Aufwendungen für Unterstützungen günstig. Der Zentralverein der kaufmännischen Angestellten feierte sein 20jähriges Bestehen. Er kann in seiner Festschrift namentlich auf erhebliche Verbesserungen der Gesetzgebung hinweisen, die der unermüdlichen Arbeit des Verbandes zu verdanken sind.

Der Fortschritt der britischen Gewerkschaften.

London, 22. März 1912. (Eig. Ber.)

Die Arbeitsabteilung des englischen Handelsamts hat soeben eine Statistik über den Fortschritt der Gewerkschaften Großbritanniens veröffentlicht. Leider umfaßt dieser (17.) Bericht nicht das Jahr 1911, das einen so großen Aufschwung der britischen Gewerkschaften zu verzeichnen hat, sondern er befaßt sich nur mit den Jahren 1908—1910. In diesen Jahren betrug die Mitgliedschaft der Gewerkschaften und die Zahl der Gewerkschaften:

	Gewerkschaften	Mitglieder	Zunahme oder Abnahme
1908 . . .	1195	2 383 244	— 36 572
1909 . . .	1168	2 362 450	— 20 754
1910 . . .	1153	2 435 704	+ 73 254

Am Ende des Jahres 1910 hatten die britischen Gewerkschaften, was die Zahl der Mitglieder anlangt, ihre größte Stärke erreicht; sie hatten in dem zu Ende gehenden Jahrzehnt 466 000 Mitglieder gewonnen. Man sieht aus den Ziffern, daß sich die Zahl der Gewerkschaften beständig vermindert. Der für dieses Phänomen verantwortliche Zentralisationsprozeß ist augenblicklich aber viel stärker, als man aus den Ziffern des Berichtsjahres entnehmen kann. Besonders im Baugewerbe hat in den letzten Monaten eine mächtige Bewegung zur Vereinigung der maßlos zersplitterten Kräfte eingesetzt. Im Jahre 1910 waren 221 300 Frauen und Mädchen gewerkschaftlich organisiert. Ihre Zahl stieg in den Berichtsjahren um 16 700.

Die gewerkschaftliche Entwickelung der einzelnen Berufe seit 1901 ergibt sich aus folgender Tabelle:

	Mitglieder 1910	Zunahme oder Abnahme seit 1901
Bauarbeiter	156 000	— 85 600
Berg- und Steinbrucharbeiter . .	730 000	+ 189 000
Maschinen- und Schiffsbauer . .	369 000	+ 81 000
Textilarbeiter	879 000	+ 133 000
Bekleidungsarbeiter	67 000	+ 1 000
Transportarbeiter	242 000	+ 68 000
Buchdrucker usw.	74 000	+ 16 000

Besonders auffällig ist der Verlust, den die Gewerkschaften der Bauarbeiter in dem Jahrzehnt erlitten haben. Die Verluste verteilen sich auf die verschiedenen Branchen wie folgt:

	Mitgliedschaft 1910	Abnahme (seit 1901)
Maurer und Steinmetzen . . .	36 000	31 100
Zimmerleute und Schreiner . . .	66 000	18 300
Klempner	12 000	660
Maler und Anstreicher	20 000	4 200
Baubilfsarbeiter	12 000	25 300
Sonstige Bauarbeiter	10 000	6 100
	156 000	85 600

Während der Jahre 1908—1910 hatten die 100 hauptsächlichen Gewerkschaften, denen drei Fünftel der oben angeführten Mitglieder angehören, eine Ausgabe von über 8 500 000 Pfd. Sterl. Hiervon entfielen auf:

Streikunterstützung . . .	1 100 000	Pfd. Sterl.
Arbeitslosenunterstützung	2 600 000	„ „
Unterstützung f. Krankheit, Unfall, Alter, Begräbnis	3 200 000	„ „

Interessant ist auch der Stand der Kassen dieser 100 Gewerkschaften. Im Jahre 1898 entfiel von ihrem Vermögen auf jedes Mitglied 28 Schilling, am Ende des Jahres 1906 80 Schilling und am Ende des Jahres 1910 70 Schilling.

Achtung, Textilarbeiter! Aus Norwegen geht uns die Mitteilung zu, daß in der Textilindustrie eine Tarifrevision bevorsteht. Die Verträge sind gekündigt worden und Verhandlungen sollen demnächst aufgenommen werden. Die Arbeiter befürchten, daß die Unternehmer im voraus versuchen werden, in Deutschland Spezialarbeiter anzuwerben. Es wird daher vor Zuzug von Textilarbeitern nach Norwegen gewarnt, solange die Verhältnisse nicht geregelt sind.

Letzte Nachrichten.

Der Dammbruch des Spreetunnels.

Die Durchbruchstelle am Spreetunnel der Untergrundbahn bildete gestern abend bei trübem Laternenlicht ein noch traurigeres Bild der Verwüstung als am Tage. Die Hoffnung, daß man schnell mit den Ausschöpf- und Aufräumungsarbeiten fertig werden würde, um noch heute den Betrieb wieder aufnehmen zu können, hat sich als trügerisch erwiesen. Man versucht zwar, durch Balken und Zementsäcke das Wasser vom Bahnhof Spittelmarkt abzudämmen, doch ist der Erfolg sehr gering. Die Wassermassen sind von gestern mittag bis zum abend um 70 Zentimeter gestiegen, so daß sie nicht nur die Gleise, sondern auch die Bahnsteige überfluteten.

Die Unfallversicherung in Oesterreich.

Wien, 27. März. (W. T. B.) Das Abgeordnetenhaus nahm in allen Lesungen die Anträge betreffend die **Unfallversicherung im Baugewerbe** an.

Streik der Schneider in Teplitz.

Teplitz, 27. März. (P.-C.) Heute sind hier sämtliche Schneidergehilfen in den Ausstand getreten. Es kommen rund 500 Gehilfen in Betracht.

Die Wahlen in Griechenland.

Athen, 27. März. (W. T. B.) Nach dem endgültigen Ergebnis der Wahlen zur Kammer sind 150 Anhänger von Venizelos und 31 Mitglieder der Opposition gewählt.

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

88. Sitzung. Mittwoch, den 27. März 1912, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Kraetke.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Verlängerung des Handels- und Schiffartsvertrages mit Bulgarien.

Sie wird debattelos beschlossen.

Es folgt die zweite Beratung des Etatnotgesetzes.

Die Kommission hat die Begrenzung des Gesetzes auf 3 Monate beschlossen und daher die geforderten Sätze durchweg um 50 Prozent erhöht.

Das Gesetz wird debattelos angenommen.

Dann wird die

zweite Beratung des Postetats

fortgesetzt.

Abg. Dr. **Werner**-Gießen (Wirtsch. Vg.) regt an, die Alters- und Invalidenrenten durch die Post an die Bezugsberechtigten auszahlen zu lassen. — Redner begründet des weiteren eine Resolution, die Erwägungen darüber verlangt, ob es möglich ist, Arbeiter und Handwerker in ein ständiges Arbeitsverhältnis aufzunehmen, wenn sie länger als zwei Jahre im Dienste der Post beschäftigt sind; Arbeiter und Handwerker, die nach zehnjähriger einwandsfreier Dienstzeit nicht etatsmäßig angestellt, sind in ein gesichertes Arbeitsverhältnis (Diplomverhältnis) zu überführen, die Tagelöhne in Wochenlöhne umzuwandeln. Ferner verlangt die Resolution Einleitung der erforderlichen Maßnahmen, um den etatsmäßig angestellten Arbeitern und Handwerkern einen angemessenen Teil ihrer vorherigen Dienstjahre auf das Besoldungsdienstalter anzurechnen, und endlich eine Denkschrift über die Möglichkeit der Errichtung einer Pensionskasse für diese Arbeiter und Handwerker.

Abg. Dr. **Will** (Elsasser) wünscht im Interesse einzelner Beamtenkategorien entsprechend den Resolutionen der Budgetkommission eine Aenderung der Besoldungsordnung, und bittet, die Dienstverhältnisse der Arbeiter und Handwerker bei der Post- und Telegraphenverwaltung günstiger zu gestalten. — Den reichsländischen Postbeamten sollte man dieselben Zulagen gewähren wie den reichsländischen Eisenbahnbeamten.

Abg. **Bruhn** (Ant.) behauptet, die Sozialdemokratie habe kein Herz für die Beamten, auch nicht für die Unterbeamten.

Abg. **Wendel** (Soz.):

Aus dem Bericht über die Ergebnisse der Postverwaltung haben die Herren Duffner und Beck gestern mit Genugtuung feststellen wollen, wie wir es im Postwesen so herrlich weit gebracht haben. Man kann auch aus dem Bericht unschwer herauslesen, daß das Reichspostamt einen nicht unbeträchtlichen Dank für die Verkehrssteigerung für sich in Anspruch nimmt, weil die Genialität des Staatssekretärs an diesem Aufschwung nicht unbeteiligt sei. Das ist natürlich ein Irrtum. Der Götterbote mit den geflügelten Sandalen, den man als Sinnbild auf den Postgebäuden antreffen kann, ist kein schöpferischer Geist, sondern nur ein Vermittler; die Post übt nur Handlangerdienste aus und in den Zahlen des Berichtes spiegelt sich der Aufschwung des deutschen Wirtschaftslebens wider, der nicht in letzter Linie zu danken ist der Tüchtigkeit der deutschen Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Steigerung des internationalen Verkehrs kommt in diesen Zahlen zum Ausdruck. Von allen Reichsbehörden macht die Postverwaltung am wenigsten an den Landesgrenzen halt, und in ihren Bureauräumen sollte man daher statt der dumpfen Bureauluft die etwas frischere Zugluft des Weltverkehrs vermuten. Aber das ist nicht der Fall. Schon bevor ein Husarengeneral auf den Kutschbock des Reichspostwagens gesetzt wurde und auch nachher herrschte dort ein militärischer Geist. Seit 40 Jahren haben wir ein einheitliches Wirtschaftsgebiet, aber noch kein einheitliches Postgebiet. Bayern verharrt auf seinem Sonderrecht, und seit die einflußreichste Partei in diesem Hause eine

Pflanzschule für bayrische Minister

geworden ist (Heiterkeit), wird es wohl so schnell nicht anders werden. Wir hätten gar nichts dagegen, wenn das Reich auf postalischem Gebiete eine Annexion von Bayern vornehme. Dem stehen aber auch ästhetische Bedenken entgegen. Mit dem flachen Busen, den die Dame auf den Reichspostmarken aufweist, macht man keine monarchischen Eroberungen. (Große Heiterkeit.) Selbst ein Sozialdemokrat kann monarchische Anwandlungen haben und den Kopf des bayrischen Prinzregenten auf den Marken anziehender finden als die Dame auf der deutschen Reichsmarke. (Heiterkeit.)

Wir sind keineswegs eingeschworene Bureaukraten, wie uns zuweilen nachgesagt wird. Wenn wir einmal in die Lage kommen, die Staatsgewalt zu expropriieren, so könnte sich der Herr Staatssekretär, der dann freilich a. D. sein wird, ruhig schlafen legen, in dem großen Räderwerk des Postwesens wird doch kein Rädchen stille stehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) 1871 schleppte die Regierung des Herrn Thiers den ganzen Beamtenapparat nach Versailles, in der Hoffnung, in Paris würde dann alles drunter und drüber gehen. Es ging aber alles wie am Schnürchen. (Abg. Erzberger ruft: Jawohl, mit Kopf ab!) Herr Kollege Erzberger, Sie brauchen keine Angst zu haben, bei Ihnen lohnt das nicht! (Große Heiterkeit.) Der Postverkehr wurde von Arbeitern erledigt, die vom Examen eines Postassessors keine Ahnung haben. Wir wissen ja auch, wie die Anregungen von Laien stets in den Wind geschlagen werden, bis sie sich durch die harte Notwendigkeit der Praxis durchsetzen. Schon zu Beginn der 80er Jahre wurde von Kaufleuten in Frankfurt a. M. die Schaffung der Briefausgabefächer vorgeschlagen. Die Reichspostverwaltung trat in Erwägungen ein. Sie erwog und erwog und erteilte 1894 einen ablehnenden Bescheid voller väterlicher Ermahnungen, der auf den Ton gestimmt war: Kinder, Ihr verlangt etwas ganz Unsinniges, seid doch nicht so töricht, wir meinen es ja so gut mit Euch. Sieben Jahre darauf wurden diese Briefausgabefächer allgemein eingeführt und haben sich sehr gut bewährt. Da ich gerade bei Frankfurt a. M. bin, will ich erwähnen, daß man dort dringend die Einbeziehung von Offenbach in die Ortstaxe wünscht.

In England ist jetzt eine außerordentlich wichtige

Vereinfachung und Verbilligung des Telegrammverkehrs

ins Leben getreten, indem nämlich die Telephonnummer als Telegrammadresse benutzt werden kann. Binnen kurzem soll ferner die Gebühr für Telephongesprüche zwischen England und Frankreich auf die Hälfte herabgesetzt werden; auch für die Presse existieren in England erhebliche Ermäßigungen der Telephongebühren. In solchen Dingen sollten wir von England lernen, nicht aber, wie man Millionen für gepanzerte Ungetüme ausgibt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

In der Budgetkommission sprach der Staatssekretär von Sparsamkeit. Er meinte, die Luft sei geschwängert mit dem Sparsamkeitsprinzip. (Heiterkeit.) Gewiß kann gespart werden. So beschweren sich die Beamten vielfach über die große Zahl der Aufsichtsbeamten, die nur die Arbeit hindern. In manchen Postämtern sieht es aus wie in den südamerikanischen Raubstaaten, wo mehr Generale sind als Soldaten. Aber wenn wir auch für Sparsamkeit sind, so wollen wir die Post doch nicht zu einer Ueberschußquelle machen. Seit Bismarck hier Ueberschüsse wünschte, möchte jeder Staatssekretär **ein Bismarck im Kleinen sein** und ist stolz auf die Ueberschüsse. Sie haben aber doch etwas sehr Bedenkliches, denn entweder bezahlt das Publikum die Leistungen der Post zu hoch oder die Angestellten werden zu niedrig entlohnt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man soll auch nicht die Funktionen der mittleren Beamten durch gehobene Unterbeamten ausführen lassen. Entweder sind die mittleren Beamten bisher für die Leistung zu hoch bezahlt worden, was ich keineswegs behaupte, oder die gehobenen Unterbeamten werden für dieselben Leistungen zu niedrig bezahlt. Wir haben uns gegen die Einrichtung der gehobenen Unterbeamtenstellen gewendet, da sie wie

ein Keil in die Solidarität der Beamten

wirken müssen. Wesentlicher und wichtiger scheint es uns, daß die Unterbeamten besser entlohnt werden. Wir nehmen uns der Beamten ohne jeden Hintergedanken an. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf Dankbarkeit rechnen, ist in der Politik fast schon ein Laster. Die Jagd auf die Beamten überlassen wir den anderen Parteien. Herr Pauli und Herr Beck haben es so hingestellt, als ob die Beamten und Unterbeamten, die an einen sozialdemokratischen Abgeordneten mit Beschwerden und Wünschen herantreten, gewissermaßen mit einem moralischen Defekt behaftet wären. Wir brauchen uns gegen eine solche Insinuation nicht zu verwahren. Aber wir würden es für eine Beleidigung der Postbeamten halten, wenn man ihnen nachsagte, sie sähen die Herren Pauli und Beck als ihre berufenen Vertreter an; das hieße nicht von der Moral, aber von der Intelligenz der Postbeamten und Unterbeamten eine sehr geringe Meinung haben. (Gr. Heiterk.) Wir sind überzeugt, daß unter den 4 Millionen Stimmen, von denen der Reichskanzler verächtlich gesprochen hat, viele Stimmen von Beamten sich finden, und wenn der Staatssekretär alle diese Wähler aus seiner Beamtenschaft und Unterbeamtenschaft ausmerzen wollte, würden wohl sehr erhebliche Leitungsstörungen vorkommen. (Heiterkeit.) Wir haben aber nicht um diese Stimmen gebuhlt, sondern die Beamten haben für uns gestimmt, weil sie wissen, daß wir für Recht und Billigkeit eintreten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich sehe allerdings nicht ein, warum die Postbeamten der Verwaltung ihre Unentbehrlichkeit nicht möglichst deutlich machen sollen. Mit Vereinsgründung allein ist es nicht getan und papierene Resolutionen fallen in der Welt der Tatsachen sehr leicht in die Wagschale. Daß dem Staatssekretär der Gedanke einer passiven Resistenz oder eines Streiks ein Scheuel und Greuel ist, ist sehr verständlich, aber daß die Beamten selbst vor diesem Gedanken entsetzt ein Kreuz schlagen, ist schon viel weniger verständlich, und doch sehen wir, daß die Postbeamten keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne mit Stolz zu betonen, daß sie durch den preußischen Drill zu einem ernsten Widerstand durchaus unfähig sind.

Der berufene Vertreter der Postbeamten in der Budgetkommission hat dort eine schmetternde Fanfare geblasen und versichert, daß die deutschen Beamten nie daran dächten, dem bösen Beispiel ihrer Kollegen in Frankreich zu folgen. Das mag sehr gemütvoll sein, aber auch sehr unklug, dem Herrn Staatssekretär gegenüber

diese Treue bis zum Hungertode

(Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) zu betonen, denn das heißt nichts weiter als, wir haben Forderungen an die Verwaltung, aber wir denken nicht im Traum daran, diesen Forderungen auch den nötigen Nachdruck zu verleihen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir treten jedenfalls ohne eigensüchtige Gründe für die berechtigten Forderungen der Postbeamten ein. In den Reden über die Reichsfinanzreform hat Herr Duffner gestern den Vogel abgeschossen, als er behauptete, dies volksfeindliche Machwerk des schwarzblauen Blocks sei die Ursache für den wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahre, denn sie habe Ruhe in die Kontors getragen. Das Gegenteil ist richtig: die Verteuerung aller wichtigen Lebensmittel hat die Unruhe in die Bureaus der Beamten hineingetragen. (Sehr richtig! links.) Und auch die Hydra mit 1000 Köpfen, von der der Staatssekretär gestern sprach, haust lediglich auf dem Felde der durch die Wirtschaftspolitik gesäten Unzufriedenheit.

Eine Resolution der Kommission verlangt für Oberposttelegraphenassistenten sowie für Vorsteher für Postämter dritter Klasse, die vor dem 1. Januar 1900 in den Postdienst eingetreten sind, eine persönliche Zulage von 300 Mark. Meine Freunde haben im vergangenen Jahre gegen diesen Antrag gestimmt, aber lediglich deshalb, weil unsere Resolution, die für eine schlechter entlohnte Beamtenkategorie eine Aufbesserung verlangte, abgelehnt worden war. Wir wollten erst für die Ungesättigten trockenes Brot bereiten, ehe wir den Halbsatten eine Wurst bieten wollten, die sie an sich gewiß redlich verdient haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Nachdem aber jetzt Aussicht besteht, daß diesmal diese sogenannte Unterbeamten-Resolution mit angenommen werden wird, werden wir auch für die Postassistenten-Resolution stimmen, denn es handelt sich da in der Tat um eine Schicht älterer Beamten, die durch die Personalreform schwer geschädigt worden sind. Ueberhaupt werden wir jederzeit für durchgreifende Besoldungsverbesserungen stimmen. Die Erhöhung des Unterstützungsfonds durch die Postbehörde ist die beste Anerkennung für die Notlage weiter Beamtenschichten! Wie allerdings das Zentrum sein Wohlwollen für die Beamten verbinden will mit der ängstlichen Scheu, die Besoldungsordnung aufzurollen, bleibt ein Rätsel. In der Budgetkommission hat das Zentrum angeregt, postlagernde Briefe mit höherem Porto zu belegen, mit dem Hinweis darauf, daß in erster Linie der

Liebesbriefverkehr

dadurch getroffen wird. Es ist also gewissermaßen der Geist Roerens, der aus diesem Antrag spricht. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die Post sollte dadurch zu dem gemacht werden, was Schiller von der Schaubühne fordert, zu einer moralischen Anstalt. (Heiterkeit.) In Belgien haben

Kleines Feuilleton.

Neues vom jungen Hebbel. In der nächsten Nummer der „Grenzboten“ veröffentlicht Dr. Paul Bornstein Briefe, die der junge Friedrich Hebbel zu Beginn und während seiner Studienzeit vornehmlich an Bekannte und Freunde aus der holsteinischen Heimat gerichtet hat. Diese bisher unbekannten Dokumente aus den Werdejahren des Dichters bilden eine wertvolle Ergänzung zu dem Charakterbilde des eigenwillig und mit zäher Beharrlichkeit vorwärtsstrebenden jungen Mannes, der allen pekuniären Schwierigkeiten zum Trotz seine Ziele verfolgte und vor allen Dingen, unbeschadet der ungenügenden Vorbildung des Autodidakten, das Universitätsstudium durchsetzte.

In die Heidelberger Universitätszeit führt ein Schreiben Hebbels an den Wesselburener Jugendfreund Jakob Franz. Es heißt darin unter anderem:

„Heidelberg, den 18. July 1836.

Lieber Franz!

. . . . . Du hast Dich allerdings gehörig mit Collegien bepackt. Ich hab's mir bequemer gemacht und nur zwei belegt, wovon ich noch das Eine, da ich kein leeres Stroh dreschen mag, schwänze. Lächeln hab' ich müssen, als ich in Deinem Brief mit Bezug auf Literaircgeschichte und Anthropologie las, Du hättest in der kurzen Zeit doch auch für allgemeine Bildung was tun wollen. Lieber Junge, die holst Du nicht von der Universität und nicht von den Professoren; da lernst Du nichts, als wie Du's nicht machen mußt. Ein Knabe, der Berge versetzen will und ein Professor, der die Literatur analysiert — ich weiß nicht, was sich possirlicher ausnimmt.

. . . . . Wie es mit meinen Gedichten wird, weiß ich noch nicht. Es liegt so viel an Stoff vor mir, was ich behandeln und der Sammlung noch einverleiben mögte, und dies zieht ein Geschäft in die Länge, was nie genug in die Länge gezogen werden kann. Du wirst sehr wenig Gedichte finden, die Du schon kennst; ich bin außerordentlich streng gegen meine Produkte aus früheren Zeiten, bin aber dafür auch überzeugt, daß selten ein Dichter mit meiner Klarheit, Sicherheit und Bewußtseyn seiner Individualität aufgetreten ist, wie ich. Das Schicksal der Gedichte kümmert mich wenig; die deutsche Kritik ist heutzutage eine alte Vettel, die nur ihre eigenen Basen und Tanten begünstigt und ich gebe nichts um die saubere Verwandtschaft. Was lebt, das wirkt; und was wirkt, das lebt; dies Evangelium bewahrheitet sich alle Tage.“

Derselbe Hebbel, der damals in bitterer Not ins Tagebuch schrieb, sein Leben sei nur noch ein Kampf für Mutter und Leichenstein, reckt sich hier auf in gespanntem Selbstgefühl, in unerschütterlem Glauben an sein Können und seine Zukunft.

Theater.

Kammerspiele: „Der Feind und der Bruder“. Tragödie von Moritz Heimann. (Die Buchausgabe erschien in S. Fischers Verlag.) Wie bei seiner früher aufgeführten Komödie „Joachim von Brandt“ hat man bei dieser im Kostüm der italienischen Renaissancezeit einherschreitenden Tragödie wieder den Eindruck einer nachdenklich eigenartigen dichterischen Persönlichkeit, die aber in ihrem Schaffen einstweilen von bedeutsamen aphoristischen Ansätzen nicht zu dem Ebenmaß eines wirklichen dramatischen Ganzen vorzudringen vermag. Die Kraft der Phantasie verausgabt sich in beziehungsreicher Aufrollung von Motiven, vermag jedoch das so erregte Interesse nicht bis zum Ausgange festzuhalten. Am Schlusse stellt sich Enttäuschung ein. Während die Masse nichtssagender Dutzendfabrikate die Bühne ohne Protest passiert, erhob sich diesmal, als der Dichter zu guterletzt in sichtbarer Verlegenheit Helden und Liebhaber durch Dolchstöße erledigt hatte, mit dem Applaus zugleich ein lautes Zischen.

Ein träumerisch exaltiertes Mädchen, das eingeborene dunkle Instinkte zu verwandtem Blute treiben, steht in dem Mittelpunkte des Stücks. Vortrefflich heben sich in dem Gemälde des ersten Aktes die Gestalten von einander ab. Die aus Venedig verbannte Witwe des großen von der Republik mit Undank belohnten Feldherrn Tuzio Badoer, die grollend ihren Sohn nicht für den Staatsdienst hergeben will und in dem angekündigten Besuch des Grafen Barbaro Gefahren wittert, spricht klug und würdig mit ihren Kindern. Als sie die Möglichkeit erwähnt, daß man ihr Stephan nehmen werde, schleicht Pallas, unfähig, ihre Bewegung länger zu verbergen, aus dem Zimmer, und von der Mutter zur Rede gestellt, gesteht der Sohn, daß die Schwester mit mehr als schwesterlicher Liebe an ihm hänge. Die Mutter dankt ihm sein Vertrauen. Eine mächtige Erschütterung reißt Pallas dann in andere Bahnen. Barbaros Erscheinung, die Künste, mit denen er sein verliebtes Werben unterstützt, peitschen die schlafenden Sinne des Mädchens zu jähem Tumult auf. Der Rausch jagt sie in Scham und Entsetzen. Lieber den Tod als diese Erniedrigung! Und doch nimmt sie den Antrag des Mannes, den sie in allen Fasern ihres Wesens als Feind empfindet, an. Auch die folgenden Bilder: das Erwachen ihrer Liebe zu dem Gefolgsmann ihres Gatten, dem jugendlichen Tuzio Tuzi, dessen Züge sie an den fernen Bruder erinnern, und das Dogengericht, vor das nach der Flucht der beiden die Mutter zitiert wird, sind von eindrucksvoller Plastik. Die Sprache rauscht in Versen beschwingten Wohlklangs und quellender, zuweilen überquellender Bildlichkeit. Aber freilich wird die Spannung in der Gerichtsverhandlung nur durch Hineinziehen eines neuen, mit dem psychologischen Grundthema gar nicht mehr zusammenhängenden Moments gewonnen. Heimann stellt hier dem Staatsinteresse, in den Reden der unglücklichen und unversöhnlichen Mutter den Ausdruck einer ganz auf das Individuelle gestellten Lebensauffassung wuchtig gegenüber. Ein Gegensatz, der ebenso unvermittelt, wie er im Stücke auftaucht, wieder verschwindet. Sehr fein ist in der Schilderung der auf eine einsame Insel geflüchteten Liebenden die Darstellung, wie Pallas' verzehrende Eifersucht den Jüngling Tuzio, der den Treubruch nicht so leicht vergessen kann, befremdend abstößt, und wie Pallas darunter leidet. Sie, die Barbaros Liebkosungen für Besleckung hielt, wird, als ein nachgesandter Bote ihr die Kunde bringt, daß Tuzio der uneheliche Sohn ihres eigenen Vaters sei, in ihrer Liebe und in dem Glauben an ihren Wert keinen Augenblick erschüttert. Das ist psychologisch verständlich. Indes, daß sie den Boten vergiftet, damit ihr Liebster nichts von der Blutschande erfahre, wirkt wie der Mord und Selbstmord am Schluß als kalter Bühnentrick, der ohne rechte Motivierung, den bloßen Schein von Handlung vorzutäuschen sucht.

Gina Mayer, eine junge, noch unbekannte Schauspielerin, überraschte als Pallas durch die Intensität sehnsüchtiger Leidenschaft. Großartig war Marg Dietrich in der Rolle der Mutter; ihre Leistung gipfelte in der Szene der Gerichtsverhandlung. Von den männlichen Darstellern — einige ließen viel zu wünschen übrig — wären namentlich Herr Wörz als jugendlich liebenswürdiger Tuzio, Henrich als Stephan und Karl Ebert als Doge zu erwähnen. Das Verständnis der mit Gedanken und Gleichnissen stark befrachteten Verse wurde vielfach noch besonders durch leises und zu rasches Sprechen erschwert. dt.

Notizen.

— **Berliner Konzerte in Fürstenwalde.** Felix Weingartner darf infolge der Sperre, die die Generalintendanz über ihn verhängt hat, in Berlin und in einem Umkreise von 30 Kilometern von Berlin nicht als Dirigent auftreten. Weingartner gedenkt aber, diesem Bann zum Trotz mit seinen Berliner Verehrern in Konnex zu bleiben. In der Zeit von Oktober bis Dezember 1912 wird er einige große Sinfoniekonzerte in Fürstenwalde (Spree) und zwar im Festsaal des Gesellschaftshauses leiten. Die Weingartnergemeinde wird in Sonderzügen dahin und zurückbefördert, zu deren Benützung die Konzertbillette berechtigen. Fürstenwalde liegt zwar noch im Bereich des Vorortverkehrs aber doch 51 Kilometer Bahnstrecke von Berlin C. entfernt, also außerhalb des gesperrten Gebiets.

— **Die Humboldt-Akademie** veröffentlicht soeben ihr Vorlesungsverzeichnis für das zweite Vierteljahr 1912. Die Vorlesungen umfassen wie früher die Gebiete sämtlicher Wissenschaften und ihre praktische Anwendung. Das Lehrvierteljahr beginnt am Montag, den 15. April. Vorlesungsverzeichnisse und Hörerkarten sind im Hauptbureau, Kurfürstenstr. 166 (1—3), und in zahlreichen Bureaus und Buchhandlungen erhältlich.

— **Bauarbeiten am Straßburger Münster.** Schon seit mehreren Jahren konnte man an dem großen Turm des Straßburger Münsters die Zeichen gefährlicher Senkungen beobachten. Kanalisationsarbeiten hatten das Niveau des Grundwassers verändert und die Pfähle und Ballen der Münsterfundamente waren zerstörenden Einflüssen ausgesetzt. Vor kurzem ist nun der Beschluß gefaßt worden, die alten Fundamente, die aus dem Jahre 1277 stammen, zu erneuern. Während dieser Arbeiten wird der Turm des Münsters auf einer gezimmerten Decke aus massiven Eichenbalken ruhen, die einen Durchmesser von 70 Zentimeter haben. Die Kosten dieser Erneuerung der Münsterfundamente werden auf nahezu eine Million Mark geschätzt.

die Parteifreunde des Zentrums es sogar durchzusetzen gewußt, daß der ganze Chiffrenverkehr auf den Postämtern verboten wurde. In Wirklichkeit ist der Antrag des Zentrums nicht nur sehr muckerisch, denn warum sollte die Liebe mit einer Geldstrafe belegt werden (Heiterkeit), sondern er ist auch sehr verkehrsfeindlich, denn unter den postlagernden Sendungen spielen die Liebesbriefe eine außerordentlich geringe Rolle. Hohe Herrschaften, die ihr Gewerbe im Umherziehen betreiben (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), sind nicht auf den Postlagerverkehr angewiesen, wohl aber die vielen Geschäftsreisenden und Kleinhändler, die heute hier, morgen dort sind, und die reisenden Handwerksburschen im Verkehr mit ihrer Familie. Also gerade ärmere Volkskreise werden durch diesen Antrag des volksfreundlichen Zentrums getroffen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Ostmarkenzulage werden wir auch diesmal ablehnen. Die Wahrscheinlichkeit ist ja in diesem Jahre sehr groß — wenn das Zentrum nicht so regierungsfromm geworden ist, daß es auch in dieser wichtigen Frage auf die andere Seite fällt —, daß sich

eine Mehrheit gegen die Ostmarkenzulage

findet. Daß Beamten, die unter besonders schwierigen Umständen arbeiten, eine Zulage gewährt wird, dagegen haben auch wir nichts einzuwenden. Vor 1870 hatte Preußen auch eine Art Ostmarkenzulage, nämlich für richterliche Beamte in Posen und Westpreußen, die sowohl des Deutschen wie des Polnischen kundig waren. Heute ist umgekehrt die Ostmarkenzulage dazu da, die polnische Sprache, die Muttersprache von vier Millionen deutscher Reichsangehörigen auszurotten. Sie bildet gewissermaßen eine Erziehungsprämie zu hakatistischer Gesinnung. Die Post ist gewiß ein unparteiisches Institut, sie verkauft ihre Briefmarken an Gerechte und Ungerechte (Heiterkeit), sie befördert Briefe von Konservativen und Sozialdemokraten (Heiterkeit), aber durch die Polenpolitik wird auch die Post politisiert. Neben dem Landrat wird in Posen und Westpreußen auch der Landbriefträger zum politischen Beamten. Wir haben gestern von Herrn v. Chlapowski gehört, von Briefen, die ihn nicht erreichten (Heiterkeit), weil ein polnisches Wort auf der Adresse stand. Gestern ist nun eingewandt worden, daß deutsche und polnische Beamte die Zulage erhielten. Wir haben auch gehört, daß unter den mittleren Beamten sehr wenig Polen sind, und auch als Unterbeamte nicht so viel Polen angestellt werden, als für eine gute Abwickelung des Postbetriebes in diesen Provinzen nötig wäre. Die Ostmarkenzulagen haben nun einmal auch für die Post einen politischen Charakter, das wissen auch die Postbeamten selbst sehr gut. Die „Deutsche Postzeitung", das Organ der mittleren Post- und Telegraphenbeamten, schrieb am 10. Mai 1908: „Die Verbündeten Regierungen, die offenbar geglaubt haben, die dauernde Unwiderruflichkeit der Zulagen nicht zugestehen zu dürfen, um die beteiligte Beamtenschaft in der Hand zu behalten, haben damit die Reichsbeamten in den Ostmarken zum

Spielball wechselnder parlamentarischer Mehrheiten

gemacht und dadurch nur erreicht, daß sie sich im eigenen wirtschaftlichen Interesse politisch möglichst indifferent verhalten werden, um den Gegnern der Zulage nicht die Klinge zu schärfen. Ob aber gerade die Züchtung des politischen Indifferentismus die der Schaffung der Ostmarkenzulagen zugrunde liegende Absicht gewesen ist, kann füglich bezweifelt werden". Hier sagt also das Organ der Beamten ganz unzweideutig: Wenn wir wirklich stramme Polenbekämpfer sein sollen, dann mußt Du diese Zulage dauernd unwiderruflich machen. Schärfer kann der politische Charakter der Ostmarkenzulage nicht ausgedrückt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Man hat nun gesagt, die Streichung bedeute eine wirtschaftliche Schädigung für alle Beamten, die sich darauf eingerichtet hätten. Das mag zutreffen, aber da mögen sich die betreffenden Beamten bei der Regierung bedanken, die aus politischen Gründen diese Zulagen eingeführt hat. Wir sind auch stets bereit, der Gesamtheit der Unterbeamtenschaft auf dem Wege der Gehaltsaufbesserung das zu geben, was ein Teil aus politischen Gründen hatte. Aber man kann eine Korruptionsprämie nicht deshalb bewilligen, weil die zu Korrumpierenden daran gewöhnt sind. (Sehr richtig!) Im übrigen ist auch das Leben im Osten der preußischen Monarchie nicht teurer, sondern billiger als im Westen, so daß auch rein wirtschaftliche Gründe die Beibehaltung der Zulage nicht rechtfertigen. Wenn nun Frhr. v. Gamp an das Gerechtigkeitsgefühl der Polen appelliert hat, so ist das doch der reine Hohn. (Sehr richtig! bei den Polen und Sozialdemokraten.) Seit Jahrzehnten wird in der Behandlung der Polen Unrecht auf Unrecht getürmt, und nun auf einmal verlangt man von den Polen, sie sollten aus Gerechtigkeit für eine zu ihrer Unterdrückung bewilligte Prämie stimmen. Das ist so, als wenn ein Mann, auf dessen Kopf eine Prämie gesetzt ist, freundlichst gebeten wird, diese Prämie auch noch aus seiner eigenen Tasche zu bezahlen. (Große Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind aus Gerechtigkeitsgefühl gegen die Zulagen. Sie sind lediglich ein Zweig von dem Baume jener Polenpolitik, der längst reif ist für die fällende Axt, sie sind ungerecht, töricht und nutzlos, sie sind

ein Erzeugnis der politischen Gespensterfurcht.

Vielleicht gibt es Polen, die das großpolnische Reich wieder aufrichten wollen; aber wir haben ja auch Deutsche, die Hansnarren sind, die ausschweifende Pläne haben, die die Rheinmündung annektieren wollen, Holland und Oesterreich, die sogar ganz Marokko wirtschaftlich und politisch germanisieren wollen. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die Vorgänge des letzten Jahres haben gezeigt, daß die Bestrebungen dieser Alldeutschen für den Bestand des Deutschen Reiches viel bedrohlicher sind, als die gefährlichsten Polen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Polen wollen nur nicht als Bürger zweiter Klasse behandelt werden, sie wollen ihres Volkstums nicht beraubt werden. (Sehr wahr! bei den Polen.) Wenn die Regierung die Streichung dieses Titels als Niederlage empfindet, so ist ihr das aus vollem Herzen zu gönnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Außerdem hat die Regierung auch auf dem Gebiete der Polenbekämpfung sich so viel Niederlagen zugezogen, daß es auf eine mehr gar nicht mehr ankommen kann. (Heiterkeit.) Eine Politik, die einen großen Volksstamm nicht mit friedlichen Mitteln der Kultur eindeutschen sondern mit gewaltsamen, barbarischen Mitteln verpreußen und verpommern will, kann nur Niederlagen nach sich ziehen. In der deutschen Nationalversammlung 1848 hat der Pole v. Janiczewski den Vorläufern der Hakatisten von heute zugerufen: „Ihr werdet die Polen verschlucken, aber verdauen werdet Ihr sie ganz gewiß nicht." Nie ist eine Prophezeiung so wahr gewesen, wie diese. Wir sind stets erbitterte Gegner dieser Verschluckungspolitik gewesen, wir haben auch in der Polenfrage die Prinzipien der Freiheit und Gleichheit proklamiert. Wir sind aber unschuldig daran, wenn die preußisch-deutsche Regierung heute mehr denn je in dieser Frage an Verdauungsbeschwerden leidet. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär **Kraetke**: Ich stehe auch heute noch auf dem Standpunkt, daß ich keine Sozialdemokraten im Betriebe der Reichspost- und Telegraphenverwaltung dulde. (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wie richtig dieser Standpunkt ist, hat die Rede des Vorredners und seines Parteifreundes Zubeil bewiesen, deren Inhalt auf weiter nichts hinauslief, als die Beamten zum Streik aufzurufen. (Stadthagen: Wenn Sie nur streiken möchten! Heiterkeit.) Der Vorredner sagte, die Sozialdemokraten werben nicht um die Postbeamten. Ich habe hier ein Flugblatt, das im Kuvert an Hunderttausende von Postbeamten verschickt worden ist. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Darf das denn die Post befördern! Heiterkeit), wo es zum Schluß heißt: „Die mittleren und unteren Postbeamten haben wahrhaftig keinen Grund, mit ihrer Verwaltung zufrieden zu sein. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn sie wollen, daß es besser wird, müssen sie sozialdemokratisch wählen. (Erneutes lebhaftes Sehr richtig! und Bravo! bei den Sozialdemokraten. Große Heiterkeit.) Sie wären dumm genug, wenn sie sich wieder vor den Karren der bürgerlichen Parteien spannen ließen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die nächsten Reichstagswahlen müssen eine Abrechnung mit der Redaktion (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Zuruf: Reaktion!) bringen." (Lebhaftes Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ist denn auch sehr wahr Ihr Ausspruch. Sie werben nicht um die Gunst der Postbeamten? (Sehr gut! rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.) All Ihr Werben wird Ihnen nichts nützen. (Gelächter b. d. Soz.) Die Postbeamten verwahren sich dagegen, daß Sie als Ihre Vertreter auftreten. Das auszusprechen, bin ich berechtigt (Widerspruch bei den Sozialdemokraten), weil ich weiß, daß Sie die Beamten beleidigen, wenn Herr Zubeil ihnen zumutet, daß sie ihren Eid brechen. (Bravo! rechts.) Sie halten hier lange Reden für die Beamten, aber haben Sie schon je für einen Etat gestimmt? (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wie Sie die Beamten einschätzen, dafür ist folgendes bezeichnend: Herr Sachse hat hier vor einiger Zeit gesagt, das Organ des Steigerverbandes klage darüber, daß auf einer Reihe von Zechen den Direktoren die Namen der Steiger, welche die Verbandszeitung durch die Post beziehen, bekannt geworden seien. Es müsse angenommen werden, daß auf einzelnen Postämtern Ermittelungen angestellt worden seien, die zum Ziele geführt hätten. Auch sei von früher her bekannt, daß einzelne Postbeamten es in bezug auf die Angabe der Empfänger von Briefen nicht so genau nehmen". Der verantwortliche Redakteur einer Zeitung, die diese Nachricht mit Beleidigungen wiedergab, wurde daraufhin angeklagt, und nun hat die eingehende Untersuchung die Grundlosigkeit der Verdächtigung ergeben. Es ist durch eidliche Aussagen bewiesen worden, daß Postbeamte dabei nicht beteiligt waren, (Hört! hört! rechts. Zuruf bei den Sozialdemokraten: sondern die Polizei!) Ich habe nun absichtlich gewartet, ob Sie (zu den Sozialdemokraten) den ehrlichen Willen haben (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten. Zuruf: Unterstellung!), ich will sagen, ob Sie den Mut haben, nun offen zu bekennen: Wir haben den ehrenwerten Stand der Postbeamten beleidigt, und wir nehmen nach Aufklärung des Sachverhaltes die Aeußerung zurück. Das ist in diesem Falle wieder nicht geschehen. Die Postbeamten wollen auch ihre Ehre gewahrt haben. (Lebhaftes Bravo! rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Sachse** (Soz.):

Es ist richtig, was der Herr Staatssekretär ausgeführt hat, daß ich damals gesagt habe, die Postbeamten dürften nicht aussagen. Das war mir per Telegramm mitgeteilt. Als ich dann die Zeitungsberichte bekam, stellte sich heraus, daß in dem Telegramm Polizeibeamte mit Postbeamten verwechselt wurden. Ich habe natürlich nicht viel Wert darauf gelegt, das ausdrücklich zu berichtigen. (Große Unruhe rechts.) Jubeln Sie nicht zu früh; es ist bereits ein neuer Prozeß angestrengt. In jenem Prozeß ist nun festgestellt, daß der Zechenverbandssekretär

einen Polizeiassessor bestochen

hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daß der Assessor vom Zechenverband mehrere 100 Mark bekommen hat . . . (Zuruf rechts: Post!) Das hängt damit zusammen. Der betreffende Steiger, der aus diesem Grunde verklagt war, hat jetzt beim Staatsanwalt Anzeige gemacht, ihm sei bekannt geworden, daß die Bestechungsgelder 1000 M. betragen (Hört! hört) und weiter, daß entweder mit diesem Gelde Postbeamte oder Druckereipersonal bestochen sein müßten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also die Sache ist noch nicht geklärt, und mein Irrtum ist eher zu entschuldigen, als wenn der Staatssekretär die Sache als bombensicher hinstellt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär **Kraetke**: Das Landgericht hat in der Begründung des Urteils ausdrücklich festgestellt, daß Indiskretionen seitens Postbeamter nicht begangen seien. (Hört! hört! rechts.)

Abg. Dr. **Oertel** (k.): Ich billige es durchaus, wenn der Herr Staatssekretär erklärt, daß kein Postbeamter Sozialdemokrat sein darf. Ich verzichte darauf, mich mit der Dame mit dem flachen Busen zu befassen. Flacher oder geschwellter Busen — das ist Geschmackssache, über die man nicht streiten sollte. (Heiterkeit.) Ein Hans Narr ist oft derjenige, der andere für Hans Narren hält. (Sehr gut! rechts.) Daß die Finanzreform ein Produkt des schwarzblauen Blocks sei, habe ich, wenn ich mich recht erinnere, schon einmal gehört (Heiterkeit rechts), und wir werden es, falls wir hier die fünf Jahre hindurch zusammen bleiben sollten, noch öfter hören. — Redner polemisiert gegen den Abg. Wendel, weil dieser das Recht auf passive Resistenz und Streik für die Postbeamten in Anspruch genommen habe. — Die Post sollte nach Möglichkeit keine Schmutzliteratur befördern und jeder sollte die Schmutzverschleißer, die ihm Anpreisungen der pornographischen Literatur ins Haus senden, wegen Beleidigung verklagen.

Der Redner bringt dann die Wünsche verschiedener Beamtenkategorien vor. — Als Zeitungsmann muß ich darüber klagen, daß die Fristen für die Auflieferung der Zeitungen immer früher angesetzt werden. Der Staatssekretär hat vielleicht keine Vorstellung von der nervenzermürbenden Arbeit des Zeitungsredakteurs. Er braucht mich nur anzusehen, um ein Beispiel zu haben. (Große Heiterkeit.) Auch die Preßtelegramme sollten billiger sein. Sehr wichtig ist für die Presse auch nicht gerade der Ankunftsstempel, aber doch ein Stempel, wann der Briefträger den Brief bekommen hat.

Als Landmann muß ich klagen über die stiefmütterliche Behandlung des flachen Landes. Die zweimalige Briefbestellung sollte man in allen Landorten beibehalten. (Sehr richtig!) In bezug auf den Nachbarortsverkehr sind die armen Landorte auch sehr benachteiligt gegenüber den reichen Vororten von Berlin. Auch der Mindestsatz für den Fernsprecher sollte für das platte Land herabgesetzt werden, ebenso die Kosten der ersten Einrichtung. Auch der von liberaler Seite eingebrachten Resolution, die Portofreiheit für Soldatenpakete bis auf 5 Kilo auszudehnen, stimmen wir zu; auch das liegt im Interesse der Landleute. — Herrn Wendel kann ich nicht zustimmen, daß in unserer Postverwaltung sich eine gewisse Stagnation und ein ungesunder Bureaukratismus breit macht. Gerade in der Sozialdemokratie macht sich der Bazillus der Bureaukratie geltend. Unsere Postverwaltung dagegen geht frisch vorwärts. Ich bitte den Staatssekretär, dabei zu verharren, und namentlich auch bei seinem Standpunkt gegenüber der Sozialdemokratie. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Ich hoffe, ihn noch so lange auf seinem Posten zu sehen, bis der Wunsch des Herrn Wendel erfüllt ist, und er Staatssekretär a. D. im sozialdemokratischen Zukunftsstaat ist. (Heiterkeit und Bravo! rechts.)

Staatssekretär **Kraetke**: Die Landbriefbestellung soll, wo es irgend angeht, mehr wie einmal erfolgen. — Eine Vorlage über eine neue Fernsprechgebührenordnung kann die Regierung angesichts der ganz auseinandergehenden Wünsche vorläufig nicht machen. — Die Wünsche auf Ausdehnung der Portofreiheit für Pakete an Soldaten sollen geprüft werden, doch kann ich ihre Erfüllung nicht in sichere Aussicht stellen. Die Kontrolle, inwieweit wirklich nur Sachen für die Soldaten in den Paketen versandt werden, ist sehr schwer. — Die Preßtelegramme im Inlande können wir nicht noch billiger befördern, die Gebühr ist schon sehr gering. Einen Ersatz können ja die neu eingeführten Brieftelegramme bilden.

Abg. **List**-Eßlingen (natl.): Die Postbeamten und Unterbeamten werden sich sicherlich mehr auf meinen sehr sachkundigen Freund Beck verlassen als auf die sozialdemokratischen Herren. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Der Redner bringt nun Wünsche einiger Beamtenkategorien vor und bittet, die in der Besoldungsordnung enthaltenen Unstimmigkeiten zu beseitigen.

Für die Bedürfnisse des praktischen Lebens herrscht in unserer Postverwaltung volles Verständnis, mit frischem Geiste geht sie überall vorwärts. Aber Wünsche bleiben natürlich immer noch. So wünschen wir eine Vereinheitlichung des Weltpostportos, und wenn das nicht geht, die Ausdehnung der Vereinbarung mit Oesterreich und Nordamerika auf unsere europäischen Nachbarn. Auch die sogenannten Fensterbriefe sollten im internationalen Verkehr zugelassen werden. Auch wäre es gut, die Unterscheidung zwischen Drucksachen, Warenproben und Geschäftspapieren fallen zu lassen und einfach geschlossene und offene Briefe zu unterscheiden; geht das nicht, so sollte man mindestens das Porto auf Warenproben ermäßigen.

Staatssekretär **Kraetke**: Der Wunsch, mit den Nachbarländern ein billigeres Porto zu haben, ist bekannt und wir sind in diesem Sinne bestrebt, aber es ist schwierig zu erreichen, weil die Nachbarländer es mit uns allein nicht tun wollen und einen zu großen Ausfall fürchten, wenn sie mit mehreren Ländern solche Vereinbarungen treffen. Die Einführung der Fensterbriefe in den internationalen Verkehr soll erfolgen. Bei der Regelung der Besoldungsverhältnisse werden einige immer besonders gut fortkommen; deshalb kann man doch die Besoldungsordnung nicht gleich wieder ändern. — Die Zahl der Dienststunden für die Unterbeamten beträgt 60—69 in der Woche, aber von den 121 170 Unterbeamten haben nur 422 einen Dienst von 68—69 Stunden. In den Großstädten, wo der Dienst anstrengender ist, ist die Zahl der Dienststunden 60, und das ist nicht zu viel, zumal der Nachtdienst 1½fach gerechnet wird. Im Erholungsurlaub sind die Angestellten der Post- und Telegraphenverwaltung nicht ungünstiger gestellt, als die irgend einer anderen Verwaltung. — Eine andere Organisation für die Beamtenschaft als die gegenwärtige mit den gehobenen Stellen kann ich nicht empfehlen; gerade die gehobenen Stellen schaffen den unteren und mittleren Beamten die Möglichkeit, vorwärts zu kommen.

Abg. **Hubrich**-Oberbarnim (Vp.): Der erfreuliche Aufschwung der Postverwaltung steht in unerfreulichem Gegensatz zu der traurigen sozialen Lage der Postbeamten; deshalb nimmt die Unzufriedenheit unter den Postbeamten ständig zu, und zwar bei allen Kategorien, bei den unteren, mittleren und höheren Beamten. Auch deren Organ, die „Blätter für Post- und Telegraphie", schrieb über die Besoldungsordnung, selten ist eine Beamtenschaft so getäuscht worden, wie der jüngere Teil der höheren Postbeamten. Hätte übrigens eine solche Aeußerung in einem Organ der mittleren oder unteren Beamten gestanden, so wäre der Staatssekretär wohl disziplinarisch eingeschritten. (Sehr wahr! bei der Volkspartei.) Die geringe Schaffung neuer Stellen ist eine übel angebrachte Sparsamkeit. — Der Redner führt weiter aus, daß auch die mittleren und unteren Beamten bei der Neugestaltung der Besoldungsordnung zu kurz gekommen sind. Deshalb kann die Gehaltsfrage nicht zur Ruhe kommen, zumal bei der sprunghaften Steigerung in den Preisen aller Lebensbedürfnisse. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.) Deshalb ist es ganz ungerechtfertigt, was Graf Posadowsky vor kurzem hier tadelnd über die Wünsche der Beamten gesagt hat. Die Gehaltsaufbesserungen sind längst durch die Preissteigerungen wettgemacht, die die Beamten keineswegs als „gottgewollt" hinnehmen. Mindestens aber müssen die Härten und Unstimmigkeiten beseitigt werden, die zweifellos durch die Besoldungsordnung geschaffen sind. Die Zahl der Beförderungsstellen steht in gar keinem Verhältnis zur Zahl der Anfangsstellen. Daher hat ein großer Teil der Beamten gar keine Aussicht, jemals in bessere Stellen aufzurücken. (Sehr richtig! links.) Daß die Ostmarkenzulage eine Korruptionszulage sei, wird Herr Wendel nicht beweisen können.

Diese Bezeichnung ist lediglich eine hohle Phrase. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.) Mehr als eine Million Mark wurde bei Streichung der Ostmarkenzulagen der betreffenden Provinzen entzogen, darunter würden auch polnische Geschäftsleute und Handwerker leiden. Der Redner bringt dann noch eine Reihe von Einzelwünschen der Postbeamten vor, meint aber, die „haltlosen und durch nichts gerechtfertigten Behauptungen" des Abg. Zubeil müsse er zurückweisen, für einen solchen Vertreter danke die Postbeamtenschaft, sie kennt ihre Pflicht und tut sie, an Streik und passive Resistenz denkt niemand unter den Beamten, für den freundlichen Rat des Abg. Wendel danken sie. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Abg. **v. Czarlinski** (Pole): Den Antrag auf Streichung der Ostmarkenzulage halten wir aufrecht. Die Haltung des Freisinns in dieser Frage war früher anders. Herr Dove hat sich seinerzeit gegen jede Ostmarkenzulage erklärt, ob sie nun widerruflich ist oder nicht. Den Appell des Frhrn. v. Gamp an unsere Gerechtigkeit hat der Abg. Wendel sehr gut charakterisiert. Wer Gerechtigkeit verlangt, muß erst selbst verstehen, Gerechtigkeit zu üben. (Sehr wahr! bei den Polen.) Herr Gamp hat doch für den Sprachenparagraphen gestimmt und hat damit der polnischen Bevölkerung ein Menschenrecht genommen. (Sehr richtig! bei den Polen.) Die Zulage wird nur bei treuer Pflichterfüllung und einwandsfreiem dienstlichen und außerdienstlichen Verhalten gewährt. Dieser letzte Zusatz beweist am besten den Tendenzcharakter der Ostmarkenzulagen. (Sehr richtig! bei den Polen.)

Nach einigen Bemerkungen des Abg. **v. Schele** (Welfe) wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Die Abgg. Dr. **Struve** (Vp.) und **Mumm** (Wirtsch. Vg.) bedauern, durch den Schluß der Debatte ums Wort gekommen zu sein.

Abg. **Ebert** (Soz.): Auch ich gehöre zu den Leidtragenden. (Heiterkeit.) Ich bedauere den Schlußantrag um so mehr, da von einzelnen Rednern und auch vom Staatssekretär gegen meine politischen Freunde heftige Vorwürfe erhoben worden sind, die nun leider nicht zurückgewiesen werden können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Zubeil** (Soz.): Auf die Angriffe des Abg. Pauli werde ich bei der dritten Lesung antworten.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. **Wendel** (Soz.): Herr Oertel hat aus meinen Ausführungen den Schluß gezogen, daß ich die Intelligenz der Abgg. Beck und Pauli als defekt habe bezeichnen wollen. Der Pfeil war wohl weniger gegen mich als gegen den gerade amtierenden Vizepräsidenten Dr. Paasche gerichtet. Im übrigen bin ich durchaus bereit, anzuerkennen, daß die beiden Herren innerhalb ihrer Parteien als intellektuelle Leuchten anzusehen sind. (Heiterkeit.) Herr Oertel hat mich entweder falsch verstanden oder falsch wiedergegeben. Im ersteren Falle habe ich seine Intelligenz überschätzt. (Heiterkeit.)

Präs. **Kaempf**: Das ist nicht persönlich.

Abg. **Sachse** (Soz.) weist unter Verlesung des stenographischen Berichts über den betreffenden Teil seiner Rede vom 16. März gegenüber dem Staatssekretär darauf hin, daß er damals weniger gegen Postbeamte einen Vorwurf erhoben habe, als gegen das unehrliche Vorgehen des Zechenverbandes, der Postbeamte und andere zu bestechen gesucht habe. Zur Richtigstellung habe er noch keine Ursache gehabt, da der Prozeß noch schwebe.

Abg. **Oertel** (k.): Der Abg. Wendel hat sich dagegen gewehrt, daß er die Intelligenz der Herren Pauli und Beck als defekt habe bezeichnen wollen; ich nehme gern davon Kenntnis. Im übrigen bemerke ich ihm, daß ich meine Pfeile stets an die direkte Adresse richte.

Ein Antrag Gamp, eine Reihe Resolutionen der Budgetkommission zu überweisen, wird gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt (Heiterkeit); die Abstimmung über die Resolutionen wird morgen stattfinden.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag 11 Uhr.

Abg. Frhr. v. Gamp (Rp.) beantragt, den Antrag der Geschäftsordnungskommission morgen zuerst zu verhandeln.

Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt.

(Tagesordnung: Weiterberatung des Postetats, vorher dritte Lesungen.)

Schluß 7½ Uhr.

Parlamentarisches.

Die Kolonialetats in der Budgetkommission des Reichstags.

Bei der Beratung des Etats für Samoa regte Abgeordneter Keske an, die Verwaltungen für Samoa und Neu-Guinea aus Gründen der Ersparnis zusammenzulegen. Staatssekretär Solf wendete sich gegen diese Anregung, die am Stolze der Samoaner scheitern würde. Außerdem müßte ein gemeinsamer Gouverneur jährlich zwei Dienstreisen machen, die eine Ausgabe von etwa 20 000 M. verursachen würden. Da der bisherige Oberhäuptling Mataafel gestorben ist, besteht die Absicht, keinen samoanischen Oberhäuptling mehr anzuerkennen. Das werde vielleicht zu kleinen Unruhen Anlaß geben, müsse aber trotzdem geschehen. Die Selbstverwaltung soll ausgebaut werden. Der Pflanzerverein auf Samoa petitioniert darum, die Kuleinfuhr zu erleichtern, besonders aus Neu-Guinea. Es fehle an Arbeitskräften, denn die Samoaner geben sich nur selten zur Bahnarbeit her. Nur eine Gesellschaft hat das Recht, bis 900 Arbeiter jährlich aus Neu-Guinea anzuwerben, alle anderen nicht. Die Einfuhr hat wiederholt zu Unruhen geführt, weil der chinesische Konsul auf Samoa die Arbeiter aufhetze, ständig höhere Forderungen zu stellen. Die von den Chinesen geforderte Erlaubnis, sich seßhaft zu machen, wird abgelehnt, wie der Staatssekretär erklärte, weil sonst die Gefahr besteht, daß bald die Chinesen das Obergewicht erhalten würden. Ein chinesischer Arbeiter kostet täglich 2 bis 2,50 Mark, andere Kulis nur 80 Pf. Staatssekretär Solf führte aus, am besten wären Samoaner, die auch mit Weib und Kind kommen könnten. Die neue chinesische Regierung werde in Zukunft nicht mehr dulden, daß die Chinesen als Staatsbürger zweiter Klasse in fremden Kolonien behandelt werden, wie sie auch bereits schon Schwierigkeiten wegen der Anwerbung von Kulis gemacht habe. Damit war die Debatte über diesen Etat erschöpft.

Bei der Beratung des Etats für Kiautschou weist Staatssekretär v. Tirpitz auf die steigende Handelsbewegung in diesem Schutzgebiete hin. Sie betrug in Tsingtau 1900 insgesamt 24 Millionen, 1905: 51 Millionen und 1911 bereits 140 Millionen. Der Schiffsverkehr sei in der gleichen Zeit von 71 000 auf über eine Million Registertons gestiegen. Die deutsche Einfuhr in Tsingtau habe 1911 über 20 Millionen Mark betragen. Die Bedeutung dieses Hafens wachse ständig. Ueber die Einwirkung der politischen Umwälzung in China auf das deutsche Schutzgebiet und die Verhältnisse in Ostasien führte der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt das folgende aus: Er empfehle dringend die geforderte Verstärkung der Schutztruppe in Ostasien. Deutschland habe während der ganzen Wirren streng an dem bisher beobachteten Grundsatz der Nichteinmischung festgehalten, zumal sowohl die alte, wie die neue Regierung bestrebt gewesen sind, Leben und Eigentum der Fremden zu schonen. Zum Präsidenten der chinesischen Republik kann man Vertrauen haben, er ist sicher der einzige Chinese, der imstande ist, Ordnung zu schaffen und sie auch aufrecht zu erhalten. Neuerdings sei allerdings das Vertrauen in die Macht des Präsidenten etwas erschüttert worden, weil er nicht Herr der Soldatenmeutereien im Norden werden kann. Der Präsident scheint der Soldaten nicht sicher zu sein, die hauptsächlich deshalb rebellieren, weil die Regierung sie nicht bezahlen kann. Eine Besprechung der Vertreter der Mächte führte dazu, eine Anleihe von 60 Millionen Taels der neuen Republik zu verschaffen. Das Notwendigste war ein sofortiger Vorschuß an die Regierung im Betrage von 2 Millionen. Wenn bei Legebung der Anleihe eine Verzögerung eingetreten ist, so deshalb, weil Rußland und Japan sich an der Anleihe beteiligen wollen. Die Deutschen in Ostasien wünschen dringend die Verstärkung der deutschen Schutztruppe, die aber sofort, sobald die jetzt noch vorhandenen Bedenken behoben sind, wieder reduziert werden soll. Wenn es der republikanischen Regierung gelingt, Ordnung zu schaffen, so werde auch der deutsche Handel vom neuen Stand der Dinge Vorteile haben. Einer Aufteilung Chinas würde die deutsche Regierung ganz energisch widersprechen. Graf Praschma vom Zentrum wünscht, daß die deutsche Regierung sich dafür ins Zeug legt, daß Peking die Hauptstadt Chinas bleibt. Die Deutschen in Ostasien hätten es sehr unangenehm empfunden, daß die deutsche Regierung nicht versucht habe, bei den politischen Umwälzungen in China Einfluß auf ihre Gestaltung zu erlangen. Der Unterstaatssekretär betonte diesen Ausführungen gegenüber, daß Peking wahrscheinlich die Hauptstadt bleiben werde, wofür eventuell die Regierung sich auch aussprechen werde. Nicht nur Deutschland, sondern auch die anderen Mächte, darunter auch Rußland und Japan, hätten sich der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas enthalten, was auf einem gemeinsamen Uebereinkommen aller in Betracht kommenden fremden Staaten beruhe. Die geforderte Truppenverstärkung und die dazu notwendigen Mittel wurden bewilligt und damit der Etat für Kiautschou genehmigt.

Die Geschäftsordnungskommission des Reichstages

beendete Mittwoch die zweite Lesung des Abschnittes: „Interpellationen und Anfragen". Der § 32 der Geschäftsordnung behielt im wesentlichen die Fassung der ersten Lesung. Danach tritt die Neuerung ein, daß den Interpellationen „kurze Erwägungsgründe beigefügt werden" können und daß der Verschleppung der Besprechung eine Grenze gezogen würde. Dann aber wurde auf Antrag Gröber ein § 32a eingefügt, der einer etwaigen Obstruktion unter Mißbrauch des Interpellationsrechts vorbeugen solle. Dieser Paragraph, der von den sozialdemokratischen Mitgliedern David, Ledebour und Geyer bekämpft wurde, lautet:

„Werden Interpellationen in so großer Zahl eingereicht, daß die ordnungsmäßige Erledigung der Geschäfte des Reichstags verhindert wird, so kann der Reichstag bis zur Beseitigung dieses Hindernisses die Verhandlungen über Interpellationen auf einen bestimmten wöchentlichen Sitzungstag beschränken.

Auch in diesem Falle kann der Reichstag die Verhandlungen über einzelne Interpellationen an einem anderen Sitzungstage zulassen."

Der § 33 bringt die Aenderung, daß bei der Besprechung einer Interpellation Anträge gestellt werden können, die die Feststellung enthalten, ob die Behandlung der den Gegenstand der Interpellation bildenden Angelegenheit durch den Reichskanzler den Ansichten des Reichstags entspricht oder nicht entspricht. Auf Antrag des Nationalliberalen Junck wurde diese Abänderung an Stelle des Ausdrucks der „Billigung oder Nichtbilligung" von der Mehrheit beschlossen.

Einige weitergehende Anträge der Sozialdemokraten wurden abgelehnt.

Nach einer Formulierung Gröbers erhielten die Paragraphen, die die kurzen Anfragen neu in die Geschäftsordnung des Reichstags einführen, folgende Fassung:

§ 33a. Die Mitglieder des Reichstags können Anfragen an den Reichskanzler stellen. Die Anfragen sind schriftlich einzureichen und auf die Bezeichnung der Tatsachen, über welche Auskunft gewünscht wird, zu beschränken. Der Anfragesteller kann jederzeit erklären, daß er mit Erledigung auf schriftlichem Wege sich begnüge.

Die eingereichten Anfragen werden unter fortlaufenden Nummern in ein Verzeichnis eingetragen und den Mitgliedern des Reichstages alsbald zugestellt. — Der Präsident teilt die Anfragen unverzüglich dem Reichskanzler mit und bringt sie auf die Tagesordnung der nächsten zur Erledigung von Anfragen bestimmten Sitzung.

§ 33b. In der Sitzung vom Dienstag und Freitag jeder Woche darf je die erste Stunde zur mündlichen Erledigung von Anfragen verwendet werden. Die Antragsteller, deren Anfragen auf die Tagesordnung gesetzt sind, werden in der Reihenfolge der Nummer ihrer Anfrage aufgerufen. Der Aufruf unterbleibt, wenn die Anfrage einem Gegenstand der Tagesordnung der Sitzung vorgreift. Die Aufgerufenen verlesen ihre Anfrage.

Eine Besprechung der Antwort des Reichskanzlers und jeder Antrag zur Sache ist unzulässig. Der Anfragende kann zur Ergänzung oder Berichtigung seiner Anfrage das Wort verlangen.

Anfragen, die an dem für sie bestimmten Tag nicht erledigt werden, scheiden aus, falls nicht der Anfragesteller vor Schluß der Sitzung schriftlich ihre Erledigung in der nächsten für Anfragen vorgesehenen Sitzung verlangt.

§ 33c. Schriftliche Beantwortungen der Anfragen durch den Reichskanzler werden in das Verzeichnis Anfragen (§ 33a Abs. 3) eingetragen und den Mitgliedern des Reichstags alsbald mitgeteilt.

Eine Redaktionskommission soll über die Fassung noch Bericht erstatten; dann wird dieser Abschnitt nach Ostern an das Plenum gebracht werden.

Aus der Partei.

Sozialdemokratische Wahlerfolge in der Schweiz.

Zürich, 25. März. (Eig. Ber.) Der gestrige Sonntag bedeutet für die sozialdemokratische Partei der Stadt Zürich einen Siegestag, denn sie hat nun auch im IV. städtischen Kreise die rote Fahne aufgepflanzt, indem da ihr Kandidat Genosse Enderli mit 2070 gegen 1783 Stimmen in den Kantonsrat gewählt wurde. Zum Kreise III ist nun der Kreis IV als sozialdemokratische Domäne in der Stadt Zürich gekommen. — Bei den Züricher Bezirksgerichtswahlen sind die sechs Sozialdemokraten mit 9766 bis 11 338 Stimmen wiedergewählt worden, die Bürgerlichen mit nur 7400 Stimmen im Durchschnitt. — In den Züricher Bezirksrat wurden die Genossen Bungi als Mitglied und Manz als Ersatzmann gewählt. — Auch in anderen Bezirken, so im Winterthurer, hat unsere Partei Erfolge erzielt. — Die Ersatzwahl für den Nationalrat im Züricher Seekreis hat dem sozialdemokratischen Kandidaten Wirz zwar nicht den Sieg, aber eine Stimmenzahl von 7514 gegen 6340 am 3. März und 3408 am 29. Oktober 1911 gebracht, also ein steter und verheißungsvoller Fortschritt. Der bürgerliche Gegenkandidat wurde mit 9021 Stimmen gewählt.

Jugendbewegung.

Die Zerfahrenheit der bürgerlichen Jugendbewegung.

Unter dem Namen „Jung-Deutschland" wurde im Herbst 1911 eine vom Generalfeldmarschall von der Goltz geleitete neue bürgerliche Jugendorganisation ins Leben gerufen. Das Zentralkomitee der katholischen Jugendvereinigungen Deutschlands erklärte sich am 13. Februar 1912 bereit, mit „Jung-Deutschland" unter Wahrung voller Selbständigkeit seines Verbandes und der ihm angeschlossenen Vereine in Verbindung zu treten. Voraussetzung sei, „daß an Orten, wo Jugendvereine bestehen, durch welche für körperliche Ertüchtigung gesorgt ist, keine Jung-Deutschland-Bünde gegründet werden".

Da fast in jedem Nest katholische Jünglingsvereine bestehen, hat eine Einigung des schwarzen Zentralkomitees mit „Jung-Deutschland" wenig Aussicht. Die Bedingungen zum Zusammenwirken sind seitens der Schwarzen wohl absichtlich so scharf gefaßt, um so wenig wie möglich die schwarzen Jünglinge mit solchen von anderer bürgerlicher Couleur zusammenkommen zu lassen.

Die deutsch-katholischen Vereine der Provinz Posen haben mit „Jung-Deutschland" eine Vereinbarung geschlossen, wie sie andere konfessionelle (evangelische) Vereine auch haben. Das Verbot der Neugründung, wie das Zentralkomitee es verlangt, ist darin nicht enthalten. Die Interessen der konfessionellen Vereine sind aber sorgsam gewahrt, denn es ist unter anderem bestimmt, daß junge Leute, die schon Mitglieder eines Vereins sind, sich dem „Jung-Deutschland" nur in ihrem Vereine anschließen dürfen und keine Aufnahme in „Jung-Deutschland" finden dürfen, wenn sie aus ihrem bisherigen Verein ausscheiden.

Oppersdorffs „Wahrheit und Klarheit" hält diese Vereinbarung für höchst bedenklich, da die katholischen Vereine, die sich korporativ „Jung-Deutschland" anschließen, auch den Beschlüssen dieses Verbandes unterstehen und so die Gefahr nicht ausgeschlossen sei, daß eine nichtkatholische Mehrheit Beschlüsse fasse, die sich mit den Aufgaben der katholischen Jugendvereine nicht in Einklang bringen lassen. Erwartet wird, daß die Posener Vereine von ihrer Vereinbarung zurücktreten und sich auf den Boden der Resolution des Zentralkomitees stellen.

Soziales.

Wie der Eisenbahnfiskus unter Gefährdung der Gesundheit der unteren Beamten spart.

Am Montag wurde ein Prozeß zuungunsten des Eisenbahnfiskus entschieden. Der Prozeß zeigt, daß der Fiskus als Arbeitgeber selbst elementare, ihm gesetzlich obliegende Verpflichtungen zuungunsten von Leben und Gesundheit der von ihm beschäftigten Unterbeamten verletzt.

Der **Eisenbahnsekretär S. in Wiesbaden** war vom Sommer 1904 bis in das Jahr 1906 in einem mangelhaften Dienstraum tätig. Besonders das **Fenster** ließ zu wünschen übrig. Es war so schlecht, daß der **Wind in den Raum hineinblies.** Trotz der Beschwerde des S. wurde das Fenster nicht durch ein neues ersetzt, sondern vom Bahnmeister und seinen Leuten **mit Werg „gedichtet"**. S. hat sich in dem zugigen Raum ein **rheumatisches Gelenkleiden** zugezogen und ist pensioniert worden. Er hat dann gegen den **preußischen Eisenbahnfiskus** auf Grund des § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches Klage erhoben und Ersatz für den Gehaltsausfall verlangt, der zwischen der Pension und dem früheren Gehalt besteht. Der Fiskus hat eingewendet, daß den Kläger ein **eigenes Verschulden** treffe, weil er seine Beschwerde nicht an der richtigen Stelle angebracht habe. Er hätte sich nicht an den Rechnungsrat B., der Vorstand der Verkehrskontrolle und sein direkter **Vorgesetzter** war, wenden sollen, sondern an die **Betriebsinspektion.**

Das Landgericht und **Oberlandesgericht Frankfurt a. M. haben den Fiskus gemäß dem Klageantrage verurteilt.** Das Oberlandesgericht führt in seinen **Entscheidungsgründen** aus, daß der Fiskus für die Diensträume und ihre Brauchbarkeit zu sorgen hat. Nach § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuchs hat der Dienstberechtigte die **Diensträume so einzurichten,** daß der zum Dienst Verpflichtete gegen **Gefahr für Leben und Gesundheit geschützt ist.** Gemäß § 278 des Bürgerlichen Gesetzbuchs hat er für die Fahrlässigkeit seiner Vertreter einzustehen. Bei genügender **Kontrolle** hätte dem Fiskus der **Mangel des Dienstraumes nicht unbekannt** bleiben können. Der **Fensterschaden** war so **offensichtlich,** daß er bei einer Kontrolle nicht entgehen konnte. Der Fiskus ist deshalb auch ohne besondere Beschwerde verpflichtet gewesen, den Mangel zu beseitigen. In den weiteren Ausführungen verneint das Oberlandesgericht aber auch das vom Fiskus geltend gemachte Mitverschulden des Klägers. Das Gericht stellt fest, daß der Kläger seine Rügen und Beschwerden an **zuständiger Stelle** angebracht hat und daß der **mangelhafte Zustand des Dienstlokals die Ursache zu seinem Leiden geworden ist.**

Das Reichsgericht hat das Urteil des Oberlandesgerichts Frankfurt a. M. bestätigt und die vom Fiskus eingelegte Revision zurückgewiesen. Der Streitwert ist vom Reichsgericht auf 25 000 bis 30 000 Mark festgesetzt worden. Ein teures Fenster!

Die Bautätigkeit in deutschen Großstädten im Jahre 1911.

Das Statistische Amt der Stadt Köln veröffentlicht alljährlich eine Uebersicht über die Bautätigkeit in den größeren deutschen Städten. Die soeben für das Jahr 1912 erschienene stellt fest, daß die im Vorjahre zum ersten Male seit 1904 beobachtete Zunahme der baulichen Entwickelung auch im Berichtsjahre angehalten habe. Nach den zurzeit von 33 Städten mit 9,37 Millionen Einwohnern vorliegenden Angaben stieg die Zahl der neu errichteten Wohngebäude von 9400 im Vorjahre auf 11 604 im Berichtsjahre, d. i. um 23,45 Proz., während die Zahl der neuen Wohnungen sich von 64 579 auf 74 317 oder um 15,08 Proz. vermehrte. Auf je 10 000 Einwohner stellte sich der Zugang an neuen Wohngebäuden im Jahre 1910 und 1911 auf 10,3 und 12,4, der Zugang an Wohnungen auf 71 und 79.

Die stärkste Bautätigkeit hatte im Berichtsjahre Essen aufzuweisen. Es wurden dort auf je 10 000 Einwohner 45,2 neue Wohngebäude hergestellt. In erheblichem Abstand folgt Bremen mit 27,1, Duisburg mit 24,9, Düsseldorf mit 22,7, Stuttgart mit 19,9, Straßburg mit 18,6, Frankfurt a. M. mit 16,2, Dortmund mit 16,0, Nürnberg mit 15,9, Halle a. S. mit 13,9, Mannheim mit 13,1, Chemnitz mit 12,6, Lübeck mit 12,4 Köln mit 12,2. An letzter Stelle stehen Elberfeld mit 3,8, Kassel mit 2,7 und Stettin mit 1,8 neuen Wohngebäuden pro 10 000 Einwohnern.

Auch hinsichtlich der neu entstandenen Wohnungen behauptete Essen mit 182 auf je 10 000 Einwohner den ersten Platz. Chemnitz mit 134, Düsseldorf mit 130, Hamburg mit 126, Dortmund mit 114, Stuttgart mit 108 und Duisburg mit 105 neuen Wohnungen pro 10 000 schließen sich an. In allen übrigen Städten war der Zugang geringer als 100, so in Frankfurt a. M. nur 74, Leipzig 77, München 80. Am geringsten war er in Mainz mit 18, Kassel mit 17, Elberfeld mit 14 und Stettin mit 13.

Ein tatsächliches Bild des Wohnungsmarktes gibt aber erst die Zahl der leerstehenden Wohnungen. Man nimmt im allgemeinen einen Vorrat von 3 Proz. leerstehenden Wohnungen als ausreichenden Vorrat für einen normalen Zuzug und Wohnungswechsel an. Hierbei ist freilich zu berücksichtigen, daß größere Wohnungen gewöhnlich in reicherem Maße vorhanden zu sein pflegen als kleinere, so daß trotz eines tatsächlichen Durchschnittssatzes von 3 Proz. freier Wohnungen doch Mangel gerade an Kleinwohnungen vorhanden sein kann. Nehmen wir aber selbst einmal einen solchen Prozentsatz als genügend an, so zeigt es sich, daß nur Hamburg mit 7 Proz., Kiel mit 5,4 Proz., Essen und Altona mit je 4,5 Proz. einen als reichlich zu bezeichnenden Wohnungsvorrat hatten. Normal war derselbe in Schöneberg mit 3,5, Köln mit 3,4, Düsseldorf und Aachen mit je 3,2 sowie Chemnitz mit 3 Proz. Alle übrigen Städte hatten weniger als dem Normalsatz entsprechende freistehende Wohnungen, so daß hier von einer Wohnungsnot gesprochen werden kann. Am schlimmsten liegen die Verhältnisse in Stuttgart, wo nur 0,3 Proz., in Elberfeld und Braunschweig, wo 0,6 Proz., in Barmen, wo 0,7 Proz. und in Dresden, wo 0,9 Proz. der Wohnungen leer standen. Zwischen 1 und 2 Proz. bewegte sich der verfügbare Bestand in Straßburg, Kassel, Bremen, Dortmund, Halle a. S. und Leipzig, zwischen 2 und 3 Proz. in Krefeld, Lübeck, Mannheim und Stettin.

Die Uebersicht, die mehrere Städte wie Berlin, Charlottenburg, Magdeburg u. a. nicht mit umfaßt, zeigt trotz einer nicht unerheblichen Zunahme der Bautätigkeit noch immer keineswegs ein befriedigendes Bild des Wohnungsmarktes. Zweifellos würde eine Darstellung getrennt nach Größenklassen der Wohnungen noch weit ungünstigere Resultate liefern.

Aus Industrie und Handel.

Schmiergeld und Kredit.

Der kapitalistische Großbetrieb von heute ist ehrlich so lange es sich rentiert, er ist gern bereit auf Ehrlichkeit, Moral und ähnlichen ethischen Geschäftsballast zu verzichten, wenn er dabei noch mehr verdient. Marx schreibt einmal: Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit ensprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Proz., es wird lebhaft; 50 Proz., positiv waghalsig; für 100 Proz. stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Proz. und es existiert kein menschliches Verbrechen, daß es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens.

Die Kreditgewährung ist heute in den kapitalistisch entwickelten Industriezweigen wie Elektroindustrie, Maschinenindustrie usw. durchaus auf die oberen Sprossen der Prestigeleiter eingestellt. Die Elektrogroßindustrie schafft sich, durch ihre Banken unterstützt, beliebig viel Aufträge einfach dadurch, daß sie langfristigste Kredite gibt, die erst durch den Gewinn der etwa zu bauenden Kraft- und Lichtzentrale allmählich amortisiert werden. Die Elektroindustrie betritt auch den schlauen Weg, das Risiko auf spekulierende und ebenfalls auf Gewinn erpichte Teile der Bevölkerung abzuwälzen. Dies geschieht auf die einfache Art, daß die Kreditgewährung durch eine Elektrobank erfolgt, die ihre Kapitalien aus dem Publikum zieht.

In der Maschinenindustrie liebt man es, den Wert der gelieferten Anlagen, im besonderen auch für den Bergbau, wie Fördermaschinen, Kabelanlagen, ganze Fabrikanlagen usw. usw. zum Teil dadurch zu bezahlen, daß man der Maschinenfabrik Obligationen, mitunter auch Aktien in Zahlung gibt. So werden sehr oft Maschinenfabriken an Bergwerken, an Kali- und sonstigen Unternehmungen stark interessiert.

Ein drastisches Beispiel dafür ist die Maschinenbau-Aktiengesellschaft Buckau. Sie wurde durch Bezahlung mit „Wert"papieren an industriellen Unternehmen interessiert, und mußte jetzt, da die in Frage kommende Gesellschaft sich nicht mehr halten konnte, extra eine neue Aktiengesellschaft gründen lassen, um den Maschinenabnehmer neu flott zu machen und auf diese Art vielleicht einmal zu Gelde zu kommen. Die Maschinenfabrik Buckau war es auch, die einmal bei der Lieferung einer Brikettierungsanlage im Werte von einigen Millionen Mark eine Million Mark Schmiergeld zahlte. Als der Empfänger der Maschinen dies erfuhr, verlangte er die Zurücknahme der ganzen Anlage, die dann auch erfolgte. Von der Zurückgabe der einen Million Mark Schmiergeld erfuhr die Oeffentlichkeit nichts.

Stehen hinter den Maschinenfabriken, Elektrounternehmen oder anderen Betrieben irgend welcher Art gute und dauernde Bankverbindungen, so wird natürlich deren erste Aufgabe sein, die Papierbezahlung in bares Geld umzusetzen. Ein neues Spekulationsgebiet, eine Verstärkung in der Festlegung der flüssigen Betriebsmittel, eine Versteifung im Geldumlauf wird dadurch natürlich sehr begünstigt. Schon manch' Aktienunternehmen hat sich an seinem Geschäftsübereifer, der wieder durch den Profithunger der Kapitalgeber verursacht ist, das Genick gebrochen. Ein Groschen Arbeitslohnerhöhung spielt für sich allein für die Unternehmer eine geringe Rolle, er wird aber zur unangenehmsten Beigabe für die Leitungen solcher Gesellschaften, wenn das Unternehmen in Geschäften, wie wir sie eben geschildert, stark engagiert ist. Für den Arbeiter ist dann stets zuerst nichts mehr übrig.

Dividende wider Gesetz.

In der Dividendenanfechtungsklage **gegen die Eutin-Lübecker Eisenbahn-Aktiengesellschaft,** über die wir im Vorjahre bereits einmal berichteten, haben die Regierungen von Lübeck und Oldenburg (Eutin) den Prozeß verloren. Die beiden Regierungen wollten die Ausschüttung einer Dividende für das Jahr 1910 an die Aktionäre nicht zulassen, weil die Ausgaben für die Beschaffung neuer Waggons aus dem Reserve- und Erneuerungsfonds und nicht auf den sonstigen Ueberschüssen gedeckt worden waren. Man glaubte annehmen zu dürfen, daß dadurch zugunsten der Aktionäre eine Schiebung vorgenommen würde und eigentlich eine Dividendenauszahlung gar nicht berechtigt sei. Das Lübecker Landgericht, dessen Erste Kammer für Handelssachen über die Streitfrage zu urteilen hatte, war anderer Meinung als die klägerischen Regierungen, die sich anmaßten, in die geheiligten Privilegien des Kapitalismus einzugreifen. Es sagt in seinem Urteil, daß schon der Name „Reserve- und Erneuerungsfonds" klarlege, daß Neuanschaffungen von Waggons, Lokomotiven usw. aus diesem Fonds — der übrigens erst auf Anforderung der klägerischen Regierungen geschaffen worden sei — bestritten werden dürfen. Das sei auch bisher schon immer geschehen. Wenn auch die Satzungen der Gesellschaft besagten, daß der Fonds nur zu außergewöhnlichen Ausgaben benutzt werden dürfe, so sei bei einem so kleinen Eisenbahnunternehmen, wie es die beklagte Gesellschaft ist, die Beschaffung von neuen Waggons und Lokomotiven sicher als außergewöhnliche Ausgabe zu betrachten. Nur durch diese Auffassung und Maßregel sei es möglich, eine gewisse Dividende zu erreichen. Allerdings sei der Fonds viel zu klein für die beabsichtigten Zwecke. Aber daran trügen die beiden Regie-

rungen selbst die Schuld. Sie betrugen, bei größeren Rücklagen höher zur Verzinsung der Obligationsanleihe herangezogen zu werden, und setzten aus diesem Grunde selbst die geringe Höhe fest. Die Kläger hätten allerdings insofern recht, daß viel mehr hätte zurückgelegt werden müssen. Der Zustand, wie die Dividendenauszahlungen zustande gekommen sind, sei gesetzwidrig. Und wenn die klägerischen Regierungen ihre Klage darauf gestützt hätten, daß das Verfahren der beklagten Gesellschaft dem § 261 des Handelsgesetzbuches (über Aufstellung der Bilanz) widerspreche, so hätten sie Erfolg gehabt. Sie haben aber auf Grund des § 271 des Handelsgesetzbuches (über Anfechtung von Generalversammlungsbeschlüssen) geklagt. Daran hatte sich das Gericht zu halten und so mußten die Regierungen mit ihrer Klage abgewiesen werden. Gegen die Auslegung der Kläger spreche auch die bisherige Verwendung des Reserve- und Erneuerungsfonds der beklagten Gesellschaft. Der Fonds sei sehr häufig nicht nur zu aller Art Erneuerungen, sondern sogar zu kleinen Ausgaben verwendet worden. Man könnte schon darum den Beklagten nicht unterschieben, daß ihre Auffassung gesetzwidrig gewesen ist.

In kleineren Gesellschaften (das von Privaten gegebene Aktienkapital beträgt in diesem Fall nur 2,4 Millionen Mark) ist das Dividendeninteresse der einzelnen Aktionäre besonders stark. Außerdem haben bei der Eutin-Lübecker Gesellschaft die Regierungen von Oldenburg und Lübeck für Kapital und Zinsen einer Anleihe von 2,861 Millionen Mark die Garantie übernommen und ihre Zuschüsse werden ihnen in Form von Aktien zurückgezahlt, so daß der Einfluß der privaten Gesellschafter stetig mehr zurückgedrängt wird. Bis das in weiterem Maße geschehen, suchen die Privataktionäre durch Dividendenzahlung unter allen Umständen herauszuholen, was zu holen ist.

Aus der Frauenbewegung.

Das Dienstmädchen von Rixdorf.

In dem Magdeburger Parteiblatt findet sich nachfolgender Brief einer Familie S. aus Rixdorf an eine Gesindevermieterin zu Magdeburg abgedruckt:

Boddinstraße 66, IV. Neukölln, 19. 2. 12.

Wir suchen auf 1. März oder auch etwas früher ein älteres Mädchen für Küche und Hausarbeit. Dieselbe muß einfach bürgerlich kochen können, von ansehnlichem Aeußern sein, vollständig gesund, ohne entstellende Zahnlücken, nicht rothaarig und mit gutem Dienstbuch versehen, nicht mit losen Zeugnissen.

Lohn bis 25 M. Wäschefrau wird gehalten.

Wir übernehmen ein Lebensmittelgeschäft, 26 Minuten mit Bahn von Berlin entfernt, in prachtvoller Gegend, ländlich gelegen, im Sommer von vielen Fremden besucht.

Wir sind Süddeutsche, seit 3 Jahren hier wohnend, nur könnte ein braves, anhangloses Mädchen sich gute Lebensstelle schaffen.

Meine Frau ist eine sehr tüchtige Hausfrau, recht guten Gemüts, die fleißig mithilft.

Wir haben einen Jungen von 6 Jahren und ein Töchterchen von 10 Jahren.

Mehrmals in der Woche essen zirka zehn Leute bei uns gegen Bezahlung, bei sehr einfacher Kost. Da sehr viele Reitkutscher bei uns kaufen, so können wir nur ein Mädchen gebrauchen, welches ein weniger hübsches Gesicht hat, sich aus jungen Leuten nichts macht.

Also bitte ein solches, das nicht besonders schön ist. Eine ausgesprochene Häßlichkeit soll's gerade nicht sein. Alter ungefähr bis 26, aber kein unfreundliches, mürrisches Mädchen, sondern bescheiden, willig, freundlich! Es darf nur ein treues, ehrliches Mädchen sein. Beste Behandlung wird ihr zugesichert. Wenn sie Gartenarbeit noch könnte, wäre es noch besser.

Reise wird vergütet. Muß aber bemerken, daß es ländliche Gegend ist, sog. Kolonie, aber auch Villenbesitzer wohnen darin. Bitte teilen Sie uns mit, was Sie für Gebühr verlangen. Ein Bild des betreffenden Mädchens wäre sehr erwünscht. Aber nur ein Mädchen wie beschrieben habe — sonst nicht! Dienstbuch bitte vorher einzuschicken!

Reisegeld wird nur vergütet, wenn das Mädchen meinen Wünschen entspricht.

Wir lassen auch den Kommentar unseres Parteiblatts folgen:

Man begreift, daß in die prachtvolle Gegend durchaus ein Mädchen gehört mit einer lückenlosen Zahnreihe und ohne roten Schopf. Damit sie die Reitkutscher nicht in Versuchung bringt, darf sie nur ein weniger hübsches Gesicht haben, anderseits aber die ästhetischen Gefühle der Leute nicht durch ausgesprochene Häßlichkeit verletzen. Wenn für 15 Personen täglich Essen bereitet werden muß, ist es nicht unbillig, wenn Willigkeit, Freundlichkeit, Treue und Ehrlichkeit verlangt wird. Dafür wird aber auch beste Behandlung zugesichert und als besondere Belohnung Gartenarbeit; wahrscheinlich nachts beim romantischen Mondenschimmer. Reichlich entschädigt wird das Mädchen durch das Gefühl mit Villenbesitzern dieselbe Luft atmen zu dürfen. Die Klausel über das Reisegeld ist belanglos, denn es unterliegt gar keinem Zweifel, daß so bescheidene Wünsche, wie sie die Familie S. aus Neukölln hegt, mit Leichtigkeit befriedigt werden konnten. Ja ja, diese — Dienstboten! —

Die weiblichen Mitglieder der Krankenkassen.

Der Kreis der gegen Krankheit versicherten Personen hat in der letzten Zeit erheblich zugenommen. Bei allen Kassenarten zusammen stieg von 1885 auf 1910 die Zahl der männlichen Mitglieder von $3^1/_2$ auf fast $9^1/_2$ Millionen, das ist ungefähr auf das $2^3/_4$fache. Von 1906 auf 1910 betrug die Steigerung 722 472 Mitglieder oder 8,3 Proz. Relativ noch viel stärker wuchs aber die Zahl der weiblichen Mitglieder an, nämlich von rund $^3/_4$ Millionen im Jahre 1885 auf $3^3/_4$ Millionen im Jahre 1910 oder auf rund das Fünffache. Besonders stark war das Anwachsen der weiblichen Mitglieder in den letzten Jahren. Seit 1906 belief sich ihre Zunahme auf 657 515 oder 22 Proz.

Auf 100 männliche Mitglieder entfielen 1885 22,2 weibliche, 1906 34,4 und 1910 38,8. Ueber diesen Durchschnitt hinaus geht die Zahl der weiblichen Mitglieder bei den Ortskrankenkassen, bei denen auf die gleiche Zahl männliche 48,3 weibliche Mitglieder kommen. Sehr verschieden ist der Anteil der weiblichen Mitglieder in den einzelnen Bundesstaaten. Auf 100 männliche Mitglieder kamen im Jahre 1910 weibliche Mitglieder in Berlin 62,4, Königreich Sachsen 55,1, Baden 53,9. Dagegen in Ostpreußen 27,0, Westpreußen 24,0, Posen 20,5 usw. Die Zahlen zeigen, in welchem steigenden Maße in den industriell fortgeschrittenen Gegenden die Frauen in die Erwerbsarbeit hineingezogen worden sind. Bei den Frauen, die krankenversicherungspflichtig sind, handelt es sich speziell um solche, die in Gewerbebetrieben gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt werden, sich also in gewerblicher abhängiger Stellung befinden. Wenn sich die Statistik der Krankenversicherung erst einmal auf die Dienstboten, Hausgewerbetreibenden usw. mit erstrecken wird, dann wird die Zahl der tätigen Frauen noch weit mehr hervortreten.

Gerichts-Zeitung.

Mädchenraub.

Zwei gemeingefährliche Mädchenhändler, die zwei 14- bezw. 15jährige Mädchen verschleppt hatten, wurden gestern von der 3. Strafkammer des Landgerichts I zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Aus der Untersuchungshaft wurden der angebliche Artist und Bautechniker Johannes Hedorfer und der Techniker Richard Prokop, beide aus Wien, vorgeführt.

Anfangs Januar d. J. verschwanden aus Wien zwei 14½- bezw. 15jährige Mädchen, die Töchter sehr anständiger Eltern. Die Ermittelungen der Wiener Kriminalpolizei führten nur zu der Feststellung, daß die beiden Mädchen in Begleitung zweier Männer vom Nordbahnhof aus abgefahren waren. Zum Glück war es möglich, von diesen beiden Männern eine ziemlich genaue Personalbeschreibung zu erlangen, die sofort an sämtliche Polizeibehörden von Deutschland und des Auslandes weitergegeben wurde, da der dringende Verdacht vorlag, daß jene Männer gefährliche Mädchenhändler waren. Die Berliner Kriminalpolizei gab deshalb besondere Anweisungen an die auf den Bahnhöfen und in der Friedrichstraße tätigen Beamten. Inzwischen war bei den Eltern der Mädchen in Wien ein in Berlin abgesandter Brief eingelaufen, in welchem diese baten, ihnen doch postlagernd an ein hiesiges Postamt ihre Papiere einzusenden, da sie in der Lage seien, im Auslande eine gute Stellung anzunehmen. Das betreffende Postamt wurde auf Ersuchen der Wiener Polizeibehörde sofort scharf beobachtet, nachdem hierher ein fingierter Brief aus Wien abgesandt worden war. Die beiden Verbrecher mußten jedoch wohl Verdacht geschöpft haben, denn die Observierung des Postamts, die mehrere Tage hindurch fortgesetzt wurde, blieb ohne Erfolg. Eines Abends, Mitte Februar d. J., bemerkte der Kriminalwachtmeister Faber in der Bahnhofstraße am Anhalter Bahnhofe zwei Leute, auf welche das Signalement der beiden Wiener Verbrecher paßte. Er redete sie auf gut Glück unter Nachahmung des Wiener Dialekts an und erzählte ihnen, daß er soeben aus Wien angekommen sei, um hier Legitimationspapiere abzugeben, die er aus Gefälligkeit mitgenommen habe. Die beiden Männer gingen auch gleich in die Falle und zeigten großes Interesse für die Legitimationspapiere. Der Kriminalbeamte bezweckte mit dieser Erzählung lediglich, die beiden Leute aus der dunklen Bahnhofstraße heraus und in die Nähe der anderen Beamten zu bringen. Dies gelang auch und auf einem heimlichen Wink war ein anderer Kriminalbeamter zur Stelle, mit dessen Hilfe die beiden festgenommen wurden, nachdem sie sich verzweifelt gewehrt hatten. Auf die unvermutete Frage, wo die beiden Mädchen sind, gaben die Verhafteten ein Pensionat in der Nähe an, wo die beiden inzwischen zu Dirnen gewordenen Mädchen auch gefunden wurden. Die weiteren Ermittelungen ergaben, daß die beiden Verhafteten, die jetzigen Angeklagten, die Mädchen unter der Vorspiegelung, ihnen gute Stellungen zu verschaffen, aus Wien entführt und sie dann hier unter Drohungen und Schlägen auf die Straße getrieben hatten, wo sie für die späteren Zwecke „angelernt" werden sollten. Den Verdienst von 80 bis 100 M. pro Tag mußten sie an die Angeklagten abliefern, die sie auf Schritt und Tritt verfolgten, um sie völlig unter ihrem Einfluß zu bringen. Ferner stellte es sich heraus, daß die Kriminalpolizei keinen Augenblick zu früh gekommen war. Denn die Angeklagten hatten schon alle Vorbereitungen getroffen, um nach London abzudampfen, wo die beiden Mädchen, wie vermutet wird, an ein öffentliches Haus verkauft werden sollten. — Die beiden Mädchen, die noch zum Glück vor diesem Schicksal bewahrt blieben, wurden von den Behörden an die österreichische Grenze geschafft, wo sie von ihren Eltern in Empfang genommen wurden.

In der gestrigen Verhandlung beantragte der Staatsanwalt je 1¼ Jahr Gefängnis. Das Gericht ging jedoch mit Recht weit über diesen Antrag hinaus, da die Angeklagten in dem dringenden Verdacht ständen, gewerbsmäßige Mädchenhändler zu sein. Wegen Entführung gemäß § 237 des Strafgesetzbuches und schwerer Kuppelei lautete das Urteil gegen Hedorfer auf 4 Jahre Zuchthaus und gegen Prokop auf 3 Jahre Zuchthaus, sowie je 5 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Unterschlagungen bei der Deutschen Bank

in Höhe von zirka 40 000 M. wurden dem Buchhalter Ernst Weber zur Last gelegt, welcher gestern der 7. Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt wurde.

Der Angeklagte war seit mehreren Jahren in der Depositenhauptstelle der Deutschen Bank angestellt gewesen. Da er über seine Verhältnisse hinaus gelebt hatte, war er in Schulden geraten, die ihn schließlich auf die schiefe Ebene führten. Er unterschlug erst einen kleineren Betrag, den er zur Deckung seiner Schulden verwandte. Als er sah, daß diese Veruntreuung unentdeckt blieb, eignete er sich einen größeren Betrag an. Als die Unterschlagungen schließlich zur Entdeckung kamen, hatten sie die Höhe von über 40 000 M. erreicht. — Staatsanwalt Dr. Graßmann beantragte mit Rücksicht auf den von dem Angeklagten verübten schweren Vertrauensbruch eine Gefängnisstrafe von einem Jahre, auf welche das Gericht auch erkannte.

Polizeiherrschaft.

Wenn die Polizei anordnet und befiehlt, dann hat das Publikum sich jeder Kritik zu enthalten und unbedingt Folge zu leisten. Das ist die Meinung der Polizei, und immer wieder stimmen Gerichte ihr darin zu. Ein Einwohner von Neukölln hat es schwer büßen müssen, daß er anderer Meinung war.

Am 18. November, abends zwischen 6 und ½8 Uhr, hatte in Neukölln die Polizei den Hermannplatz in beträchtlichem Umfang abgesperrt, weil im Hause Hermannplatz 5 die Feuerwehr einen Brand löschen mußte. Noch vor dem Hause Nr. 9 stand Polizei und bewachte den Eingang zu der Apotheke, die sich hier befindet. Ein Arbeiter Kluczynski, der für seine erkrankten Kinder eine Arzenei anfertigen lassen sollte, hielt eine so weitgehende Absperrung für eine unnötige Belästigung. Wie andere Personen aus dem Publikum, so äußerte auch er in erregten Worten seinen Verdruß über die ihm bereiteten Schwierigkeiten. Infolgedessen wurde er schließlich von einem Schutzmann festgehalten und trotz Angebots einer Legitimation auf Anordnung des Polizeileutnants Schnorrenpfeil zur Wache geführt, wo er auf Anordnung desselben Leutnants für eine halbe Stunde in die Zelle gesteckt wurde.

Anfang Februar verurteilte dann das Amtsgericht Neukölln den Arbeiter Kluczynski zu 30 M. Geldstrafe wegen groben Unfugs durch ruhestörenden Lärm, zu 20 M. Geldstrafe wegen Nichtbefolgung der Aufforderung weiterzugehen, zu zwei Wochen Gefängnis wegen Beleidigung des Polizeileutnants Schnorrenpfeil. Eine Beleidigung wurde darin erblickt, daß Kluczynski auf der Straße in Gegenwart des Leutnants die von diesem angeordnete umfangreiche Absperrung als „Blödsinn" bezeichnet und später auf der Wache einem Schutzmann gesagt habe: „Der junge Leutnant versteht ja gar nichts!" Hier wird mancher sich erinnern, daß in Berlin bei den „Moabiter Unruhen", wie vor Gericht festgestellt worden ist, Polizisten gegen Personen aus dem Publikum unflätige Schimpfworte gebraucht haben. Es ist immer wieder eine wahre Freude zu sehen, daß es auch zarter besaitete Polizeibeamte gibt, die viel weniger schlimme Worte schon als schwere Beleidigung empfinden.

Auf Kluczynskis Berufung gegen das ihn verurteilende Amtsgerichtserkenntnis hatte gestern das Landgericht Berlin II durch die Strafkammer 2 jenes Urteil nachzuprüfen. Der Angeklagte, der sich selber verteidigte, gab die Aeußerung „So eine blödsinnige Absperrung!" zu. Er bestritt aber die Aeußerung „Der junge Leutnant versteht ja gar nichts!" und versicherte, nur gesagt zu haben: „Der liebe junge Herr scheint erst voriges Jahr vom Militär losgekommen zu sein, der scheint nicht zu wissen, wie er anständige Menschen zu behandeln hat." Ueber den Transport zur Wache gab Kluczynski vor Gericht an, unterwegs habe der Schutzmann Timm ihn aufgefordert, die Zigarre aus dem Munde zu nehmen, und habe, als Kluczynski das nicht tat, ihm angedroht: „Dann schlage ich sie Ihnen aus dem Maul raus!"

Die Beweiserhebung bestand hauptsächlich wieder in der Vernehmung der beteiligten Polizeibeamten.

Der für jene Absperrung verantwortliche Polizeileutnant Schnorrenpfeil erzählte, auf dem Hermannplatz seien Tausende von Menschen versammelt gewesen. Als der Vorsitzende daran erinnerte, daß Zeuge in der Verhandlung vor dem Amtsgericht von „fünf tausend" gesprochen habe, korrigierte er: „Mehrere tausend". Kluczynski sei ihm von Anfang an dadurch aufgefallen, daß er „ohne jede Veranlassung sich fortwährend vordrängte". Der Vorsitzende fragte nicht, woher er denn wisse, daß Kluczynski das „ohne jede Veranlassung" getan habe. Zeuge versicherte, Kluczynski habe mit der Bitte, durchgehen zu dürfen, sich weder an ihn noch an irgendeinem anderen gewandt, sonst wäre er ohne weiters durchgelassen worden. Die Sistierung sei nötig gewesen, weil die Legitimation auf der Straße angesichts der Menschenansammlung nicht geprüft werden konnte. In die Zelle habe man Kluczynski stecken müssen, weil er auf der Wache lärmte, so daß man nicht telephonieren konnte.

Schutzmann Timm bekundete, Kl. habe nicht gefordert, in die Apotheke hineingelassen zu werden. Später gab Zeuge auf nochmaliges Befragen die Antwort: „Mir ist nicht bewußt, daß er mir sagte, er wolle hinein." Gegenüber der Beschuldigung, daß Kluczynski während der ganzen von 6 bis ½8 Uhr dauernden Absperrung auf dem Platz verweilt habe, bot dieser Beweis dafür an, daß er noch um ¾6 Uhr in der Turmstraße gewesen sei, also nicht schon um 6 am Hermannplatz gewesen sein könne. Timm bestritt, zu Kluczynski gesagt zu haben, daß er ihm die Zigarre „aus dem Maul schlagen" werde. Er habe nur angedroht, daß er sie „gewaltsam entfernen" werde.

Die Vorgänge auf der Wache schilderte Schutzmann König. Der Angeklagte habe gelärmt und geschimpft und auch bei seiner Entlassung sich noch renitent benommen, indem er sich weigerte, durch eine ihm bezeichnete Tür zu gehen. Der Vorsitzende sagte dem Zeugen, Kluczynski habe das damit erklärt, daß er am Ausgang noch Prügel zu bekommen fürchtete. „Ausgeschlossen!" antwortete Schutzmann König.

Vernommen wurde noch eine Frau Loosen, die mit ihrem Bruder, dem Arbeiter Schilling, ihre im Hause Hermannplatz 9 wohnende Mutter hatte besuchen wollen und erst nach einigem Hin und Her durchgelassen worden war. Kluczynski beantragte, noch zwei in der Apotheke tätige Personen zu laden, die bekunden würden, daß sie selber sich über die Absperrung der Apotheke beschwert hätten.

Das Gericht hielt das nicht für nötig und gelangte in Uebereinstimmung mit dem Staatsanwalt zu dem Urteil, daß es bei den festgesetzten Strafen — 30 M. für Lärm, 20 M. für Nichtbefolgung, zwei Wochen für Beleidigung — verbleiben müsse. Die Begründung des Urteils attestierte der Polizei, daß sie „vollständig korrekt gehandelt" habe.

Aus aller Welt.

Die Grubenexplosion in Westvirginien.

Die gestern von uns gemeldete Explosion in dem Bergwerk von Bluefields ist in ihren Wirkungen noch furchtbarer, als die erste Meldung erscheinen ließ. Von 92 Arbeitern, die sich zur Zeit der Explosion im Schacht befanden, konnten nur zehn Arbeiter lebend gerettet werden, während die übrigen 82 bei der Katastrophe den Tod fanden. Das entsetzliche Unglück bedeutet eine neue furchtbare Anklage gegen den mangelnden Arbeiterschutz in den nordamerikanischen Bergwerken. Die schrankenlose Ausbeutung der zumeist eingewanderten Bergsklaven führt fast in jeder Woche zu schweren Massenunglücken. Ist doch erst am 21. d. Mts. in einem Bergwerk in Mac Curtin im Staate Oklahama durch eine Explosion etwa die gleiche Anzahl Bergarbeiter tödlich verunglückt. Hoffentlich peitschen die beiden letzten Katastrophen endlich die Gesetzgebung und die Aufsichtsbehörden auf, nicht nur die Interessen der Grubenbesitzer wahrzunehmen, sondern sich auch in etwas an den Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter zu erinnern.

Die Suche nach den Autoapachen.

Die Nachforschungen der Sicherheitsbehörde nach den Automobilbanditen blieben bisher vollständig erfolglos. Man will die Verbrecher an den verschiedensten Orten gesehen haben. Aber alle Angaben erwiesen sich als unrichtig. In Dünkirchen wurden gestern abend vier Leute angehalten, die eine gewisse Aehnlichkeit mit den Automobilisten hatten. Es stellte sich jedoch heraus, daß es vier bekannte Flieger waren, die in Dünkirchen eine Fliegerschule errichten wollen. In Merh, Departement Oise, wurde gestern abend der Pariser Schnellzug von der Gendarmerie und einer bewaffneten Volksmenge umringt, die „Schlagt sie tot!" rief. In dem Zuge befanden sich drei Automobilisten, die in Val Mondois ihren Wagen verlassen und den Zug bestiegen hatten, was zu dem Gerücht Anlaß gegeben hatte, daß sie die gesuchten Automobilisten seien. Die Reisenden wiesen aber nach, daß sie friedliche Kaufleute seien. In einem Orte bei Paris wurde der Karabiner gefunden, mit dem die Banditen nach der Bluttat ihre Verfolger abhielten. Die Nachforschungen ergaben, daß dieser Karabiner aus einem am 24. September 1911 bei einem Waffenschmied in der Rue Lafayette verübten Einbruchsdiebstahl herrührt, als deren Urheber vor einiger Zeit der Anarchist Kibaltschich und die verantwortliche Redakteurin der Zeitung „Anarchiste", Frau Maitrejean, verhaftet wurden.

Wieder zwei schwere Skiunfälle.

Wie aus Kufstein gemeldet wird, unternahmen der Amtsrichter Weiß, Amtsgerichtssekretär Meindl und Ingenieur Pichler aus Ingolstadt am Sonntag eine Skifahrt von Kitzbühel auf den Pengelstein. In der Höhe setzte ein furchtbarer Schneesturm ein. Weiß brach infolge von Ueberanstrengung bewußtlos zusammen. Seinen Begleitern gelang es nach zweitätigen großen Anstrengungen, Kufstein zu erreichen. Mittwoch früh ist eine Expedition auf die Suche nach Weiß abgegangen, der aller Voraussicht nach bereits tot ist.

Aus Graz meldet ein Telegramm, daß eine Gesellschaft Wiener Skiläufer, bestehend aus drei Herren und einer Dame, die ins Hochschwabgebiet gegangen war, vermißt wird. Eine Rettungsexpedition ist ausgeschickt worden.

Kleine Notizen.

Raubmord. In Stedten (Provinz Sachsen) ist am Dienstag nachmittag die Händlerswitwe Schumann von einem entfernten Verwandten namens Rabenelt aus Oberfarnstedt bei Querfurt ermordet worden. Dem Täter sind 210 M. in die Hände gefallen. Er soll in der Richtung auf Halle entkommen sein.

Der Schutzmann als Einbrecher. Das Landgericht in Aurich hat am Mittwoch zum zweiten Male gegen den Schutzmann Glaunß aus Wilhelmshaven verhandelt wegen der zwei im Herbst vorigen Jahres ausgeführten Einbruchsdiebstähle, die bei der Verhandlung am 9. März noch nicht spruchreif waren. Glaunß wurde verurteilt zu einer Zusatzstrafe von einem Jahre, so daß er im ganzen sieben Jahre Zuchthaus zu verbüßen hat.

Vier Menschen verbrannt. In der englischen Ortschaft Dartmouth zerstörte eine Feuersbrunst ein Arbeiterwohnhaus, wobei eine Frau mit ihren drei Kindern verbrannte. Ein viertes Kind hatte die Frau aus dem Fenster auf die Straße fallen lassen, wo es mit schweren Verletzungen aufgehoben wurde. Bei den Löscharbeiten sind außerdem mehrere Personen verletzt worden.

Nachakt gegen einen Rittmeister. In einem Grenzort des russischen Gouvernements Olonetz erschossen zwei Soldaten der Grenzwache ihren Kommandeur, Rittmeister Matschewski. Der Rittmeister hatte gegen die Soldaten wegen eines geringfügigen Vergehens strenge Strafen verhängt.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Abgeordnetenhaus.

46. Sitzung. Mittwoch, den 27. März, vormittags 10 Uhr.

Am Ministertisch: Lentze, v. Trott zu Solz.

Eine von der Petitionskommission als ungeeignet zur Erörterung im Plenum erklärte Petition des Preußischen Landesvereins für Frauenstimmrecht auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für beide Geschlechter wird auf Antrag der Abgg. Gyßling (Vp.) und Dr. Friedberg (natl.) als zur Erörterung geeignet der Petitionskommission zur Berichterstattung überwiesen.

Ein von allen bürgerlichen Parteien eingebrachter Antrag auf Beschließung eines Etatsnotparagraphen infolge der späten Einberufung des Landtages, die die rechtzeitige Verabschiedung des Etats unmöglich macht, geht an die Budgetkommission. In der Debatte über den Antrag begründet Abg. Hoffmann kurz den ablehnenden Standpunkt der Sozialdemokraten.

Die

zweite Lesung des Kultusetats

wird fortgesetzt beim Kapitel

Kunst und Wissenschaft.

Abg. v. Goßler (k.): Die Musik, für die nur 400 000 M. ausgeworfen sind, wird vom Ministerium stiefmütterlich behandelt. Wir erkennen die Leistungen der Hochschule für Musik an, verdammen aber die Musikwarenhäuser, wie „Konservatorien“ usw.

Abg. Dr. Pachnicke (Vp.) wünscht, daß der Staat mehr für die Kunst tue, die den Form- und Farbensinn entwickele und daher auch von wirtschaftlicher Bedeutung sei. Er bespricht den Raummangel im Berliner Museum für Naturkunde und fordert für den Botanischen Garten in Dahlem eine Besuchszeit, die den Massen den Besuch ermöglicht.

Abg. Dr. Arning (natl.) wünscht gleich dem Vorredner ein Gesetz über die Ausgrabungen.

Kultusminister v. Trott zu Solz dankt für die Spenden der Ostafrikaexpedition und kündigt an, daß die dort gemachten Funde der Wissenschaft und der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden sollen. Mit dem Neubau des Völkerkundemuseums wird hoffentlich in absehbarer Zeit begonnen werden können.

Abg. v. Gescher (l.) ersucht, die Museen an Sonntagen von 1/2 12 bis zur Dunkelheit offenzuhalten. In der gegenwärtigen Zeit sei es von größter Bedeutung, das ästhetische und sittliche Niveau der breiten Massen auch durch die Museen zu heben.

Abg. Dr. Crüger-Hagen (Vp.) wünscht eine Revision der Aufnahmebedingungen der Kunstschule, die doch dem Kunstgewerbe und Handwerk nützen solle.

Abg. Dr. Lohmann (natl.) teilt mit, daß die königl. Bibliothek in Berlin ihre Hilfsbibliothekare mit 100 M. monatlich entschädige, weil es genug Anwärter gäbe!

Ein Kommissar: Darin muß man der Bibliothek einige Freiheit lassen.

Abg. Kindler (Vp.) tritt für die Errichtung einer Universität in Posen ein. Die Befürchtung, daß sie einen Mittelpunkt antideutschen Treibens werden könnte, sei hinfällig. Die Straßburger Universität ist doch auch eine Hochburg des Deutschtums!

Abg. Winckler (k.): Wenn eine Universität für den Osten errichtet werden wird, dann in Frankfurt a. O., Danzig oder Marienburg. Posen würde nur für Polen Anziehungskraft haben.

Abg. Kindler (Vp.): Logisch wäre nur der Ausbau der Posener Akademie zu einer Universität.

Abg. Wenke (Vp.): Es ist höchste Zeit für ein Gesetz zum Schutz der Naturdenkmäler! Der Redner begründet einen entsprechenden Antrag.

Abg. Ecker-Winsen (natl.): Das ist auch unsere Meinung, aber die Sache ist schwierig. Auch ein Ausbau des Vogelschutzgesetzes ist sehr wichtig, der Vogelfang sollte von dem Besitz eines Jagdscheins abhängig gemacht werden.

Abg. Dr. Hauptmann (Z.) steht dem Antrag Wenke sympathisch gegenüber.

Abg. Frhr. v. Wolff-Metternich (Z.): Ein hinreichender Vogelschutz ließe sich vielleicht auch schon durch Erlasse ohne Aenderung des Vogelschutzgesetzes erreichen.

Die Abgg. Winckler (k.) und Ramdohr (frk.) treten gleichfalls für den Antrag Wenke ein.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Die moderne Entwickelung bringt eine weitgehende Vernichtung von Naturschätzen mit sich. So notwendig der Naturschutz ist, so hat andererseits doch auch die Jugend ein Recht darauf, sich mit der Natur durch Sammeln von Pflanzen und Fangen von Tieren in engere Beziehung zu setzen. Um auch diesem Bedürfnis der Jugend entgegenzukommen, könnten vielleicht besondere Naturschutzgebiete zu solchen Zwecken reserviert werden. Bei der Erhaltung von Naturdenkmälern muß dafür gesorgt werden, daß auch die Umgebung dieser Denkmäler in ihrer ursprünglichen Form geschützt wird. Wir stimmen dem Antrag Wenke gern zu und erwarten, daß die Regierung sich auf seinen Boden stellt.

Der Antrag Wenke wird der Agrarkommission überwiesen.

Abg. Schreiner (Z.) tritt für die weitere Ausdehnung der gesetzlichen Regelung der Ausgrabung von Altertümern ein.

Abg. Wolff-Metternich (Z.) unterstützt diese Anregung, mahnt aber zur Vorsicht, damit die Bevölkerung von solchen Ausgrabungen nicht abgeschreckt werde.

Beim Kapitel „Technisches Unterrichtswesen“ fordert

Abg. Dr. Bell (Z.) eine größere Berücksichtigung der Diplomingenieure bei der Besetzung von Verwaltungsstellen. Die technische Entwickelung des Flugzeugwesens müsse mehr gefördert werden.

Abg. Dr. Arning (natl.): Auf den technischen Hochschulen sollte mehr Wert auf die allgemein wissenschaftlichen Fächer gelegt werden.

Abg. Wendlandt (natl.) erörtert die Verhältnisse des Materialprüfungsamts in Dahlem und ersucht um eine Herabsetzung der Gebühren.

Ministerialdirektor Naumann: Die allgemeinwissenschaftlichen Fächer werden auch auf den technischen Hochschulen gepflegt, aber die Zeit für die Hauptaufgaben dieser Hochschule darf nicht zu sehr beschränkt werden.

Das Kapitel wird bewilligt.

Abg. Hoffmann (Soz., zur Geschäftsordnung): Wir haben gestern abend ein Zirkular bekommen des Inhalts, daß von der gestrigen Rede des Kultusministers über die Jugendpflege von verschiedenen Abgeordneten auf ihre Kosten eine größere Anzahl von Sonderabdrücken bestellt worden sei. Diejenigen Mitglieder, die ebenfalls solche Sonderabdrucke wünschen, sollten bis zum Mittwochabend ihre Bestellung machen. Wir haben nun ein Interesse daran, die Rede des Ministers in möglichst großen Massen zu verbreiten. Ich habe nun angefragt, was 50, 100, 1000 oder 10000 Exemplare kosten würden. (Heiterkeit.) Darauf wurde mir geantwortet, daß die Rede erst korrigiert werden müßte und dann von der Druckerei der Preis festgesetzt werde. Da wird es aber kaum möglich sein, die Bestellung bis heute abend zu machen. Ich möchte nun anfragen, ob diese Rede nicht gratis abgegeben werden könnte. Wir würden dann vielleicht in der Lage sein, sie in Massen zu verbreiten und das würde doch wohl auch dem Herrn Minister nur angenehm sein. (Heiterkeit.)

Präsident Dr. Frhr. v. Erffa: Ich weiß nicht, bis wann und zu welchem Preis der Druck der Rede erfolgen kann.

Das Haus vertagt sich um 4 1/2 Uhr, um in einer Abendsitzung, die um 1/2 8 Uhr beginnt, die Beratung des Kultusetats fortzusetzen.

Partei — Gewerkschaften.

Der Nachweis, daß die freien Gewerkschaften keine Parteiknechte der Sozialdemokratie seien, besagt noch nicht, daß nicht andere Gewerkschaften in einem für die Arbeiter schädlichen Abhängigkeitsverhältnis zu einer Partei stünden. In Wirklichkeit trifft nämlich das von ultramontaner Seite den freien Gewerkschaften zugeschobene Knechtsverhältnis auf die christlichen Gewerkschaften gegenüber der Zentrumspartei in vollem Maße zu.

Keine der vielen Zentrumsorganisationen verpflichtet ihre Mitglieder, auch gewerkschaftlich organisiert zu sein. Dagegen verlangen die christlichen Gewerkschaften das Bekenntnis zu einer Weltanschauung, die mit den gewerkschaftlichen Forderungen der Arbeiter nichts zu tun hat. Ganz gleich, welchen politischen oder religiösen Anschauungen der Arbeiter huldigt, ob er Christ, Heide, Jude, Feueranbeter oder Atheist sich nennt, als Angehöriger einer Klasse haben alle Arbeiter dasselbe wirtschaftliche und soziale Interesse!

Indem die christlichen Gewerkschaften von ihren Mitgliedern das Bekenntnis zum Christentum verlangen, stellen sie sich schon in ein Abhängigkeitsverhältnis zu einer Weltanschauung, die vorwiegend im Ultramontanismus ihre politische Vertretung hat. Die christlichen Gewerkschaften sind dadurch schon von vornherein nicht mehr unabhängig! Ganz besonders sinnenfällig tritt ihre Abhängigkeit bei den praktischen Aktionen in die Erscheinung!

Keine bürgerliche Partei, auch das Zentrum nicht, verpflichtet sich auf alle gewerkschaftliche Forderungen! Im Gegenteil! Daß jetzt das Zentrum im Reichstage eine Reihe sozialpolitischer Anträge eingebracht hat, beweist nur seinen Jesuitismus! Sind doch so manche Forderungen dabei, die es bisher strikte ablehnte! Es verlangt nun Reformen im Interesse der Bergarbeiter, wie z. B. die achtstündige Schicht, deren Durchführung es früher mit verhindern half. Mit den Konservativen und den Nationalliberalen „reformierte“ es die Berggesetze, daß selbst das Organ des christlichen Gewerkvereins konstatierte: „Steine statt Brot“ habe man den Bergarbeitern gegeben! Jetzt fordert das Zentrum auch den Achtstundentag für die Feuerarbeiter, den seine Redner im Reichstage bisher immer als noch nicht durchführbar erklärten, wenn ein dahingehender Antrag von den Sozialdemokraten vorlag! Man mag weiter zurückgreifen oder die jüngste Vergangenheit in den Kreis der Betrachtungen ziehen, immer wird man die Zwiespältigkeit und Hinterhältigkeit des Zentrums in sozialpolitischen Fragen konstatieren können!

Die ganze Wirtschaftspolitik des Zentrums steht ja in einem unüberbrückbaren Gegensatz zu den Interessen der Gesamtarbeiterschaft und damit auch der christlichen Gewerkschaften! Diese fordern die wirtschaftliche und soziale Hebung ihrer Mitglieder! Die Lebensmittelverteuerungspolitik des Zentrums ist eine direkte Verhöhnung solchen Strebens! Was die Arbeiter durch lange, opferreiche Kämpfe den Unternehmern abtrotzten, das reißt ihnen die Wirtschaftspolitik des Zentrums mit einem Schlage wieder aus der Hand! Dabei verlangt das ultramontane Parteiinteresse, daß die christlichen Gewerkschaftler solche Schädigung der Arbeiterinteressen gutheißen!

Das Zentrum hat in zahlreichen Fällen genau umgrenzte Forderungen der Arbeiter direkt bekämpft, ihre Verwirklichung verhindert! So stimmte das Zentrum — um nur einige Beispiele anzuführen — im Jahre 1890 gegen die von katholischen Arbeitervereinen und dem Gewerkverein christlicher Bergleute mit Bezug auf das Unfallversicherungsgesetz erhobenen Forderungen, während die Sozialdemokratie dafür eintrat!

Das Zentrum stimmte damals in der Kommission auch gegen eine Petition christlicher Textilarbeiter, die eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit verlangten! Stets hat das Zentrum aus engherzigem Parteiinteresse das Arbeiterwohl verraten, zuletzt noch in markanter Weise bei der Verabschiedung der Reichsfinanzreform und Reichsversicherungsordnung! Und was das Wesentliche dabei ist: das Zentrum setzte sich damit in ausgesprochen scharfen Gegensatz zu Forderungen christlicher Gewerkschaftskreise!

Das Zentrum, einschließlich der ihm angehörenden Vertreter der christlichen Gewerkschaftsbewegung, stimmte gegen die von christlichen Gewerkschaften geforderte Erhaltung und Sicherung der Selbstverwaltung in den Krankenkassen!

Das Zentrum lehnte die Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre in der Altersversicherung ab, obwohl christliche Gewerkschaftler sich dafür erklärt hatten!

Das Zentrum verhinderte eine ausreichende und wirkliche Witwen- und Waisenversicherung, Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung, die von den christlichen Gewerkschaften befürwortet worden war!

Das Zentrum beschloß eine Erhöhung der Tabaksteuer, gegen welche christliche Gewerkschaftler protestierten! Das Zentrum verhinderte eine dem Schaden entsprechende Entschädigung der durch seine Steuerpolitik arbeitslos gewordenen Tabak- und Brauereiarbeiter, obwohl christliche Gewerkschaftler sich für solche sicher sehr berechtigte Forderungen einsetzten!

Das sind einige Beispiele aus dem sozialen Sündenregister des Zentrums! Wir können die Liste ruhig schließen! Sie gibt genügenden Aufschluß über die „Arbeiterfreundlichkeit“ des Zentrums und über seine Förderung und Unterstützung gewerkschaftlicher Forderungen!

In diesem Zusammenhange ist aber noch die Frage zu prüfen: wie stellen sich die christlichen Gewerkschaften zu solchem Verhalten des Zentrums? Was unternahmen sie gegen die offenbare Mißachtung gewerkschaftlicher Interessen und Bestrebungen? Diese Frage ist bedeutungsvoll zur Charakterisierung des Verhältnisses dieser Gewerkschaften zum Zentrum, das um so mehr, weil christliche Gewerkschaftsführer die gewerkschaftsfeindliche Politik des Zentrums mitgemacht haben, teilweise sogar als die Anführer der Fronde gegen die christlichen Gewerkschaften auftraten! Sie wurden nachträglich von erbitterten Mitgliedern christlicher Gewerkschaften zur Rede gestellt! Und wie lautete die Verteidigung? Man habe nicht als Gewerkschaftler, sondern als Parteimitglieder gehandelt und gestimmt! Das Parteiinteresse und die Parteiforderungen ständen höher als die einseitigen Gewerkschaftsforderungen! — Daß Angehörige einer freien Gewerkschaft jemals in eine solche Situation geraten könnten, ist gänzlich ausgeschlossen! — Herr Giesberts, das geistige Haupt der christlichen Gewerkschaften, erklärte sogar einmal öffentlich, daß die Wahrnehmung von Weltanschauungsinteressen die Schädigung der Arbeiterinteressen bei der Verabschiedung der Reichsfinanzreform erforderlich gemacht habe!

Mit diesen Erklärungen christlicher Gewerkschaftsführer zur Verteidigung der Zentrumspolitik ist nicht nur von dieser Seite selbst zugegeben, daß die Arbeiterinteressen mit dem Parteiinteresse des Zentrums kollidieren, sondern auch, daß man die Gewerkschaftsforderung unter Umständen aus Parteirücksichten sogar bekämpfen müsse! Darin liegt weiter das unverhohlene Bekenntnis, daß die christlichen Gewerkschaften sich in einem Abhängigkeitsverhältnis zu dem Zentrum befinden und daß die Verzichtleistung auf sachlich berechtigte Arbeiterforderungen Parteipflicht sei!

Es steht daher auch außer Zweifel, daß die christlichen Gewerkschaften — um bei dem von ihnen geprägten Ausdruck zu bleiben — „Parteiknechte“ in dem von ihnen den freien Gewerkschaften unterstellten Sinne sind! Noch eine andere Tatsache beweist, daß sie kein Recht haben, sich als unabhängige Organisation zu bezeichnen! Ihr Verhalten wird nicht lediglich von gewerkschaftlichen Grundsätzen und dem Bestreben, das wirtschaftliche Wohl der Arbeiter zu fördern, bestimmt. Obwohl die Macher behaupten, das Vorhandensein christlicher Gewerkschaften sei eine zwingende Notwendigkeit, haben sie aber auch trotzdem schon bedingungslos versichert, daß sie die Organisation auflösen würden, wenn der Papst solches verlange. Im Lager der Ultramontanen selbst bestehen Meinungsverschiedenheiten über die richtige und vom religiösen Standpunkt berechtigte Organisationsform. Eine Gruppe schwört auf die sogenannten interkonfessionellen Gewerkschaften als Köder auch für die Nichtkatholiken. Die andere Richtung will nur reine konfessionelle Gewerkschaften, und zwar als Anhängsel der katholischen Arbeitervereine gelten lassen. Bei den Auseinandersetzungen über die entgegenstehenden Ansichten regalierten sich die Christenmänner gegenseitig mit Verdächtigungen und Verleumdungen über ihre Ziele und Motive, über ihre Charaktere und Kampfmittel, daß man glauben sollte, es striten die ausgemachten Schurken und Bösewichter über die einzig seligmachende Religion. Doch das nur nebenbei zur Charakteristik der Leute, die sich uns gegenüber als Wahrheitsfanatiker und Tugendbolde der Ehrlichkeit aufspielen. In dem Streit sieht man auch Bischöfe auf beiden Seiten kämpfen, aber niemand wird als Autorität anerkannt. Ihnen fehlt ja die Kraft der Unfehlbarkeit, die nur den Papst auszeichnet, wenn er als oberster Hirte der Kirche spricht. In ihrem Fanatismus spotten die Gewerkschaftschristen der Autorität der im christlichen Gegenlager stehenden Kirchenfürsten. Der Generalsekretär Stegerwald bezeichnete den Bischof Korum als „weltfremden Fanatiker“, den man „links liegen“ lassen müsse. Würde ein Außenstehender einen Bischof in solch despektierlicher Weise an—sprechen, dann fiele sicherlich die ganze politische und gewerkschaftliche Presse des Ultramontanismus über ihn her, um zu zeigen, zu welcher Verrohung die Religionslosigkeit führe.

Nach dem Verhalten gegenüber den Bischöfen könnte es nun allerdings scheinen, als ob die christlichen Gewerkschaften selbständig wären, sich von kirchlicher Seite keine Vorschriften machen ließen. Das stimmt aber nicht! Der Streit über die Gewerkschaftsform hat auch schon den Papst beschäftigt. Sowohl die Konfessionellen als auch die Interkonfessionellen versuchten, ihn für sich zu gewinnen. Bisher nahm dieser noch nicht endgültig für oder gegen die eine oder andere Richtung Partei. Das allein gibt den christlichen Gewerkschaften noch eine Daseinsmöglichkeit. Weil sie noch nicht vom Papste verboten sind, existieren sie weiter. Die christlichen Gewerkschaftsführer ließen nämlich darüber gar keinen Zweifel, daß sie die christlichen Gewerkschaften auflösen würden, falls der Papst ein solches Gebot erlasse.

Nicht nur vom Zentrum und seinem Parteiinteresse, sondern auch vom Papst sind die christlichen Organisationen in ihrem Bestande und ihrer Tätigkeit abhängig! Aus alledem folgt mit unabweisbarer Logik: die christlichen Gewerkschaften haben keine Existenberechtigung, als Schleppenträger des Zentrums schädigen sie die Arbeiterschaft in ganz eminenter Weise!

Soziales.

Revision wegen 5 Pf. Rente.

Der Droschkenkutscher Th. stellte bei der **Landes-Versicherungs-Anstalt Berlin** den Antrag auf **Bewilligung der Invalidenrente.** Dieser Antrag wurde **zurückgewiesen**, weil Th. noch nicht invalid im Sinne des Gesetzes sei, d. h. er wurde noch für fähig erachtet, ein Drittel dessen zu verdienen, was Arbeiter mit der gleichen Ausbildung zu verdienen pflegen. Th. legte hiergegen **Berufung** beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung Stadtkreis Berlin ein. Dieses forderte vom Geh. Med.-Rat Dr. Becker ein Gutachten. Dieser Arzt kam zu dem Ergebnis, daß Th. als invalid anzusehen sei. **Das Schiedsgericht verurteilte** daraufhin die Landes-Versicherungs-Anstalt Berlin zur Zahlung der Invalidenrente im monatlichen Betrage von 18,95 M. Das Schiedsgericht legte der Berechnung 317 Marken der Lohnklasse 3, 337 Marken der Lohnklasse 4 und 201 Marken der Lohnklasse 5 zugrunde.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts legte die Landes-Versicherungs-Anstalt Berlin das Rechtsmittel der **Revision** ein, weil die Rentenberechnung um 5 Pf. pro Monat zu hoch erfolgt sei.

Der Revision mußte stattgegeben werden, da nach der von der Landes-Versicherungs-Anstalt Berlin gemachten Aufstellung die Rente nur 18,90 M. pro Monat zu betragen hat. Die Differenz bei der monatlichen Rente beträgt also 5 Pf. oder pro Jahr 60 Pf. Die Kosten des Verfahrens und der Revisionsbegründung dürften aber einen Betrag erreichen, der auf 15 Jahre den Renten-Differenzbetrag beträgt. Die Kosten des Verfahrens stehen also in keinem Verhältnis zum Objekt, die Landes-Versicherungs-Anstalt Berlin hat aber ihr Recht erhalten.

Verband der Friseurgehilfen Deutschlands. Heute, Donnerstag, abends 9 1/2 Uhr, Rosenthaler Str. 11/12: Versammlung. Tagesordnung: Bericht der Tarifkommission.

Marktbericht von Berlin am 26. März 1912, nach Ermittelung des königl. Polizeipräsidiums. Marktballenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 35,00—56,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 6,00—13,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,80—1,80. Schweinefleisch 1,30—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,60. Hammelfleisch 1,30—2,20. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 3,40—6,00. 1 Kilogramm Karpfen 1,10—2,40. Aale 1,80—3,20. Zander 1,60—3,60. Hechte 1,40—2,60. Barsche 1,00—2,00. Schleie 1,60—3,20. Bleie 0,80—1,40. 60 Stück Krebse 4,00—30,00.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Krupat. Nur am Abend des 16. Januar zwischen 10 und 2 Uhr, sonst an den genannten Tagen nicht. — **F. St. 1888.** 1. In Berlin ungefähr 175 Zivilpersonen. 2. Ja, in mehreren anderen Städten. 3 und 4. Müssen Sie bei den betreffenden Kassen anfragen. — **R. K., Neapel.** 1. 23. November 1891, bei Vereidigung der Garderekruten. „Mehr denn je hebt der Unglaube und Mißmut sein Haupt im Vaterlande empor, und es kann vorkommen, daß Ihr Eure eigenen Verwandten, Brüder, ja Eltern niederschießen oder stechen müßt. Dann besiegelt die Treue mit der Aufopferung Eures Herzblutes." 2. 2. September 1895 bei einem Trinkspruch auf die Garde. „Rotte von Menschen, nicht wert, den Namen Deutscher zu tragen." — **G. F. 51.** Wenden Sie sich an den Verband der Transportarbeiter, Engelufer 15.

Witterungsübersicht vom 27. März 1912.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C. = 0° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C. = 0° R.
Swinemünde	763	SSW	2	wolkig	11	Haparanda	756	SW	4	bedeckt	−0
Hamburg	762	SSW	3	bedeckt	11	Petersburg	762	Still		Nebel	−1
Berlin	765	SW	1	wolkig	11	Scilly	768	W	4	wolkig	−0
Frankf. a. M.	766	SW	1	Nebel	6	Aberdeen	752	W	3	halb bd.	−1
München	769	SW	3	halb bd.	9	Paris	768	SSO	1	wolkenl	6
Wien	769	Still		wolkenl	8						

Wetterprognose für Donnerstag, den 28. März 1912.

Kühler, vorwiegend trübe mit Regenfällen und ziemlich starken westlichen Winden; später wieder zeitweise aufklarend.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 26. 3. cm	seit 25. 3. cm[1])	Wasserstand	am 26. 3. cm	seit 25. 3. cm[1])
Memel, Tilsit	375	+6	Saale, Grochlitz	114	+8
Pregel, Insterburg	10	−5	Havel, Spandau[2])	88	0
Weichsel, Thorn	210	−10	„ Rathenow[2])	100	0
Oder, Ratibor	222	−34	Spree, Spremberg[2])	76	0
„ Krossen	136	−3	„ Beeskow	103	−3
„ Frankfurt	148	−5	Weser, Münden	272	+22
Warthe, Schrimm	74	−2	„ Minden	296	+2
„ Landsberg	75	−5	Rhein, Maximiliansau	430	+36
Netze, Bordamm	37	−11	„ Kaub	216	+7
Elbe, Leitmeritz	23	−6	„ Köln	334	+29
„ Dresden	−96	−8	Neckar, Heilbronn	110	+2
„ Berby	167	−9	Main, Wertheim	180	+3
„ Magdeburg	136	−4	Mosel, Trier	290	+9

[1]) + bedeutet Wuchs, — Fall. — [2]) Unterpegel.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 28. März 1912.
Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Mignon.
Kgl. Schauspielhaus. Der große König.
Deutsches. Viel Lärm um Nichts.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Sarrasani. Gala-Vorstellung.
Zirkus Schumann. Gala-Vorstellung.
Haverland. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49. Dr. Ed. Hennig: Die Ausgrabungen vorweltlicher Riesenreptilien in Deutsch-Ostafrika.
Neues K. Opernheater. Geschlossen.
Lessing. Gudrun.
Komische Oper. Die Hexe.
Westen. Die schöne Helena.
Kleines. Und das Licht scheinet in der Finsternis.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Neues Schauspielhaus. Das Familienkind.
Kurfürstenoper. Der Schmuck der Madonna.
Neues. Der liebe Augustin.
Residenz. Alles für die Firma.
Lustspielhaus. Die Damen des Regiments.
Berliner. Große Rosinen.
Neues Operetten. Eva.
Schiller O. Windermeres Fächer.
Schiller-Charlottenburg. Gräfin Lea.
Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Husarenfieber.
Luisen. Die Rose von Japan.
Rose. Der Gefangene von Zenda.
Metropol. Die Nacht von Berlin.
Trianon. Geschlossen.
Thalia. Autoliebchen.
Wintergarten. Spezialitäten.
Casino. Die lustige Strohwitwe.
Apollo. Los Nr. 33. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Herrnfeld. Wie man Männer bessert. Der Hausteufel.
Königstadt-Kasino. Ein fideler Rechtsanwalt. Bruder Julius. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Anfang 8½ Uhr.
Folies Caprice. Der Polizeihund. Das Broadway-Girl.
Voigt. Glückliche Heirat.
Walhalla. Menschenrechte.
Anfang 8½ Uhr.
Neues Volkstheater. Der Königsleutnant.
Belle-Alliance. Die Dollarprinzessin.
Sternwarte. Invalidenstr. 57—62

Schiller-Theater O. Wallner-Theater.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Lady Windermeres Fächer**
Freitag, abends 8 Uhr: **Kyritz-Pyritz.**
Sonnabend, abends 8 Uhr **Lady Windermeres Fächer**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Gräfin Lea.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Emilia Galotti.**
Sonnabend, abends 8 Uhr Zum erstenmal: **Der scharfe Junker.**

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr: **Große Rosinen.**

Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 8 Uhr: **Die 5 Frankfurter.**

Neues Theater.
Abends 8 Uhr: **Der liebe Augustin.**
Sonnt. 3½ Uhr: **Der Vogelhändler.**

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Abends 8 Uhr: **Alles für die Firma.**
Schwank in 3 Akten von M. Hennequin und G. Mitchell. Für die deutsche Bühne bearbeitet von Bolten-Baeckers.
Morgen u. folg. Tage: **Alles f. d. Firma.**

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.
Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik von B. Holländer. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schultz.

Theater des Westens.
8 Uhr: **Die schöne Helena.**
Sonntag 3½ Uhr: **Wiener Blut.**

Belle-Alliance-Theater.
½9 Uhr: **Die Dollarprinzessin.**
Freitag 8 Uhr: **Nora.** Hierauf: **Lori.**

Luisen-Theater.
Donnerstag: **Die Rose v. Japan.**
Freitag: **Alles durch die Liebe.**
Sonnabend nachm. 4 Uhr letzte Kindervorstellung: **Snewittchen.**
Abends: **Die Rose von Japan.**

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr: **Der Gefangene von Zenda.**
Morgen und folgende Tage: **Der Gefangene von Zenda.**
Sonnabend 4 Uhr: **Frau Holle.**

Apollo Theater
Ab 8 Uhr
Letzte Woche
der großen komischen Novitäten
Oscar und Suzette
moderne Tänzer
Los No. 33
usw.

Herrnfeld Theater
Ein neuer Sensationserfolg
Wie man Männer bessert.
2 Akte von Anton u. Donat Herrnfeld mit den Autoren in den Hauptrollen.
Hierzu die **Novität:**
Der Hausteufel.
Anfang 8 Uhr.
Billettvorverkauf 11—2 (Theaterkasse)

Passage-Theater.
Das
Geister-fenster.
Das weiße Geheimnis.
Melia, die schönste Tänzerin Rußlands.
Schneider-Duncker
und das große März-Programm!

Passage-Panoptikum.
Lebend! Lebend!
Hede, das
Löwenmädchen.
Das Mädchen mit dem **Mähnenkopf.**
Halb Mensch — halb Animal.
Das blaue Weib.
Die Frau in der Kanne.
Ohne Extra-Entree!

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Novität!
Der neue Possenschlager
Die lustige Strohwitwe.
Posse von Misch und Jacobsohn.
Sonnt. 3½: **Trudchens Sommerreise.**

Freie Volksbühne

Lessing-Theater.
Sonntag, den 7. April (1. Osterfeiertag):
Extra-Vorstellung.
Hauptmann: **Einsame Menschen.**
Einlaßkarten a M. 1,30 in allen Zahlstellen.

Thalia-Theater
Schönthan:
Der Raub der Sabinerinnen.

Neues Schauspielhaus
Calderon:
Das Leben ein Traum.

Lessing-Theater
8., 14., 21. April:
Wenn der junge Wein blüht.

Residenz-Theater
Emil Augier:
Die arme Löwin.

Abendabteilungen
Frederich:
Das Familienkind.

Herrnfeld-Theater
Sven Lange
Simson und Delila.

Die Mitglieder d. **Nachmittagsabteilungen** können zu den **Montagabendvorstellungen** im Neuen Schauspielhause Gastkarten a 1.30 M. beim Obmann im Theater (7—8 Uhr) erhalten. 242/12

„Clou"
Berliner Konzert-Haus.
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.
Heute: **3 Kapellen.**
Musikc. d. 5. Grde.-Regts. z. F. Dirig. Oberm. **Tschätsch**
Musikc. d. 1. Grde.-Drag.-Regts. Dirig. Oberm. **Baarz**
und
!!! Zillerthaler und Tegernseer Sänger, Plattler und Jodler !!!
Anfang **8** Uhr. Anfang **8** Uhr.
An allen **Wochentagen** nachm.: **Promenaden-Konzert** bei **freiem** Eintritt.
Heute: Musikc. d. 2. Grde.-Regts. z. F. Dirig. Oberm. **Graf.**

Sarrasani
Schönhauser Allee.
Telephon: Nord 4100.
Nur noch **wenige Tage** in Berlin
Allabendlich 7½ Uhr:
Galavorstellungen
Sonnabend, Sonntag und Mittwoch:
je 2 Vorstellungen.
Galerie **40** Pf., III. Platz **70** Pf., II. Platz **1,20** M., I. Platz 2 M., Parkett 3 M. Logensitz 4 M.
Vorverkauf a. d. Circuskasse und an sämtlichen Billettverkaufsstellen von A. Wertheim.

Zirkus Busch
Donnerstag, den 28. März 1912, abends 7½ Uhr:
7½ Uhr 7½ Uhr
Beginnt die Vorstellung mit der Pantomime
„Die Hexe".
Darauf das **große Gala-Programm.**
U. a.: Die Orpingtons. Herr Georg Burkhardt-Foettit, Schulreiter. Herr Ernst Schumann mit den neuesten Freiheitsdressuren.
Um 9½ Uhr:
Die großen Entscheidungsringkämpfe der letzten Woche!

Folies Caprice.
Täglich 8¼ Uhr:
Die Saison-Schlager
Der Polizeihund.
Das Broadway-Girl.

KAMMER LICHT SPIELE
Potsdamer Platz
Hochaktuelles Programm
u. a.:
Gräfin Wolff-Metternich
(Claire Vallentin)
im Drama „Der Unbekannte".
Die
Südpol-Expedition
des Kapitäns **Scott.**
Bilder der
Streik-Unruhen
im Ruhrgebiet.
Bilder vom
Friedhof der Märzgefallenen

Concordia-Festsäle.
Inh.: M. Wendt & A. Schütze.
64 Andreasstraße 64.
Jeden Donnerstag:
Große Soiree
d. allgemein beliebten und bekannten
Hoffmanns Sänger.
Direktion Fr. Fanther
Heute:
Wir von der Kavallerie.
Lustspiel in 1 Akt.
Anfang **8** Uhr.
Nach der **Soiree: Frei-Tanz.**
Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr Dr. Ed. Hennig:
Die Ausgrabungen vorweltlicher Riesenreptilien in Dtsch.-Ostafrika.

Zirkus A. Schumann
Heute Donnerstag 7½ Uhr:
Die besten Radkünstler
5 Auroras 5
mit ihrem
lebenden Roulette
sowie Auftreten d. 3 Oravias u. Dir. **Albert Schumann**
sowie alle übrigen Spezialitäten
Um **9** Uhr:
Beginn des bis jetzt unübertroffenen, einzig dastehenden Ausstattungsstückes
Das Motorpferd
in 5 Akten.
Große Schlußapotheose mit noch nie dagewesenen Effekten.

Trianon-Theater.
Heute: **Geschlossen.**
Freitag zum erstenmal: **Der Ehemann am Fenster.** Hierauf: **Ein angebrochener Abend.**

Königstadt-Kasino.
Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstraße
Täglich:
Ein fideler Rechtsanwalt und Bruder Julius.
Außerdem 6 erstkl. Glanznummern
Anf. 8 Uhr. Sonntags ½6 Uhr.
Mittw., Sonnab., Sonnt.: **Tanz.**

Voigt-Theater.
Donnerstag, den 28. März 1912:
Gastspiel in
Puhlmanns Theater, Schönhauser Allee 148.
Glückliche Heirat.
Komödie in 3 Aufzügen von Bayard.
Kassenöffnung 7. Anfang 8½ Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Zum Schluß:
Eine Hochzeit in der Müllerstraße.
Burleske von Meysel.
Anfang wochentags 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Nißles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen
bei freiem Entree. **C. Nißle.**

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Allabendlich:
Tänze auf d. Eise.
Die kleine Charlotte.
Weltmeister
Bror Meyer.
Das prächtige Eisballett
Alpenzauber.
Nachmittags:
Kunstlauf-Produktionen.
Bis 6 Uhr und von 10¾ Uhr abends halbe Kassenpreise.

Sonntag, den 31. März, nachmittags 2½ Uhr,
im Konzertsaale der Brauerei Friedrichshain (Lipps), am Königstor:
Große Jugendfeier
für die schulentlassene, arbeitende Jugend.
Mitwirkende: Frau **Klara Zetkin** (Festrede). — Herr **J. Klein** vom Deutschen Theater (Rezitation). — Herr **R. Tobias** (Orgel). — Herr **P. Weschke** (Posaunenquartett). — Vereinigte Thilosche Chöre unter Leitung ihres Dirigenten Herrn Thilo.
Der Eintritt ist frei.
Rauchen ist nicht gestattet. Auch darf während der Vorträge im Saale nicht serviert werden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Commerz- und Disconto-Bank.

Bilanz per 31. Dezember 1911.

Aktiva.

		M.
Kasse, fremde Geldsorten und Zinsscheine		7 717 481.72
Guthaben bei Noten- und Clearingbanken		6 869 745.19
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen:		
a) Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten	M. 72 356 346.39	
b) eigene Akzepte	1 436 593.59	73 792 939.98
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen		25 946 227.24
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere		105 966 576.81
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen		22 498 523.10
davon am Bilanztage gedeckt:		
a) durch Waren, Fracht- oder Lagerscheine	M. 12 221 628.86	
b) durch and. Sicherheiten	1 606 609.81	
Eigene Wertpapiere:		
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten	7 221 742.23	
b) sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere	1 690 359.45	
c) sonstige börsengängige Wertpapiere	19 834 882.50	
d) sonstige Wertpapiere	2 433 910.65	31 110 894.83
Konsortialbeteiligungen		15 694 790.66
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen		10 999 740.—
Debitoren in laufender Rechnung:		
a) gedeckte	140 670 533.17	
b) ungedeckte	50 441 352.32	191 111 885.49
Außerdem: Aval- und Bürgschaftsdebitoren	21 638 014.31	
Bankgebäude und Inventar in Hamburg, Berlin, Kiel, Hannover und Altona		7 475 000.—
Sonstige Immobilien	3 592 846.78	
abzüglich Hypotheken	1 571 700.—	2 021 146.78
Ueberschuß der Aktiva über die Passiva der am 9. Dezember 1911 von uns übernommenen Credit- und Spar-Bank, Leipzig	9 924 922.06	
		501 204 951.80

Passiva.

Aktienkapital		85 000 000.—
Reservefonds I		8 500 000.—
Reservefonds II		4 700 000.—
Talonsteuer-Rückstellung		177 500.—
Kreditoren:		
a) Nostroverpflichtungen	7 466 633.50	
b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	4 793 154.58	
c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen	32 354 503.53	
d) Einlag. auf provisionsfreier Rechnung		
1. innerh. 7 Tagen fällig	62 404 779.44	
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	41 941 233.54	
3. nach 3 Monaten fällig	13 873 649.95	118 219 662.93
e) sonstige Kreditoren		
1. innerh. 7 Tagen fällig	75 080 189.12	
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	69 117 031.50	
3. nach 3 Monaten fällig	8 430 978.81	152 628 199.43	315 464 153.97
Akzepte und Schecks:		
a) Akzepte	77 582 828.83	
b) noch nicht eingelöste Schecks	1 704 032.60	79 286 861.43
Außerdem: Aval- und Bürgschaftsverpflichtungen	21 638 014.31	
Eigene Ziehungen	2 381 500.—	
davon f. Rechn. Dritter	1 533 750.—	
Beamten-Pensions- und Unterstützungsfonds		1 253 039.18
Dividenden-Rückstände		9 487.—
Reingewinn		6 813 910.22
		M. 501 204 951.80

Gewinn- und Verlust-Rechnung für das Geschäftsjahr 1911.

Ausgabe.	M.	Einnahme.	M.
Unkosten	5 778 664.52	Gewinnvortrag von 1910	291 958.49
Steuern	486 848.76	Zinsen	6 963 515.26
Abschreibung auf Bankgebäude und Inventar	458 092.09	Provision	4 627 568.37
Reingewinn	6 813 910.22	Gewinn auf Wertpapiere und Konsortialbeteiligung	1 058 286.22
		Kursgewinn auf Wechsel	510 827.04
		Kursgewinn auf Sorten und Zinsscheine	85 360.21
M.	13 537 515.59	M.	13 537 515.59

Hamburg, den 26. März 1912.

Der Vorstand.
Harter. Kers.

Des Großen Glogau Umzugs-Woche

73 Ecke Dresdener Alte Jakobstr.

Größtes Kredit-Unternehmen Deutschlands.

3 M. Anzahlung — einzelne Teile wie: Bettstellen, Schränke, Vertikos, Wasch-, Nachttische, Kommoden, Tische, Stühle, fer. gr. Ausw. i. Büfetts, Umb., Wohn-, Schlaf-, Speisezimm. u. Küchen — 1 M. Woche

8 M. Anzahlung — 1 Zimmer: 1 Bett, 1 Tisch, 2 Stühle Preis 95 M.; 1 Zimmer und 1 Küche Preis 145 M. — 12.— Anzahlg.

Damen- und Herren-Konfektion — Kostüme: Kleider, Blusen, Röcke, Mäntel, Mädchenkleider, Jupons u. Wäsche — 1 M. Woche — Anzüge: Paletots, Ulster, Schulanzüge, Burschenanzüge, Gehrock-Anzüge — 1 M. Woche

Ohne Anzahlung für alle Kunden, für alle Beamten, für Kunden von anderen Geschäften.

Verlagsanstalt G. Birk u. Co., m. b. H., München.

Bei uns erschienen:

Süddeutsche Volksbücher:

Heft 1: **Paul Kampffmeyer: Weltanschauung und Sozialdemokratie.**
Aus dem Inhalt: Vom Werden der Weltanschauung. — Das Wesen der Sozialdemokratie. — Ethik und Sozialdemokratie. — Religion, Materialismus und Sozialdemokratie.

Heft 2: **Paul Kampffmeyer: Sozialdemokratie und Kirchentum.**
Aus dem Inhalt: Kirche und Staat im klerikalen System. — Vom kirchlichen Staat zum Staatskirchentum. — Die zusammenbrechende klerikale Herrschaftsmacht. — Los vom Staatskirchenturm. — Entstaatlichte freie Kirche und freier sozialer Staat. — Religion ist Privatsache.

Heft 3: **Lothar Engelbert Schücking: Das Elend der preußischen Verwaltung.**
Aus dem Inhalt: Bureaukratie, Amtsgeheimnis und Amtsverschwiegenheit. — Die Verwaltung durch Konservative und Zentrumsleute. — Die preußische Gemeindeverfassung. — Demokratie, Kultur und Verwaltung. — Der Zweck des Zweckverbandsgesetzes. — Zum sozialdemokratischen Kommunalprogramm für Preußen.
Preis jedes Heftes 40 Pf.

Früher erschienen:

Dr. Fritz Brupbacher: Kindersegen und kein Ende? Preis 30 Pf.

Rudolf Franz: Die schönsten Märchen für die nationale Kinderwelt Reich illustriert. Preis 1 M.

Rudolf Franz: Abrechnung. Politische Verfußtritte. Reich illustriert. Preis 1 M.

Wilhelm Schröder: Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage Gebunden Preis 7 M. 288/6

Abteilung für Stark- u. Schwachstromanlagen.

Chic und elegant kleidet man sich nach den Favorit-Schnittmustern, deren Auswahl aus dem soeben erschienenen Favorit-Modenalbum getroffen wird: ca. 800 neueste Modelle bieten eine reiche Modenschau. Favorit-Modenalbum zum Preise von 60 Pf., franko 70 Pf. bei **C. Müller, Berlin 7,** Spittelmarkt 5.

Auch Teilzahlung!

Nur Wilh. **Möbel-Misch** Gr. Frankfurter Str. 45/46

Knaben- und Jünglings-Garderobe fertig u. nach Maß am billigsten und reellsten in der Fabrik **Koppenstr. 85, part.,** 2 Minuten v. Schles. Bahnhof. **Karl Hustädt.** Herren-Garderobe nach Maß.

Mentes Volksgarten Inh. Walter Schröter. Telephon: Amt Lichtenberg Nr. 164. **Lichtenberg, Rocherstr. 28/29** Verlängerte Landsberger Allee. Vom Alexanderplatz 15 Minuten. Linie 64, 67, 71, Linie Sturzestraße—Hohenschönhausen. Vom 1. April jeden Dienstag, Donnerstag **Frei-Tanz.** Sonntags: **Großer Ball**

Auf Teilzahlung! Ohne Anzahlung! Kein Kassierer. **Teppiche, Gardinen, Stores, Portieren, Stepp-, Plüsch- und Divandecken.** **Matzner,** Hufelandstraße 41. Bildergeschäft. Karten od. Besuch erbet.

Die reellsten und billigsten Möbel und **Polsterwaren** erhält man zu Kassapreisen in der seit 33 Jahren bestehenden Möbelfabrik von **A. Schulz,** Reichenberger Straße 5. Größte Auswahl in allen Holz- und Stilarten mit zehnjähriger Garantie. (5 Proz. Kassaskonto.) Ev. auf Ratenzahlung.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

ORIGINAL SINGER NÄHMASCHINEN

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Möbel-Cohn
58 Gr. Frankfurter Str. 58
unweit der Kaiserstraße.

Möbel auf Kredit
Riesen-Auswahl
Anzahlungen auf Stube und Küche:
Mark **15** bis 25 — **30** bis 45 — **50** bis 70 — **75** bis 160
Moderne **Sehlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer** jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an.
Einzelne Möbelstücke von 5 M. Anzahlung an.
Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.
Liefere auch auswärts, Abzahlung wöchentlich, monatlich, resp. nach Uebereinkunft.
Vorzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.
Sonntags 12 bis 2 Uhr geöffnet.

Auch zum „Kornfranck"

ist bekanntlich

Franck-Gries

der beste Zusatz, weil er den Geschmack voller und kräftiger macht und dem Getränk eine schöne dunkle Farbe verleiht.

Wegen Separierung

Gänzlicher Ausverkauf

des übernommenen Schuhwarenlagers

Rosenthalerstr. 40-41

(Hackescher Markt)

Kinderstiefel,
schwarz
kräftig in Oberleder u. Sohle

20-24	25-26	27-30	31-35
1.55	2.45	3.25	3.75

Kinderstiefel, braun mit Lackkappe

27-30	31-35
3.75	4.25

Damenstiefel
braun und schwarz
in Chevreau mit Lackkappe
breite u. halbbreite Fassons
36-42 Paar 4.95
echt Chevreau mit Lackk. schicke Form., 36-42 5.75
echt Chevreau mit Lackk., Goody.-Welt, amer. Formen
36-42 Paar 7.95

Herrenstiefel
Rindbox, Zug-, Schnür- u. Schnallenstiefel, kräftig. Straßen-Stiefel,
40-47 . . . nur 5.95
Chevreau-Schnürstiefel mit Lackkappe
wunderbare Fasson nur 6.95
Prima Chevreau Schnürstiefel, Goodyear-Welt, in amer. elegant. Formen, sehr schick . . 8.95

Halbschuhe
für Ball und Straße. Die elegantesten Modelle in Lack, Wildleder und Chevreau
nur 5.95 4.75 3.95

Leder-Hausschuhe
Damen; schwarz, braun u. rot,
jedes Paar
nur 1.65 M.

Vorurteile

zu haben, ist nicht mehr zeitgemäß. Das geben Sie zu?! — Und doch hegen Sie noch ein Vorurteil gegen Palmin?!

Prüfen Sie Palmin, indem Sie einen Pfannkuchen damit backen — dann urteilen Sie! Ihr Vorurteil wird sich in Bewunderung verwandeln.

Lassen Sie sich keine Nachahmungen aufdrängen!

Fuss-Schmerzen!
Ermüden Sie leicht, haben Sie Schmerzen in der Hacke, im Mittelfuss, am Ballen, auf der Sohle? — so wenden Sie sich an das einzige Spezialgeschäft: Berlin W. 19. **Fuss-Heil-Einlagen-Manufaktur**
Neue Winterfeldtstraße 45, nahe Winterfeldtplatz, und Hochbahn Nollendorfplatz.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10—2. 5—7. Sonntags 10—12. 2—4

Manoli

Cigarettes
Specialmarken

Abbas Dandy
Gibson Girl

Federbetten, spottbillige, Stand 11,00, 16,00, hochfeine 22,00. Zentralleihhaus Schöneberg, Hauptstraße 111. 11608*

Stoffe

Reste z. Anzug, Paletot Mtr. 3,— M. Laden für Pelerinen Mtr. 1.50, 2.50. Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudtenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.

Den „Vorwärts"-Lesern gewähre Rabatt.

Gardinen-

Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin, Oranienstr. 158

Abgepaßte Fenster, weiß und crême
p. Fenster 2³⁵, 3, 4–60 M.

Imit. Point-lace-Künstler-Gardinen, p. Fenster M.	6⁷⁵
Elegante Sezessions-Tüll-Stores . . . . . M.	1⁸⁵
Gestickte echte Spachtel-Stores . . . . . M.	7⁷⁵
Goldfarbige reichgestickte Band-Stores . . . M.	3⁸⁵
Tüllbettdecken, Größe 180/220 cm . . . M.	2⁵⁰
Reichgest. Erbstüll-Bettdecken . . . . . M.	6⁷⁵
Elegante Tüll-Bettrückwände . . . . . M.	6⁷⁵

Brise-Bise (Scheibenschleier) 25, 35, 40, 50 Pfennig.
Nach auswärts p. Nachnahme.

Spezial-Katalog
mit zirka 650 Abbildungen gratis und franko.

Sonntag
bis 6 Uhr abends geöffnet.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Dammbruch des Spreetunnels der Untergrundbahn.

Von einem schweren Bauunfall ist am gestrigen Mittwochmorgen gegen 4¼ Uhr die Untergrundbahnstrecke Leipziger Platz—Alexanderplatz betroffen worden. Infolge eines noch nicht aufgeklärten Unfalles brach um die genannte Zeit die Spundwand und der Schutzdamm des Untergrundbahntunnels, der sich unter der Spree von der Wallstraße nach der Stralauer Straße hinzieht, so daß die Fluten der Spree in die Baugrube eindrangen und den Tunnel unter der Stralauer Straße bis zur Parochialstraße vollständig unter Wasser setzten. Die Tunnelstrecke vom Spittelmarkt bis zum Leipziger Platz wurde ebenfalls von den hereinbrechenden Wassermengen in Höhe von 25 Zentimetern erfüllt, so daß der Verkehr unterbunden werden mußte. Ueber den Vorfall, dessen Ursachen noch völlig ungeklärt sind, gehen uns folgende Mitteilungen zu:

Der neue Tunnel der Untergrundbahn, der die Verbindung des Bahnhofs Spittelmarkt mit der projektierten Strecke Alexanderplatz—Schönhauser Allee bilden soll, zieht sich zwischen der Waisenbrücke und dem Mühlendamm ungefähr an der breitesten Stelle der Spree hin. Der Fluß hat an dieser Stelle eine Tiefe von etwa 2½ bis 3 Metern und die Decke des Tunnels liegt vier Meter unterhalb des Strombettes, so daß die Tunnelsohle etwa 8 Meter unter der Oberfläche sich entlanggzieht. Die Bauarbeiten an diesem Tunnel, die mit ungeheuren Schwierigkeiten verknüpft waren, sind bereits soweit gediehen, daß die Hälfte der Bahnstrecke unterhalb der Spree von der Wallstraße aus vollkommen fertiggestellt ist. Die zweite Hälfte des Schachtes sollte jetzt ausgeführt werden und es war deshalb vom Ufer an der Stralauer Straße aus eine 15 Meter breite Baugrube hergestellt worden. Man war dabei folgendermaßen verfahren: Durch Dampframmer wurden 20 Zentimeter starke und 40 Zentimeter breite Bohlen in einer Tiefe von ungefähr 15 Metern in den Fluß eingerammt. Um diese erste Spundwand zog sich ein Fangdamm, der eine Breite von 3 Metern besaß und mit Lehm ausgefüllt wurde. Hinter diesem Damm erhob sich dann nochmals eine starke Spundwand, so daß also eine dreifache Sicherung gegen die umgebenden Wassermassen vorhanden war. Nachdem also dieser Wall errichtet worden war, wurde das zwischen den Spundwänden befindliche Wasser durch drei Kreiselpumpen abgesaugt. Zwischen dem bereits fertiggestellten Tunnel und der neuen Baugrube zog sich ein etwa 50 Zentimeter starkes Dampfrohr, das zur Speisung der Pumpen und sonstigen Maschinenanlagen notwendig war. Dieses Rohr läuft ebenfalls unter dem Flußbett dahin. Vor wenigen Wochen hatte man mit der Ausschachtung der neuen Baugrube begonnen, da das Erdreich in einer Tiefe von etwa 6 Metern ausgehoben werden mußte, um die Fundamente für die Tunnelsohle zu schaffen. Es war deshalb ein Fahrdamm in der Grube errichtet worden und auf zwei Gleisen wurden die Erdmassen von durch Pferden gezogenen Kipplowrys nach der Stralauer Straße zu entfernt. Vor einiger Zeit war die Baugrube schon einmal vollkommen überschwemmt worden, als der Kanal, der die Abwässer der Kraftstation der Berliner Elektrizitätswerke aufnimmt, unter der Stralauer Straße brach. Damals konnte die Grube in drei Tagen leer gemacht und die Arbeiten wieder aufgenommen werden. Der Bau war jetzt bereits soweit gediehen, daß man in dem Flußbett in einer Länge von 8 Metern die Grundmauern aufgeführt hatte. Gestern morgen sollten bereits die ersten Betonierungsarbeiten beginnen. Der breite Damm, der in die Spree hineinragt und der einen ungeheuren Druck auszuhalten hat, weil die Strömung der Spree sich nach dieser Seite hinrichtet und täglich zahlreiche Dampfer dort verkehren, wurde ständig von Ingenieuren überwacht. Eine gestern abend stattgefundene Untersuchung ergab, daß die Abdichtung tadellos in Stand war und daß sich nirgends auch nur der geringste Durchlaß gebildet hatte.

Wie der Bruch geschah.

Die Nachtschicht, bestehend aus etwa 100 Arbeitern, hatte um 4 Uhr des Frühstücks wegen die Arbeit eingestellt und die Leute waren auf dem Förderdamm aus der Grube herausgekommen. Nur wenige Personen weilten noch in dem Tunnel. Gegen 4¾ Uhr hörten die Arbeiter plötzlich ein verdächtiges Geräusch, das von der Stirnwand des Staudammes herkam. Es war ein außerordentlich starkes zischendes Geräusch, so daß man zuerst annahm, das Dampfrohr sei geplatzt. Plötzlich sahen sie, daß ein starker Wasserstrahl in die Grube eindrang, der von Minute zu Minute stärker wurde. In wenigen Augenblicken waren die noch im Schacht weilenden Mannschaften von der Gefahr benachrichtigt und eilten unverzüglich hinauf. Kaum hatten sie den festen Boden erreicht, als die Stirnwand an der linken Seite, an der Verbindungsstelle mit der linken Hauptwand des Dammes sich nach vorn überneigte und zusammenstürzte. Das Wasser drang brausend in die Baugrube ein und füllte sie in wenigen Augenblicken vollständig aus. Die Katastrophe hätte für die Arbeiter, die in der Nähe des Alexanderplatzes beschäftigt sind, außerordentlich verhängnisvoll werden können, wenn man nicht vorsichtigerweise in der Nähe der Parochialstraße einen 3 Meter starken Schutzwall aus Erde hätte stehen lassen. Durch diesen wurden die Fluten aufgehalten und an weiterem Vordringen verhindert. Durch den Bruch der Stirnwand war jedoch auch das starke Dampfzuführungsrohr gebrochen und durch dieses drangen die Wassermassen nun unaufhaltsam in den schon fertigen Tunnel und von dort in die Bahnstrecke Spittelmarkt—Leipziger Platz ein und füllten die Strecke in einer Höhe von 25 bis 40 Zentimetern an. Es erfolgte dadurch Kurzschluß auf der ganzen Strecke und auf die von verschiedenen Stellen abgegebenen Alarmnachrichten eilten sofort vier Züge der Berliner Feuerwehr mit drei Dampfspritzen und einer Motorkreiselpumpe nach der Wallstraße, um dort unter persönlicher Leitung des Branddirektors Reichel, der ebenso wie die Ingenieure und Direktoren der Hochbahngesellschaft schon kurze Zeit nach der ersten Meldung an die Unfallstelle geeilt waren, die Auspumpung des Wassers aus der obengenannten Strecke vorzunehmen. Dies war jedoch vorläufig fast unmöglich und so wurde auf dem Bahnhof Spittelmarkt mittels Sand und Zementsäcken eine Mauer errichtet. Dann erst konnte man allmählich mit der Freilegung des Bahnkörpers beginnen.

An der Unfallstätte.

Die Stralauer und Wallstraße mit ihren Zufahrtsstraßen bildeten schon am frühen Morgen, nachdem die Katastrophe bekannt geworden war, das Ziel vieler Hunderter, die jedoch nicht bis zu dem Dammbruch gelangen konnten, da alle Zugänge durch Polizeimannschaften abgesperrt waren. Auf dem Bahnhof Spittelmarkt sah es wüst genug aus. Der eine Zugang war abgesperrt, vor dem zweiten hielten in langen Reihen die Arbeitswagen, die unaufhörlich Sand, Zement und Mauersteine heranschleppten. Etwa 150 Arbeiter liefen unaufhörlich mit schweren Lasten den Tunnel entlang, wo die zirka vier Meter dicke vom Boden bis zur Decke reichende Mauer errichtet werden soll. Die Ingenieure, die die Arbeiten beaufsichtigen und leiten, hoffen noch im Laufe dieses Tages den Schutzwall vollenden zu können, damit morgen früh der Betrieb bis zum Bahnhof Spittelmarkt keine Unterbrechung mehr erleidet.

Der Dammbruch.

Auf den ersten Blick kann man erkennen, daß durch diesen unvorhergesehenen Zufall das ganze bisher so mühsam geschaffene Werk auf das schwerste geschädigt, fast vernichtet worden ist. Die Ingenieure, welche den etwa drei Meter breiten Bruch besichtigten, erklärten, daß vorläufig eine genaue Ursache nicht zu ermitteln sei. Nach ihrer Ansicht seien beide Spundwände in tadelloser Weise hergestellt und versichert worden. Es besteht jedoch die Möglichkeit, daß die Bretter sich in einer Tiefe von vielleicht 10 Metern unter dem Wasserspiegel voneinander gelockert und so ein Eindringen des Wassers ermöglicht haben. Außerdem erscheint es jedoch nicht ausgeschlossen, daß sich unterhalb des Fangdammes und der Spundwände ein kleiner Quell gebildet hat, der in Verbindung mit dem Strombett stand und so die Schutzvorrichtung unterminierte. Sobald erst einmal das Wasser einen kleinen Durchlaß fand, wurde das übrige Erdreich hinweggespült und der Damm mußte dem ungeheuren Druck der an dieser Stelle ziemlich breiten Wasserrinne weichen. Mit welcher Gewalt die Fluten eingedrungen sind, kann man daraus sehen, daß die Eckpfeiler, bestehend aus vier je 25 Zentimeter im Durchmesser betragenden Baumstämmen, wie dünne Hölzer geknickt oder aus ihren Lagen herausgerissen worden sind. Die schweren eichenen Bohlen wurden mit großer Gewalt hinweggedrückt und trieben auf den schmutziggrauen Fluten der Baugrube dahin. Die Maschinenhäuser und namentlich die Pumpstationen, die an der Grube in der Stralauer Straße errichtet sind, stehen zum größten Teil unter Wasser, so daß sie vorläufig betriebsunfähig sind und die Aufstellung neuer Saugvorrichtungen notwendig ist. Baurat Hellbig, der am Vormittag die Bruchstelle besichtigte, konnte ebenfalls noch keine Erklärungen geben. Er betonte, daß bis jetzt nirgends ein Durchlaß vorhanden gewesen wäre und daß sogar das **Grundwasser ein Meter unter Sohle** abgepumpt worden sei.

Der Schaden

ist vorläufig noch gar nicht zu übersehen. Er dürfte jedoch eine hohe Summe erreichen, da die bisher schon fertige Strecke aufs höchste gefährdet worden ist und da es nach Ansicht der Ingenieure sehr zweifelhaft ist, ob der Dammbruch abgedichtet werden kann. Durch die Katastrophe dürften die Bauarbeiten sich um viele Monate verzögern. Besonders gefährdet sind die anliegenden Häuser, da die in der Baugrube befindlichen Fluten das sie umgebende Endreich sehr leicht unterspülen und wegwaschen können.

Eine weitere Mitteilung besagt:

Den Bemühungen der Bauleitung ist es am Mittwoch noch gelungen, eine Spundwand vor dem Untergrundbahnhof am Spittelmarkt, kurz vor der Grünstraße, im Innern der Untergrundbahn fertigzustellen. Dadurch wurde ein weiteres Steigen des Wassers im Tunnel der Untergrundbahn vom Spittelmarkt ab verhütet. Die Abdämmung war erst möglich, nachdem viele Fuhren Tonerde, Zementmischungen in Säcken usw. vor dem Bahnhof innerhalb des Tunnels versenkt worden waren. Gleichzeitig wurde dort gegenüber dem Spindlerschen Hof eine starke Dampfpumpe mit einer durchschnittlichen Förderung von über 3000 Litern in der Minute in Betrieb gesetzt. Diese verhinderte dann auch, daß noch mehr Wasser in die Untergrundbahnstrecke nach dem Spittelmarkt abfließen konnte. Nach einer ungefähren Schätzung sind annähernd 100 000 Kubikmeter Wasser in den Tunnel eingedrungen. Es dürfte also noch vieler Anstrengung bedürfen, um diese Wassermengen wieder herauszupumpen.

Das Bestreben der Feuerwehr bei den Arbeiten an der Ueberschwemmung der Untergrundbahn war von Beginn an darauf gerichtet, den Bahnhof unter dem Leipziger Platz zu schützen und eine Beschädigung der Schalt- und event. elektrischen Einrichtungen sowie ein weiteres Steigen des Wassers im Tunnel in der Wallstraße zu verhüten, wo es abends einen Stand von drei Meter erreicht hatte. Um dieses Ziel zu erreichen, ließ Branddirektor Reichel, der die Absicht gehabt hatte, gestern eine größere Versuchsfahrt zu unternehmen, von der höchsten Stelle der Untergrundbahn in der Voßstraße bei A. Wertheim einen Damm aus Zement, Ton, Lehm und Sand errichten, nachdem zuvor der sogenannte Schotter mit einigen Schwellen, um eine Spülung zu vermeiden, entfernt worden war. Dieser Damm verhütete denn auch eine Ueberflutung des Leipziger Platzes. Das Wasser konnte dahin nicht abfließen, sondern staute sich im Tunnel. Sodann wurde eine zweiter Damm vor dem ersten, aber noch höher und stärker, aufgeführt, um den Druck auf den ersten zu vermindern. Diese Maßnahmen erwiesen sich als praktisch, denn obgleich der Zufluß größer wurde, blieb der Bahnhof am Leipziger Platz verschont, so daß der Betrieb von dort aufrechterhalten werden konnte. Hand in Hand mit diesen Arbeiten ging das Bemühen, die Spundwände in der Wallstraße zu verstärken und eine Spundwand unmittelbar an der Inselstraße in der dortigen Baugrube herzustellen. Diese muß besonders stark sein, um den Druck von der Spree aushalten zu können, der natürlich ganz enorm ist. Damit die Gefahr nicht vergrößert wird, darf das Wasser im Tunnel nicht vollständig ausgepumpt werden. Der Druck steigert sich nämlich mit der Abnahme des Wassers. Aus diesem Grunde will man nur ein weiteres Steigen des Wassers verhüten, bis die Spundwände genügend stark und gedichtet sind. Die Feuerwehr, die gestern mit fünf Pumpen über 100 000 Liter Wasser aus dem Tunnel gepumpt hat, wurde abends zurückgezogen. Sie hatte ihr Ziel erreicht und überließ nun der Gesellschaft für den Bau von Hoch- und Untergrundbahnen die weiteren Arbeiten. Diese Gesellschaft, die unter der Leitung der Firma Siemens u. Halske steht und für die Hoch- und Untergrundbahn die Arbeiten ausführt, hatte inzwischen eine Kreiselpumpe mit elektrischem Betrieb installiert, die 15 000 Liter in der Minute fördert, also mehr wie die fünf Pumpen der Feuerwehr. An die vollständige Entfernung des eingedrungenen Wassers oberhalb der Wallstraße kann natürlich erst dann gedacht werden, wenn die Spundwand an der Spree, bei der Inselstraße und Neu-Cölln am Wasser so fest ist, daß sie den starken einseitigen Druck von der Spree sicher aushält. Heute sollen die Spundwände unter der Wallstraße, an denen die ganze Nacht gearbeitet wurde, noch weiter verstärkt werden. Erst dann können event. noch mehrere solcher Kreiselpumpen in Betrieb genommen werden. Das vollständige Auspumpen ist dann ein Kinderspiel und bald gemacht. Mit den Arbeiten an und in der eigentlichen Baugrube in der Spree ist noch nicht begonnen. Heute soll zunächst die eingedrückte Spundwand mitten in der Spree wieder hergestellt und dann verstärkt werden. Sobald dies geschehen, kann mit dem Auspumpen der Baugrube begonnen werden. Eine Gefahr für die Baulichkeiten bestand gestern abend nicht. Hoffentlich halten die seitlichen Spundwände und dann wird der Schaden jedenfalls nicht so bedeutend sein, wie man erst anzunehmen berechtigt war. Im Laufe dieser Woche kann der Schaden beseitigt sein.

Die Hochbahngesellschaft schreibt uns:

Die Maßregeln, welche nach dem Unfall zu treffen waren, mußten sich zunächst auf die Sicherung des Betriebes erstrecken. Es ist durch Herstellung eines Dammes zwischen dem Bahnhof Kaiserhof und Leipziger Platz mit Sicherheit erreicht worden, daß der Betrieb vom Westen zum Leipziger Platz von dem Unfall in keiner Weise berührt wird, so daß nur die vier Stationen Kaiserhof, Friedrichstraße, Hausvogteiplatz und Spittelmarkt vorübergehend außer Betrieb sind. Ein zweiter Damm ist im Laufe des Abends am Spittelmarkt fertig geworden und es wird nun die zwischen beiden Dämmen befindliche Bahnstrecke wieder leergepumpt werden. Die Neubaustelle an der Spree wird an der Inselstraße von der im Betrieb befindlichen Strecke durch einen starken Erddamm abgeschlossen, dessen Fertigstellung im Laufe des morgigen Donnerstags erfolgen wird.

Ueber die Ursache des Unfalls sind die technischen Untersuchungen noch nicht abgeschlossen; es handelt sich aber wahrscheinlich um nicht vorauszusehende Vorgänge bei der Wasserströmung, die eine Unterspülungsstelle unter den Fangedämmen der Neubaugrube geschaffen haben. Erst nach Feststellung dieser Verhältnisse läßt sich Bestimmtes über die Beseitigung des Schadens auf der Neubaustrecke und die Wiederaufnahme der dortigen Arbeiten entscheiden.

Jedenfalls ist aber der Ansicht entgegenzutreten, daß es sich hier um einen Schaden von mehreren Millionen Mark handelt, wie verschiedentlich irrtümlich angegeben worden ist. Nach Ansicht der Sachverständigen wird es sich um einen Aufwand von einigen Hunderttausend Mark handeln, also um einen Betrag, wie er bei solchen schwierigen Arbeiten für unvorhergesehene Zwischenfälle in den Kostenanschlägen aufgenommen wird. Zur Beurteilung dieser Kostenfrage möge die Angabe dienen, daß die Kosten der Konstruktion des ganzen Spreetunnels von Ufer zu Ufer bei regulärer Ausführung die Summe von einer Million Mark nur um weniges überschreiten.

Partei-Angelegenheiten.

Steglitz-Friedenau. Am Freitag, den 29. März, findet bei Schellhase, Steglitz, Ahornstr. 15a, der letzte Vortragsabend des Genossen E. Däumig über Deutsche Literaturgeschichte statt. Um pünktliches Erscheinen ersucht Der Bildungsausschuß.

Ober-Schöneweide. Sonntag, den 31. März, veranstaltet der Wahlverein in Mörners Blumengarten eine kinematographische Vorstellung. Dem Verein ist es gelungen, das Berliner Union-Lichtspieltheater zu einem einmaligen Gastspiel zu gewinnen. Die Genossen wollen, da nur gutes geboten wird, rege für den Besuch der Vorstellung agitieren.

Schenkendorf bei Königs-Wusterhausen. Am Sonnabend, den 30. März, abends 8 Uhr: Wahlvereinsversammlung bei Otto Paetsch. Es ist eine wichtige Tagesordnung zu erledigen. Nur Mitglieder haben Zutritt.

Zossen. Am Freitag, abends 8 Uhr, im Lokal von P. Kurzner: Oeffentliche Versammlung mit dem Thema: „Der Krieg ist ein Hohn auf Gott, auf das Christentum, auf die Menschlichkeit!" Referent: Gen. Emil Unger. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Jugend und Presse.

In einer Zeit, in der, angefeuert durch das allerdings auf wesentlich anderer Grundlage aufgebaute Beispiel der Arbeiterschaft, ein wahres Wettrennen der übrigen Parteien um die Jugendpflege entfesselt ist, darf man sich kaum wundern über Versuche, der Jugend das Zeitunglesen zu verekeln oder direkt zu untersagen. Das ist in neuer Form der Schrittmacherweg zu den lieblichen Zuständen um die Mitte des vorigen Jahrhunderts, als es noch erlaubt und üblich war, jedem Lehrling die Zigarre aus dem Munde zu schlagen. Ungeniert wird schon in öffentlichen Versammlungen die Frage erörtert, ob die Jugend noch fernerhin Zeitungen lesen darf. Das verdient deshalb einige Beachtung, weil zu diesen Versammlungen auch einflußreiche Schulmänner eingeladen werden und erscheinen. Man kann sich lebhaft denken, wohin der Hieb der Streber, die sich mit dieser Idee wieder mal einen Namen machen wollen, zielt. Des Pudels Kern ist, von der Jugend die oppositionelle Zeitungslektüre, hauptsächlich also das sozialdemokratische „Gift", fernzuhalten. Den öden Bockmist reaktionärer Blätter, deren Spalten neben chronischen Byzantinerfanfaren auf die Erhaltung der Dummheit zugeschnitten sind, sollen die angehenden Männer ruhig lesen. An Versuchen, sozialdemokratische Zeitungen fernzuhalten, sogar von Erwachsenen, die unter irgendeinem Zwange stehen, beispielsweise in Krankenhäusern, Heimstätten und dergleichen Anstalten, hat es ja seit Jahrzehnten nicht gefehlt. Das war vergebene Liebesmüh'. Der Interessent verschafft sich doch, was er lesen will. So wird auch ein Zeitungsverbot für die Jugend nur die Folge haben, daß verbotene Früchte doppelt reizen. Wie denken sich denn eigentlich die patriotischen Fanatiker dieses Verbot? Glaubt man wirklich, Proletarierkinder damit noch ummodeln und in „nationale" Bahnen lenken zu können? Das Kind des Volkes saugt die Lehre vom Kampfe gegen Menschenentrechtung schon mit der Muttermilch ein. Die tausend Nöte, die es in der Proletarierwohnung von frühester Jugend an sieht und mitdurchmachen muß, geben Hunderttausenden solcher Kinder eine soziale Frühreife, deren veranlassende Eindrücke sich nimmermehr verwischen. Dagegen ist kein nationales Kräutlein gewachsen, kein Siegerkranz. Singsang und Hurraschreien auf schulmeisterliches Kommando. Der Stachel der Jugendnot, des Hungers und des Elends bleibt tief sitzen, gibt dem Arbeiterkinde die folgerichtige Entwickelung. Kann der Kommerzienratssohn, der in Wohlleben aufgewachsen ist, aus seiner Haut nicht heraus, so soll man das vom Proletarierfröhling auch nicht erwarten. Das beabsichtigte Verbot, gewisse Zeitungen — denn auf eine ganz bestimmte Beschränkung kommt es den übergeschnappten Patrioten an — zu lesen, würde sich also praktisch immer nur so lange anwenden lassen, als ein schulentlassener Jüngling noch unter einem vorübergehenden erzieherischen oder sonstigen Zwange steht. Solche Fälle, in denen einzelne auf Belobigung spekulierende Lehrer die Politik schon direkt in die Schule getragen und vor gewissen Zeitungen gewarnt oder die politische Gesinnung der Eltern beschimpft haben, mußten wir ja wiederholt festnageln. Ein weiteres Ausbreiten dieser Beeinflussung der Jugend wird die Unkosten, in die sich die

nationalen Speichellecker stürzen, nicht einbringen, und kann die Arbeiterschaft sowie die Arbeiterpresse nur bestärken, in ihrer Art der Jugendpflege noch tatkräftiger als bisher vorzugehen.

Aus der Heimstättenverwaltung. Unter dem Vorsitz des Geheimrats Marggraff fand eine Sitzung des Kuratoriums der städtischen Heimstätten statt, in der an Stelle des verstorbenen Professors Bernhard Fränkel der leitende Arzt der Tuberkulinstation in Lichtenberg, Professor Artur Kaiserling, als Bürgerdeputierter in sein Amt eingeführt wurde. In der Sitzung wurde besonders die Frage erörtert, ob eine dreiwöchige Kur der Schulkinder in der Heimstätte Heinersdorf in den meisten Fällen genügt. Es wurde beschlossen, daß nach einem Aufenthalt von zunächst 3 Wochen von den Aerzten festgestellt werden soll, ob die Kur noch 6—8 Wochen verlängert werden soll, um eine wesentliche Besserung für die Kinder zu sichern.

Nach einer Denkschrift betreffend die Einrichtung elektrischer Zugförderung auf den Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen, die dem Abgeordnetenhause zugegangen ist, werden sich die Kosten für die Elektrisierung auf insgesamt 123 350 000 M. belaufen, als erste Rate werden durch das Eisenbahnanleihegesetz 50 Millionen Mark gefordert, und zwar für die Fahrleitung, Aenderung der Bahnsteiganlagen, Herstellung von Abstellgleisen, Werkstätten, Schwachstromleitungen. Der Rest von 73 350 000 M. soll zur Beschaffung von neuen Fahrzeugen dienen. Erforderlich ist die Beschaffung von 557 elektrischen Lokomotiven, 690 Personenwagen und 29 Untersuchungswagen. Zur anderweitigen Verwendung werden 578 Dampflokomotiven frei. Für den Umbau der Stadtbahn sind 4½ Jahre in Aussicht genommen. Die Züge werden auf der Stadt- und Ringbahn aus 13 dreiachsigen Personenwagen bestehen, auf den Vorortstrecken aus 12 solcher Wagen und einem Gepäckwagen. Sie haben an jedem Ende eine elektrische Lokomotive. In den Stunden des schwächeren Verkehrs werden die Züge geteilt und ohne Verlängerung der Fahrzeit mit nur einer Lokomotive gefahren werden. Der auf der Strecke Berlin Potsdamer Bahnhof—Groß-Lichterfelde-Ost seit einer Reihe von Jahren bestehende Triebwagendienst mit Gleichstrombetrieb soll beibehalten werden. Die vorhandenen Personenwagen sollen weiter benutzt werden. Die Türen der Personenwagen werden Türschlösser mit selbsttätigem Doppelverschluß erhalten. Es wird beabsichtigt, die elektrische Arbeit aus zwei Kraftwerken zu beziehen, das eine wird bei Bitterfeld, das andere bei Berlin liegen. Später sollen auch die Fernzüge durch elektrische Lokomotiven über die Stadtbahn befördert werden. Die Tarife auf der Berliner Stadtbahn und den Vorortbahnen werden nach der Elektrisierung eine Erhöhung erfahren.

Ein Polizeibezirksamt Berlin-Mitte wird zum 1. Mai d. J. eingerichtet. Mit der Leitung ist bis auf weiteres der Regierungsrat Dr. Lindenau beauftragt. Das Bezirksamt erhält seine Diensträume in alten Polizeigebäude am Molkenmarkt 1. Die örtliche Zuständigkeit umfaßt die Polizeihauptmannschaften I und II sowie das 18. Polizeirevier, also die sogenannte City von Berlin. Dem Bezirksamt werden vorläufig zugeteilt ein Bureauvorsteher, 11 Sekretäre, 4 Kriminalkommissare, 4 Kriminalwachtmeister und 14 Kriminalschutzmänner nebst dem erforderlichen Kanzlei- und Unterpersonal. Im Dienstbereiche des Polizeibezirksamtes bleiben die Polizeireviere als Exekutivdienststellen tätig. Jedoch werden die Reviere 26, 29 und 55 sowie 13, 14 und 15 zu je einem Großrevier zusammengelegt, bei dem die gesamten Verwaltungsgeschäfte für diese drei Reviere einschließlich des Meldewesens geführt werden. Die ganze Einrichtung bezweckt, im praktischen Versuche festzustellen, wie weit eine Entlastung des Polizeipräsidiums von der großen Menge der täglichen ordnispolizeilichen Geschäfte möglich ist, um den im Hauptdienstgebäude am Alexanderplatz vereinigten Dienststellen Zeit und Raum zu schaffen für die wichtigeren und einheitlicher Behandlung bedürftigen Angelegenheiten. Zugleich wird den Beamten in dem selbständigen abgezweigten Bezirksamte Gelegenheit geboten zu engerer persönlicher Fühlung mit dem Publikum und den örtlichen Verhältnissen. Die dem Bezirksamt zur Erledigung überwiesenen Geschäftszweige werden im einzelnen noch bekannt gegeben werden. Von dem Ergebnisse des Versuches wird es abhängen, wie weit auf dem damit betretenen Wege der polizeilichen Dezentralisierung fortgeschritten werden und damit eine stärkere Zentralisierung einzelner geeigneter Dienstzweige verbunden werden kann.

Ein tödlicher Straßenunfall ereignete sich gestern nachmittag in der Eldenaer Straße. Dort wurde gegen 2 Uhr der 7 Jahre alte Schüler Willi Maaß aus der Mirbachstraße von einem Kohlenwagen überfahren. Ehe der Kutscher des Wagens diesen zum Stehen bringen konnte, waren die Räder über den Knaben hinweggegangen und hatten ihn auf der Stelle getötet. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Ein Raubanfall auf der Südringbahn, der der Ueberfallenen und Beraubten leicht das Leben hätte kosten können, beschäftigt die Kriminalbehörden von Groß-Berlin. Er erinnert an frühere Ueberfälle, über die wir zu ihrer Zeit berichteten, weicht aber insofern von ihnen ab, als der Räuber jetzt sein Opfer auch noch aus dem Zuge hinauswarf. Die 18 Jahre alte Kontoristin Frida Bürger aus der Sedanstraße 40 zu Schöneberg, die in Berlin in der Heiligegeiststraße beschäftigt ist, fährt jeden Abend mit der Straßenbahn nach dem Potsdamer Bahnhof und von dort mit der Ringbahn nach dem Bahnhof Schöneberg. Als sie Dienstag abend um 9¾ Uhr ein Abteil III. Klasse, das vorletzte des Zuges, bestieg, saß darin nur ein einziger Fahrgast, seinem Aeußeren nach ein Arbeiter. Keiner kümmerte sich um den anderen, bis vor dem Bahnhof Groß-Görschenstraße der Wannseebahn, an dem der Zug vorbeiführt, der Mann plötzlich aufsprang, der Kontoristin nach der Handtasche griff, und sie zu entreißen versuchte. Nachdem ihm das trotz ihrer heftigen Wehr gelungen war, packte der Räuber sein Opfer sofort, um es durch das offene Fenster aus dem Abteil hinauszuwerfen. Das gelang ihm aber nicht, weil das Mädchen sich verzweifelt wehrte und sich festhielt. Jetzt öffnete der Räuber die Abteiltür, um durch diese die Beraubte hinauszustoßen. Sie hielt sich auch jetzt noch eine Zeitlang fest, bis ihre Kräfte erschöpft waren. Dann fiel sie unter dem Druck der Stöße des Räubers auf die Nebengleise. Fahrgäste der Wannseebahn, die auf dem Bahnsteig der Haltestelle Groß-Görschenstraße standen, sahen den grausigen Vorgang, während der Zug an ihnen vorüberfuhr, konnten aber nicht helfen. Bahnarbeiter liefen gleich hinzu und fanden die Beraubte bei Bewußtsein, aber ganz erschöpft daliegen. Es ergab sich, daß sie zum Glück unverletzt geblieben war. Bevor die Ueberfallene, die gleich nach Hause gebracht wurde, noch schildern konnte, was vorgefallen war, war der Räuber längst verschwunden. Das Mädchen schildert ihn als einen Mann von etwa 24 bis 25 Jahren. Er ist etwa 1,80 Meter, also über mittelgroß und kräftig, hat dunkles Haar und kurzen, englisch geschnittenen Schnurrbart und trug einen dunklen Arbeitsanzug und einen Stehkragen. Seiner Kopfbedeckung erinnert sich die Beraubte nicht mehr. Das Mädchen hat gestern morgen einen Arzt aufsuchen müssen. Es hat blaue Flecken am Rücken und klagt über Rückenschmerzen. Die geraubte Tasche ist aus schwarzem Leder gefertigt und enthielt 4 bis 5 M. Kleingeld, Schlüssel, ein Taschentuch und die Eisenbahnfahrkarte der Beraubten. Der Räuber ist noch nicht ermittelt. Dagegen ist die Tasche wieder zum Vorschein gekommen. Sie lag leer in dem Abteil, das später ein anderer Fahrgast bestieg. Dieser lieferte sie ab, ohne daß er von dem Vorfall Kenntnis hatte. Alle Zeugen, die irgend etwas zu der Sache mitteilen können, werden gebeten, sich schleunigst bei der Schöneberger Kriminalpolizei zu melden. Ein Zeuge hat bereits bekundet, daß er Hilferufe gehört habe. Die Ueberfallene selbst weiß nicht mehr, ob sie um Hilfe gerufen hat oder nicht. Das ist nach den Vorgängen wohl erklärlich. Der Kampf zwischen der Beraubten und dem Räuber muß sehr heftig gewesen sein, denn der Arzt hat nicht nur blutunterlaufene Stellen am Rücken, sondern auch noch Kratzwunden am Gesicht und vor allem auch Würgemale am Halse gefunden. Trotz alledem ist das Allgemeinbefinden des Mädchens heute gut.

Tausend Mark Belohnung. Anläßlich des gestern auf dem Südring ausgeführten Ueberfalles hat die Königliche Eisenbahndirektion Berlin auf die Ergreifung des Täters eine Belohnung von tausend Mark ausgesetzt. Im weiteren hat sie die bisher schon bestehende Zugüberwachung von heute ab noch weiter verstärkt.

Seiner Frau in den Tod gefolgt ist wenige Stunden nach ihrem Ableben der 64 Jahre alte frühere Bauarbeiter August Rebhan aus der Novalisstraße 7, ein Veteran des Feldzuges von 1870/71. Rebhan, der mit seiner vier Jahre älteren Frau Auguste, geb. Zimmermann, seit 38 Jahren kinderlos, aber glücklich verheiratet war, erhielt seit 10 Jahren Invalidenrente und außerdem einen Ehrensold. Seine Frau betrieb eine kleine Plätterei. Die Leute konnten sorgenfrei leben und fühlten sich ganz glücklich, bis die Frau am Magenkrebs erkrankte. Seit 7 Wochen lag sie im Hedwigskrankenhause. Rebhan besuchte sie dort Tag für Tag. Gestern vormittag um 11 Uhr erhielt er die Nachricht, daß seine Lebensgefährtin um 6 Uhr morgens gestorben war. Man bat ihn, nach dem Krankenhause zu kommen. Statt dessen aber griff er zum Strick, um sich im Tode mit der Abgeschiedenen wieder zu vereinigen. Weil er nichts von sich hören ließ, schickte die Krankenhausverwaltung zu seiner Nichte, und als diese nun um 6 Uhr nachmittags nach dem Rechten sehen wollte, fand man die Wohnung verschlossen und den Veteran tot an der Türklinke hängen.

Bilderdiebstahl im Märkischen Museum. Wahrscheinlich von einem gewerbsmäßigen Museumsdieb oder von einem Besucher gestohlen worden ist aus dem Zimmer 33, dem sogenannten Berliner Zimmer, des Märkischen Museums eine Handzeichnung des Malers Papien, die das Brustbild des Ofenfabrikanten Feilner darstellt. Bereits am Montag wurde das Fehlen des Bildes gemerkt und Nachforschungen nach seinem Verbleib angestellt. Man nahm an, daß es mit Genehmigung der Verwaltung verliehen worden sei, dies bestätigte sich aber nicht. Als man jetzt die Stelle, an der das Bild vorher hing, genauer untersuchte, stellte man fest, daß es gewaltsam mit dem Pappkarton, mit dem es an der Wand angeschraubt war, heruntergerissen worden ist. Ob es nun von einem gewerbsmäßigen Museumsdieb gestohlen worden ist oder ob es sich ein Besucher aus Sammelwut angeeignet hat, weiß man natürlich nicht. Jedenfalls sind Antiquitäten- und Altwarenhändler vor seinem Ankauf gewarnt worden. Es ist 17×22 Zentimeter groß.

Ein Gewitter zog gestern nachmittag über Berlin herauf, das von einem heftigen Regenguß begleitet war.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln. (Rixdorf)

Stadtverordnetenversammlung. (Fortsetzung der Etatsberatung.) Das Kapitel Armen- und Waisenpflege, Fürsorgeerziehung wird in Einnahme mit 188 000 M. und Ausgabe mit 761 600 M. festgestellt; es erfordert einen Zuschuß von 573 600 M. Stadtv. Heller (Soz.) rügt die rücksichtslose Praxis, welche die Verwaltung bei Einziehung von Erstattungen übt. Der jungen Tochter eines Armen-Unterstützungsempfängers sei z. B. sofort ein höherer erstattungspflichtiger Betrag auferlegt worden, als dieser durch einen neuen Tarifabschluß in ihrem Gewerbe ein kleiner Lohnaufschlag zufiel. Angesichts der verteuerten Existenzbedingungen, welche doch durch solche Tarifverbesserungen etwas erleichtert werden sollen, müsse das Vorgehen der Verwaltung als unsozial bezeichnet werden. Stadtrat Dr. Mann sagt Nachprüfung der Sache zu. Stadtv. Scholz (Soz.) befürwortet die Anlegung eines besonderen Fonds, um daraus die Unterstützung Unbemittelter im Falle von Krankenhausbehandlung zu bewirken. Jetzt trete hier die Armenverwaltung ein, so daß selbst denjenigen, welche die Krankenhauskosten in Raten abzahlen, ihr Wahlrecht genommen wird. Dieses krasse Unrecht müsse beseitigt werden. Stadtrat Mier meint, daß der Verlust des Wahlrechts nur bei Verzögerung der Ratenzahlungen eintrete; die Armendeputation prüfe im übrigen jetzt die Frage und werde später über das Resultat Bericht erstatten.

Beim Kapitel Krankenpflege wird auf Vorschlag des Magistrats eine Vermehrung des Personals im neuen Krankenhause in Buckow beschlossen. Der Gesamtausgabe von 691 500 Mark steht eine Einnahme von nur 389 300 M. gegenüber, so daß ein Zuschuß von 302 200 M. zu leisten ist.

Für das Kapitel Oeffentliche Straßen usw., das deren Unterhaltung, Reinigung, Besprengung, Beleuchtung, Ausschmückung mit gärtnerischen Anlagen umfaßt, ist ein Aufwand von 985 000 Mark nötig, dem 182 900 M. an Einnahmen gegenüberstehen; der Zuschuß beziffert sich demnach auf 802 100 M.

Die Kapital- und Schuldenverwaltung fordert einen Zuschuß von 1 900 900 M. und balanciert mit 3 965 000 M.

Im Haupt-Extraordinarium sind größere Summen für Neupflasterungen vorgesehen, so 101 000 M. für die Pannierstraße, 21 500 M. für die Emserstraße, 150 000 M. für die Hermannstraße, 250 000 M. für die Kaiser-Friedrichstraße; in den beiden letzteren Fällen kommt Asphaltierung in Betracht. Zur Herstellung des Körnerparks sind 283 500 M. eingestellt. Auch der Richardplatz soll endlich weiter ausgestaltet werden, indem die auf demselben am hinteren Teile stehenden Häuser einem Spielplatz weichen sollen. Namens der Anlieger vom Richardplatz klagte der selbst als solcher in Betracht kommende Stadtv. Wanglik darüber, daß die dortigen Alteingesessenen stets und immer von der Stadtgemeinde stiefmütterlich behandelt würden; jetzt wolle man ihnen nun noch einen Spielplatz vor ihre Grundstücke legen. Die Stadtvv. Heller (Soz.) und Wutzky (Soz.) setzten diesem über die Maßen „notleidenden Alteingesessenen" aber auseinander, wie wenig gerade er und seinesgleichen Anlaß zur Beschwerde haben, deren Vorfahren ihre Ländereien für ein Butterbrot einst erstanden und später dafür erkleckliche Verkaufspreise einheimsten. Trotzdem haben sich diese lieben Mitbürger — so stellte noch Stadtrat Dr. Glücksmann fest — dem billigen Ersuchen des Magistrats um Beiträge für die Regulierung des Platzes gegenüber völlig zugeknöpft verhalten. — Beim Titel Bade- und Schwimmanstalt rügt Stadtv. Wutzky (Soz.) die unglaubliche Verschleppung des Bauprojekts. Die 5. Baurate sei jetzt bereits im Etat enthalten und noch immer sein Anfang gemacht. Der Volkswitz habe sich dieser Tragikomödie bereits bemächtigt; erzählt man sich doch lächelnd, daß das schon lange mit Bauzaun umfriedigte und ausgeschachtete Grundstück wieder zum Verkauf stände und der Magistrat einen Fuhrunternehmer bereits suche, der die Baugrube wieder auffüllt. (Heiterkeit.) Dem Schlendrian müsse doch ein Ende gemacht und mit dem Bau endlich begonnen werden. Stadtbaurat Kiehl versichert, daß neue Umprojektierungen notwendig gewesen und auch schon mündlich genehmigt seien; es würde in Kürze gebaut werden. (Zurufe und Heiterkeit.) — Der Abschluß des Haupt-Extraordinariums beziffert sich auf rund 4 888 500 M.

Der Etat der Schulverwaltung enthält im Titel Gemeindeschulen für die Erhöhung des Diensteinkommens der Lehrpersonen eine Summe von 50 000 M. Die zahnärztliche Behandlung bedürftiger Schulkinder soll neu eingeführt werden; es sind dafür vom Magistrat 2400 M. eingesetzt worden, welcher Betrag aber auf Antrag unserer Genossen bereits im Rechnungsausschuß auf 3600 M. erhöht wurde. Für Bereitstellung von Schulräumen zur Anfertigung häuslicher Arbeiten durch ärmere Kinder in den Wintermonaten und zu deren Beaufsichtigung sind 1500 M. vorgesehen. Die vom Magistrat beabsichtigte Herabsetzung des Postens für die Gewährung von Brausebädern in den Schulen von 8000 auf 1200 M., konnte schon im Ausschuß von den sozialdemokratischen Mitgliedern verhindert werden. Da behauptet wurde, daß sich die Schulbrausebäder merkwürdigerweise bei Kindern und Eltern keiner Beliebtheit erfreuen, sollen die vorhandenen Bäder an den Nachmittagen den Kindern der Schulen, welche eine solche Einrichtung nicht haben, zugängig gemacht werden. Die Gesamtausgaben für die Gemeindeschulen betragen 2 274 500 M., gegen das Vorjahr 175 800 M. mehr. — Zu den Etats der höheren Lehranstalten hatte der Magistrat beantragt, die Pflichtstunden der Vorschullehrer vom 21. Dienstjahre ab von wöchentlich 28 auf 26 Stunden zu ermäßigen. Der Ausschuß lehnte das ab. Bürgermeister Dr. Weinreich nahm den Magistratsantrag wieder auf und befürwortete ihn, indem er die Vorschullehrer als stark überlastet bezeichnete, was aus dem mangelnden Gesundheitszustand derselben und den dadurch entstehenden vielen Vertretungen hervorgehe. Stadtv. Conrad (Soz.) bestritt eine Mehrbelastung der Vorschullehrer gegenüber den Volksschullehrern, welche letztere noch zwei Pflichtstunden mehr, 30 nämlich, erteilen müßten, die ihnen erst im 25. Dienstjahre auf 28 ermäßigt würden. Stadtv. Winter beantragte, den Magistratsvorschlag dahin abzuändern, daß nicht vom 21., sondern vom 25. Dienstjahre ab die Ermäßigung auf 26 Stunden eintritt. Die Stadtvv. Dr. Maaß und Kaye traten ebenfalls für die Herabsetzung ein. Der Antrag Winter wurde schließlich angenommen. — Die Gesamtausgaben der höheren Schulen stellen sich wie folgt: Kaiser-Friedrich-Realgymnasium und Vorschule 217 900 M.; Albrecht-Dürer-Oberrealschule 148 400 M.; Realschule i. E. 111 900 M.; Höhere Mädchenschule und Lehrerinnen-Seminar 127 800 M.; 1. Mädchen-Mittelschule 97 600 M.; 2. Mädchen-Mittelschule (vom 1. Oktober 1912 ab zu errichten) 4000 Mark; Knaben-Mittelschule (vom 1. April 1912 ab zu errichten) 13 000 M.; Evangelische Präparandenanstalt 16 600 M. — Insgesamt schließt die Schulverwaltung mit einem Betrage von 3 030 900 Mark ab.

Der Wahlverein hielt am Dienstag in Hoppes Festsälen seine Generalversammlung ab. Den Geschäftsbericht für das Halbjahr Juli-Dezember gab Genosse Scholz. Ihre Haupttätigkeit hatten der Vorstand und die Funktionäre den Reichstagswahlen zugewendet. Das gute Resultat derselben habe wohl niemand vorausgeahnt. Es habe sogar Stimmen von gut unterrichteten Genossen gegeben, die im Kreise Teltow-Beeskow mit einer Stichwahl rechneten. Um so erfreulicher sei der Erfolg gewesen, der besonders für Neukölln zu buchen war. Von 65 401 eingeschriebenen Wählern haben 57 361 = 88,6 Proz. ihr Wahlrecht ausgeübt, eine Wahlbeteiligung, wie sie vordem nicht zu verzeichnen war. Von den Wählern haben 88,6 Proz. ihre Stimmen der Sozialdemokratie gegeben. Trotz der veränderten Struktur, die Neukölln in den letzten Jahren durch den Zuzug besser situierter Leute erfahren habe, konnte eine Steigerung der sozialdemokratischen Stimmen von 29 339 im Jahre 1907 auf 47 997 bei der diesjährigen Wahl, also um rund 18 000 Stimmen konstatiert werden. Die Gegner zusammen haben nur eine Zunahme von 7000 Stimmen aufweisen können, darunter befinden sich aber noch die auf den Demokraten gefallenen 1845 Stimmen, die 1907 zum Teil wohl noch mangels eines eigenen Kandidaten für die Sozialdemokratie abgegeben worden waren. Die Erfolge der Organisation haben den gehegten Erwartungen aber nicht entsprochen. Es sind im ganzen bis jetzt nur 700 männliche Mitglieder hinzugekommen. Das Verhältnis der Mitglieder zu den abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen ist in Neukölln ein besonders krasses. Nur 25 Proz. sozialdemokratischer Reichstagswähler gehören dem Wahlverein an. Das muß für Funktionäre und Mitglieder ein Ansporn sein, fleißiger in der Agitation für den Wahlverein zu sein. Während der Reichstagswahlen habe noch die Gefahr nahegelegen, daß die Organisation sich auch mit den Stadtverordnetenwahlen beschäftigen mußte; glücklicherweise trat dies aber nicht ein. Der Erfolg, der mit dem Einspruch gegen die gesetzwidrige Aufstellung der Wählerlisten errungen worden ist, zeige sich jetzt schon darin, daß die Zahl der Wähler der zweiten Abteilung von 2400 auf 9000 gestiegen ist. Diese Tatsache sei den Bürgerlichen schon schwer auf die Nerven gefallen. Es mußte dann noch die Frage erwogen werden, ob mit den Demokraten wieder ein Bündnis geschlossen werden solle. Diesmal wäre ein Zusammengehen eine Torheit, denn bei 9000 Wählern könne erst jede Partei einmal zeigen, ob sie auch Soldaten hinter den Offizieren zu stehen habe. — Ueber die Mitgliederbewegung seien folgende Zahlen hervorgehoben: Am 1. Juli 1911 waren 14 340, am 31. Dezember 1911 14 755 Mitglieder; im neuen Kalenderjahr ist die Zahl der Mitglieder bis jetzt auf 15 687 gestiegen. Der Redner wies dann noch auf die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen hin, die am 14. April für die dritte, am 16. April für die zweite und am 19. April für die erste Abteilung stattfinden. Jeder einzelne müsse dabei seine Schuldigkeit im vollsten Maße tun, denn wenn sich die Gegner jetzt auch noch in den Haaren lägen, so würden sich dieselben bei der Wahl doch gemeinsam gegen unsere Partei wenden.

Den Kassenbericht gab Huber. Vom 1. Juli bis 31. Dezember 1912 wurden vereinnahmt 28 754,27 M., verausgabt 28 224,05 M. Es verblieb also ein Kassenbestand von 530,22 M. Außerdem wurden für die Kreiskasse vereinnahmt: für Broschüren 1027,80 M. und durch Tellersammlung 1177,40 M.

Den Bericht der Bibliothekskommission gab Wallmann. In den 5 Monaten August bis Dezember wurden zusammen 6444 Bücher ausgeliehen, und zwar an 1240 Leser. Der Bücherbestand wurde von 2298 auf 2584 erhöht. Auf eine Anfrage wurde mitgeteilt, daß die in Aussicht gestellten Kataloge wegen Geldmangels noch nicht angeschafft werden konnten.

In der Diskussion erhob Gen. Hermann gegen die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion den Vorwurf, nicht im Interesse der ärmeren Bevölkerung gehandelt zu haben, indem sie für die Erhöhung der Gemeindeeinkommensteuer auf 110 Proz. eingetreten sei. Das werde von der Bevölkerung nicht verstanden werden, die jetzt schon unter hohen Lasten zu leiden habe. Es gebe noch andere Steuern, die man den Besitzenden auferlegen könne, so die Wertzuwachssteuer.

Conrad trat diesen Ausführungen entgegen. Er bedauert, daß es nicht schon diesmal zu erreichen war, den Steuerzuschlag auf 110 Proz. zu erhöhen, denn im nächsten Jahre werde es unbedingt notwendig sein, und wenn dann die sozialdemokratische Fraktion die Mehrheit haben sollte, dann werden die Bürgerlichen diese Erhöhung als sozialdemokratische Mißwirtschaft bezeichnen. Wenn die Kulturaufgaben der Stadt nicht leiden sollen, wenn Krankenhäuser, Schulen, Badeanstalten gebaut und gemeinnützige Einrichtungen geschaffen werden sollen, so müssen Steuerquellen gesucht werden; und da die Sozialdemokratie jede indirekte Steuer bekämpfe, bleibe nur die direkte Steuer übrig. An direkten Steuern entfallen in Neukölln auf den Kopf der Bevölkerung nur 8 M., auf den Kopf der Zensiten 24 M. (in anderen Orten dagegen 48 bis 100 M.); ein Zuschlag von 10 Proz. der Gemeindeeinkommensteuer würde also nur 1,20 M. pro Kopf der Zensiten betragen.

Beith unterstützt diese Ausführungen. Eine Opposition gegen eine notwendige Erhöhung der direkten Steuern sollte man in Parteikreisen nicht erwarten.

Hanno verlangt, daß die Lasten auf die Schultern der Reichen gelegt und die Zuschläge auf die Einkommen bis 2000 M. nicht erhoben werden.

Heller betont, wenn man die indirekten Steuern, die Lustbarkeits-, die Schankstteuer und andere Steuern beseitigen wolle und damit ein Loch von rund einer halben Million in den Stadtsäckel reiße, dann müsse man dieses mit anderen Mitteln wieder zustopfen. Die Gemeinden allein haben nicht die Macht, die Reichen gehörig zu besteuern, die Gesetzgebung des Staates steht dem entgegen.

Kloth ist derselben Ansicht. Ehe man nicht die Klinke der Gesetzgebung in Händen habe, könne man seine Ziele nicht verwirklichen. Erst wenn die Sozialdemokratie mehr Einfluß im Landtag errungen haben werde, könne sie auch die Politik in den Gemeinden mehr beeinflussen. Die Befürchtung, daß man noch über 110 Proz. hinausgehen müsse, teilt Redner nicht, sondern hofft, daß die Stadt aus eigenen Unternehmungen mehr Ueberschüsse er-

gielen werde. Für eine Gemeinde allein sei es auch sehr gewagt, die Steuern zu erhöhen, da damit gerechnet werden müsse, daß die steuerkräftigen Bürger wegziehen. Was dem Arbeiter durch die erhöhte Steuer genommen werde, solle ihm ja in anderer Form wiedergegeben werden, denn gute Schulen, Krankenhäuser, Badeanstalten usw. lögen doch gerade im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung.

Scholz geht in seinem Schlußwort ebenfalls auf diese Debatte ein. Der jetzige Moment sei der geeignetste, um über diese Frage zu diskutieren, da die Genossen bei der Hausagitation zu den Stadtverordnetenwahlen vielfach darüber befragt werden würden. Um die Reichen mehr zu besteuern, werde von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion alles mögliche getan. Die Stadt habe verschiedene Fonds, die eigentlich nicht angegriffen werden sollen, aber die Bürgerlichen tun es doch, nur um einer Erhöhung der Steuern aus dem Wege zu gehen.

Als Kandidaten für die Stadtverordnetenwahlen stellte die Versammlung folgende Genossen auf: für die dritte Abteilung: Wermuth, Thurow, Groger, Heitmann, Schuch, Boesle, Iden, Bytomski, Jaeck und Polenske; für die zweite Abteilung im 1. Bezirk Dichte und Alscher, im 2. Bezirk Prenzel und Felsch, im 3. Bezirk Schuch, im 4. Bezirk Vogel, Rohr und Zepmeisel, im 5. Bezirk Dr. Fürst, im 6. Bezirk Röhl und Wilcke.

Unter „Verschiedenes" wurde ein Antrag des Vorstandes, die Karenzen für Grabständchen von 3 auf 5 Jahre, diejenigen für Kransspenden von 6 Monate auf 1 Jahr zu erhöhen, nach längerer Debatte an den Vorstand zurückverwiesen. — Poschmann forderte nochmals zu reger Agitation unter den Jugendlichen auf und verwies auf eine Versammlung derselben, die am Sonntag nachmittag um 2 Uhr stattfindet. — Eckert richtete an alle Genossen, die nicht preußische Staatsangehörige sind, das Ersuchen, die nötigen Schritte zur Erlangung der Staatsangehörigkeit zu tun, um dadurch auch ein Wahlrecht zu erlangen.

Charlottenburg.

Ein schwerer Straßenunfall ereignete sich gestern nachmittag an der Wilmersdorfer Straße, Ecke der Grünstraße. Dort wurde der Laufbursche Eberhard Petrzik, Königsweg 7 wohnhaft, von einem Plattenwagen der Firma Bloch aus der Köthener Straße 30 überfahren. Die Räder des schweren Wagens gingen dem unglücklichen jungen Manne über beide Beine; außerdem erlitt er noch Hautabschürfungen. In schwerverletztem Zustande wurde der Verunglückte zunächst nach der Unfallstation in der Berliner Straße und von dort mittels Krankenautomobils nach dem Krankenhaus Westend übergeführt.

Tempelhof.

Für die Jugendpflege bewilligte die Gemeindevertretung in diesem Jahre zum ersten Male 1000 M. Es hat sich auch bereits ein Jugendausschuß der Gemeinde Tempelhof gegründet, der nun der proletarischen Jugendbewegung Abbruch tun soll. Durch eine vom Rechnungsrat Gemeindeschöffen Jung unterzeichnete Bekanntmachung werden die schulentlassenen jungen Leute sowie deren Eltern zu einem Volksunterhaltungsabend nach einem Lokale eingeladen, dessen Wirt sonst von der Arbeiterschaft nichts wissen will. Unsere Arbeiterschaft wird verständig genug sein, den aus öffentlichen Mitteln gespeisten Unterhaltungsabend zu meiden, der nur bestimmt ist, die Bestrebungen der Arbeiterschaft zu bekämpfen. Will die Gemeinde sich in Jugendpflege betätigen, so bietet sich ihr ein großes und dankbares Feld in anderer Weise, wo die Mühewaltung und die 1000 M. besser angewandt sind. Proletarische Eltern und ihre schulentlassenen Söhne und Töchter werden schon jetzt darauf aufmerksam gemacht, daß der Jugend- und Bildungsausschuß Tempelhof-Mariendorf am Sonnabend, den 20. April, im Lokale von Grahl, Mariendorf, einen Lichtbildervortrag mit Vortrag veranstaltet. Der Touristenverein „Die Naturfreunde" wird „Eine Wanderung durch die Mark Brandenburg" zur Anschauung bringen. Gedichte von Wilhelm Busch werden den heiteren Teil ausfüllen. Der Arbeitergesangverein hat gleichfalls seine Mitwirkung zugesagt. Gemütliches Beisammensein und Tanz werden den Abend beschließen. Erwachsene zahlen 20 Pf. Jugendliche unter 18 Jahren haben freien Zutritt.

Baumschulenweg.

In einer öffentlichen Protestversammlung referierte am Dienstagabend Genosse Fr. Schulze über die geplante Ausnahmebesteuerung der Konsumvereine. Die Versammlung stimmte der vorgeschlagenen Protestresolution einmütig zu und klang aus in der Aufforderung an die Einwohnerschaft, die Pläne der arbeiterfeindlichen Mittelständler durch um so regere Beteiligung am genossenschaftlichen Warenbezug zu durchkreuzen.

Lankwitz.

Am nächsten Sonntag, Palmsonntag, nachmittags 5 Uhr, findet bei Schulz, Mühlenstraße, die Schulentlassungsfeier statt. Es wird bei freiem Eintritt ein schönes, künstlerisches Programm geboten. Die Festrede hält Dr. Jul. Moses. Es ist Pflicht aller Genossen, dafür zu sorgen, daß alle Jugendlichen, besonders diejenigen, die eingesegnet werden, auch an der Feier teilnehmen.

Der Jugend- und Bildungsausschuß.

Lichtenrade.

Die am Sonntag stattgefundene Stichwahl in der 3. Abteilung brachte uns nicht den erhofften Erfolg. Es erhielten unsere Kandidaten Lier 124, Nowigk 137 Stimmen gegen 176 resp. 195 der Gegner. Worunter sich zirka 30 Papierstimmen befanden. der Gegner, worunter sich zirka 30 Papierstimmen befanden. heraus. Den Geschäftsleuten drohten diejenigen, die nie genug über Terrorismus der Sozialdemokraten reden können, mit Entzug ihrer Aufträge resp. Kundschaft, sobald dieselben den sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme geben. Ausflügler, die am Sonntagmittag in Lichtenrade ausstiegen, wurden an amerikanische Verhältnisse gemahnt. Durch einen an den Seiten mit großen Plakaten bedeckten Viehwagen wurden die Namen der gegnerischen Kandidaten bekanntgegeben. Vier Pferde und der Ausputz der Kutscher sorgten für genügende Aufmerksamkeit der Kinder. Noch in letzter Stunde verbreiteten die Gegner ein Flugblatt, das voll unflätiger Angriffe auf unsere Kandidaten und faustdicker Lügen strotzte. Wie bitterer Hohn mutete das Geschreibsel der „Lichtenrader Zeitung" bis zum Tage der Hauptwahl über die Alteingesessenen an. Nach der Wahl fanden sich die Herren jedoch gegen die Umstürzler zusammen. Nun werden die Gegner zu beweisen haben, wieweit sie es ernst nehmen mit der Vertretung der Interessen der Allgemeinheit. Wenn es uns diesmal nicht gelungen ist, die Gegner zu werfen, so dürften uns dieselben bei der nächsten Wahl noch stärker auf dem Plan wiederfinden.

Mariendorf.

Eine für die Verkehrsentwickelung Mariendorfs wichtige Frage war Gegenstand zweier kurz hintereinander folgenden Vertretersitzungen. Der Verhandlung zugrunde lag ein Vertrag des Teltower Kreisausschusses wonach die Gemeinde Mariendorf ersucht wurde, als Interessenglied der Gemeinden Steglitz, Lankwitz und Groß-Lichterfelde in bezug auf die jetzige Teltower Kreisbahn, die die Verkehrsverbindung zwischen Steglitz-Groß-Lichterfelde und Steglitz-Südende herstellt, beizutreten. Ein Stück der Bahn Steglitz—Südende wird auf Mariendorfer Gebiet geführt, dessen Wegebenutzung in einem früheren Vertrag in bezug auf Herstellung, Instandhaltung usw. festgelegt ist. Zunächst wird nun in dem zur Verhandlung stehenden Vertrag vom Kreisausschuß ausgesprochen, daß mit dem Beitritt der Gemeinde Mariendorf diese als berechtigtes und verpflichtetes Glied der obengenannten Gemeinden gilt, d. h. Mariendorf soll für die Schulden und Lasten als jetzt beitretendes, aber an dem Verkehr am wenigsten interessiertes Glied zu gleichen Teilen mittragen. Bekanntlich besteht nun aber zwischen der Teltower Kreisbahn bezw. dem Kreisausschuß und der Gemeinde Mariendorf ein besonderer Vertrag, nach welchem die Kreisbahn nach Fertigstellung der Unterführung am Bahnhof Mariendorf von Steglitz über Südende bis Mariendorf, Kaiserstraße, Ecke Chausseestraße, geführt wird, wofür Mariendorf neben einigen Klauseln in bezug auf Instandhaltung bei der Fertigstellung 100 000 M. zahlt. Dies ist die Strecke, an der Mariendorf nur interessiert ist. Während in diesem Vertrage keine Klauseln für die Zulassung und den Bau von Konkurrenzbahnen vorhanden sind, verlangt der neue Vertrag, daß der Kreis bei solchen Fragen stets die Entscheidung hat und sich auch jedes Vorrecht auf weiteren Bahnbau sichert. Der Endeffekt wäre also die Auslieferung der gesamten Verkehrsverhältnisse an den Kreis. Als Vorteil soll gelten die Verpflichtung des Kreisausschusses einen ermäßigten Tarif einzuführen, sofern nicht — Zuschüsse notwendig sind. Und dann wird die Gemeinde 1944 Mitbesitzerin der Kreisbahn mit einer eventl. schuldenfreien Uebernahme, wenn weniger als 1 108 000 M. Schulden vorhanden sind, die darüber hinausgehenden Summen müssen die Gemeinden zahlen. Der Teltower Kreis als Besitzer der Teltower Kreisbahn tritt hier als Unternehmer sonderbarer Art auf. Um die durch den immer stärker werdenden Verkehr notwendigen Kosten für den Umbau aller Strecken von Schmalspur- und Vollspurbahnen nicht allein tragen zu müssen, bietet er den Gemeinden Verträge an, die für sie ein großes Hindernis sind. Nach langer, eingehender Debatte beschloß die Vertretung einstimmig, den Vertrag abzulehnen.

Hierauf verlangte Genosse Reichardt Auskunft, wer als Delegierter nach dem im April stattfindenden Kreistag gehe. Ihm wurde der Bescheid, daß der frühere Gemeindevorsteher Westphal als solcher gelte. Allgemein wurde der Wunsch ausgesprochen, daß in der Delegation ein Personenwechsel stattfinden müsse.

Johannisthal.

In einer Dauersitzung bis 12 Uhr nachts wurde am letzten Donnerstag der Voranschlag für das Jahr 1912 durchberaten. Die Beschlußfassung über die Höhe der direkten Steuern wurde auf Antrag des Gemeindevorstehers von der Tagesordnung abgesetzt, um weitere Informationen über die Zulässigkeit der Höhe der Realsteuern bei der Regierung einzuholen. Die Aufstellung des Voranschlages zeigt das Bild einer Armengemeinde mit äußerster Sparsamkeit. Die Einnahmen aus indirekten Steuern sollen ergeben: Umsatzsteuer 6000 M., Wertzuwachssteuer 2000 M., Lustbarkeitssteuer 3000 M., Hundesteuer 1125 M., Biersteuer 3000 M., zusammen 15 125 M. Die Ausgaben für die allgemeine Verwaltung belaufen sich auf 46 925 M., gegen 35 904 M. im Vorjahre. Für die Schule sind 61 037 M. in Ansatz gebracht, hiervon werden an Gehältern für 14 Lehrer und Schuldiener 38 887 M. gezahlt. Die Gehälter für die Gemeindebeamten belaufen sich auf 25 500 M. Die abzuführenden Polizeikosten auf 5315 M. An Zinsen und Tilgung für eine Schuldenlast von 557 799 M. hat die Gemeinde 24 280 M. aufzubringen. Das Feuerlöschwesen erfordert 8200 M., Wohlfahrts- und Gesundheitspflege 1254 M. Die Ausgaben für die öffentliche Bibliothek betragen nach Abzug der Beihilfe des Staates und des Kreises von 250 M., 500 M. Die Ausgaben für Armenpflege belaufen sich nach Abzug von Leistungen aus anderen Armenverbänden und zur Unterstützung verpflichteten auf 2780 M. Die Beratung des Entwurfes ging im ganzen ruhig von statten. Herr Rehbein bemängelte die durchaus dürftige Ansammlung des Fonds für Gemeindeanlagen. Redner wollte diese für die weitere Herabsetzung der Steuerzuschläge verwendet wissen, fand aber keine Gegenliebe. Von unseren Genossen wurde verschiedentlich in den Gang der Verhandlungen eingegriffen. Zunächst forderten sie die Bereitstellung von Mitteln zum Bau der Turnhalle. Des weiteren protestierten sie gegen die Verwendung öffentlicher Mittel zu Illuminationen und forderten eine weitere Erhöhung der Mittel für Armenpflege. Eine eigenartige Begründung gab der Gemeindevorsteher für die Zurechtweisung, die Mitglieder der Feuerwehr über sich ergehen lassen mußten, weil dieselben bei der Gemeindewahl sozialdemokratisch gestimmt haben. Der Herr meinte, es bestehe die Gefahr, daß der der Feuerwehr verliehene polizeiliche Charakter durch eine solche Haltung wieder abgenommen werde.

Ober-Schöneweide.

Die Be- und Entwässerung des Ortes wird in der nächsten Zeit eine wesentliche Umgestaltung erfahren. Für das neuerschlossene Gemeindegebiet, für welches der Monopolwasserlieferungsvertrag mit dem Gemeindewasserwerk Rummelsburg keine Geltung hat, ist das Wasserwerk im Ortsteil Ostend bald am Ende seiner Leistungsfähigkeit angelangt. Daraus entstände der Gemeinde die Aufgabe, unter Aufwendung großer Mittel eine wesentliche Erweiterung vorzunehmen. Es besteht nun die Aussicht, daß in der nächsten Zeit ein Vertrag mit der Stadt Berlin abgeschlossen wird, wonach die Wasserlieferung aus dem im Bau begriffenen Werk in der Wuhlheide ab 1914 erfolgen soll.

Die Beseitigung der Schmutzwässer bedarf ebenfalls einer anderweitigen Regelung. Das angewandte Kohlebreiverfahren weist einerseits wesentliche Mängel auf, und andererseits wird eine Erweiterung des Klärwerkes nicht zu umgehen sein; abgesehen davon, daß die ungeheuren Abwässermengen der industriellen Werke den Klärprozeß äußerst erschweren. Auch hier ist ein Vertrag mit der Stadt Berlin in Vorbereitung, wonach die Abwässer den Rieselfeldern in Hellersdorf zugeführt werden sollen. Es besteht die Aussicht, daß trotz der vorzunehmenden Druckrohrverlegung eine Mehrbelastung der Gemeinde durch die von der Stadt Berlin zu erlangende Gebührenfestsetzung vermieden wird. Die Gemeindevertretung wird sich jedenfalls in ihrer nächsten Tagung mit diesen Projekten zu befassen haben.

Spandau.

Die Spandauer Genossen und der Ankauf der Rustwiesen. Eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins fand am Dienstag bei Borchardt in der Seeburger Straße statt. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Berliner Stadtverordneten Genossen Karl Leid über Kommunalpolitik. Der Redner wies zunächst auf die Gegensätze hin, die, wie in Reich und Staat, so auch in den Gemeinden zwischen den verschiedenen Klassen der Bevölkerung bestehen, und die es für die Arbeiterschaft zur Notwendigkeit machen, auch hier für eine eigene Vertretung ihrer Interessen zu sorgen. Sodann zeigte Redner an einer Reihe von Beispielen aus dem umfangreichen und so vielgestaltigen Gebiet der Gemeindepolitik, welche Forderungen und Grundsätze für die sozialdemokratischen Stadtverordneten und Gemeindevertreter maßgebend sind. Unter anderem betonte Genosse Leid, daß die Grund- und Bodenfrage sowie die Wohnungsfrage von außerordentlich großer Wichtigkeit für die Gemeinden ist, und zeigte, welche großen Schwierigkeiten einer vernünftigen und zweckmäßigen Lösung dieser Fragen entgegenstehen, weil das Terrainspekulantentum alle Mittel aufwendet, um hier seine kapitalistischen Interessen zur Geltung zu bringen. Das schändliche Dreiklassenwahlrecht, und dazu noch das Hausbesitzerprivileg, machen es den Vertretern des arbeitenden Volkes um so schwerer, Beschlüsse herbeizuführen, die dem Wohle der Allgemeinheit entsprechen. Die Gemeinden haben das größte Interesse daran, daß ihr eigener Grund und Boden nicht vermindert, sondern vermehrt wird. Natürlich wird man nicht unter allen Umständen Grundstücke ankaufen, sondern nur, wenn man günstig kaufen kann und es zum Vorteil der Gemeinde gereicht. Da die sozialdemokratische Vertretung in den Gemeinden nur eine Minderheit bildet, also ihre Forderungen nicht voll zur Geltung bringen kann, wird sie sich bei solchen Vorlagen, die irgendwelchen Nutzen für die Allgemeinheit bringen, immer fragen müssen, ob damit nicht Nachteile verbunden sind, die die Vorteile überwiegen. Das ist oft eine sehr schwer zu entscheidende Frage. In der Spandauer Stadtverordnetenversammlung sitzen bekanntlich ganz besonders enragierte Vertreter der Grundstücksinteressenten, wodurch es unseren Genossen besonders schwer gemacht wird, in der Grund- und Bodenpolitik immer das Rechte zu treffen. Darum gilt es um so mehr, die hier vorliegende Frage ruhig und leidenschaftslos zu prüfen. Unsere Endziele können ja innerhalb der Gemeinden nicht erreicht werden. Aber es kommt für uns in den Gemeinden darauf an, den Gegnern immer weitere Konzessionen abzutrotzen, Vorteile für die Allgemeinheit zu erringen, die als Abschlagszahlung zu betrachten sind. Handeln wir so im Sinne unseres Programms, so wird auch unsere Gemeindepolitik zum Segen ausschlagen.

In der Diskussion über den Vortrag sprach Genosse Pieper und betonte, daß die sozialdemokratische Fraktion in Spandau die vom Genossen Leid ausgesprochenen Grundsätze immer befolgt habe und daß sie auch die einzige Partei war, die sich bei den bekannten Enthüllungen durch Professor Eberstadt auf dessen Seite stellte.

Der zweite Punkt der Tagesordnung war der Ankauf der Rustwiesen und der Verkauf des Stadtwaldes sowie die Stellung der Genossen zu dieser Angelegenheit. Der Vorsitzende Genosse Scior legte kurz dar, um was es sich handelte. Auf Drängen einzelner Genossen und auf Antrag von Mitgliedern habe der Vorstand sich veranlaßt gefühlt, die Stadtverordneten zu einer Aussprache über die Angelegenheit zu laden. Die Gründe, die ihrerseits für den Ankauf der Rustwiesen vorgebracht wurden, hätten den Vorstand nicht befriedigt; der Vorstand sei zu der Ansicht gekommen, daß der Ankauf beschlossen wurde, um die Firma Meyer u. Söhne zu retten, und weil unsere Stadtverordneten dafür stimmten, ohne mit dieser Frage erst an den Vorstand heranzutreten, habe dieser einstimmig beschlossen, daß ihnen eine Rüge zu erteilen sei. Hierauf nahm Genosse Pieper das Wort. Seine Ausführungen entsprechen dem, was bereits in Nr. 65 des „Vorwärts" dargelegt wurde. Schon vor Jahresfrist habe er in der Stadtverordnetenversammlung erklärt, daß die Fraktion niemals abgeneigt sei, das Gelände zu kaufen, wenn es unter günstigen Bedingungen geschehen könne. Daß die Sache jetzt abermals auf die Tagesordnung kam, dazu habe allerdings der Bankkrach beigetragen. Er, Redner, verstehe nicht, warum die Sache nun mit einem Male so viel Staub aufwirble. Die Rustwiesen lägen sehr günstig, und man habe auch ehe der Entschluß zum Ankauf gefaßt wurde, Bohrungen vornehmen lassen, und zwar mit dem Ergebnis, daß der Bautechnik auf dem Gelände keine Schwierigkeiten erwüchsen. Die Firma Meyer u. Söhne gehe die Fraktion gar nichts an. Er, Redner, sei der Ueberzeugung, daß man zugunsten der Stadt gekauft habe, und übrigens sei es leichter zu kritisieren, als in der Stadtverordnetenversammlung selbst Stellung zu nehmen. — Genosse Schubert führte demgegenüber aus, daß die bürgerlichen Stadtverordneten und der Magistrat bei der Sache lediglich im Interesse einer kapitalistischen Firma gearbeitet hätten. Schon der Umstand, daß der Magistrat dieselbe Vorlage siebenmal hintereinander einbrachte, zeige deutlich, daß kapitalistische Interessen dahinterstecken. Die Rustwiesen seien ein Sumpfgelände und für die Stadt zu teuer gekauft. Niemand hätte einen Vorwurf erhoben, wenn die Stadt infolge des Krachs zu billigem Preise gekauft hätte. Aber das sei hier nicht der Fall. Man habe überdies einer einzelnen Firma noch 440 000 M. in den Schoß geworfen, und unsere Genossen hätten gleichzeitig dafür gestimmt, das gute Waldgelände der Stadt für 4 M. den Quadratmeter loszuschlagen. (Zwischenruf: „Nicht wahr!") Wenn durch Ablehnung des Ankaufs in Spandau einmal eine gründliche Reinigung eingetreten wäre, so hätten sich sicherlich an Stelle der zugrunde gegangenen, größere, kapitalkräftige Institute gefunden, um die Funktionen zu übernehmen. — Genosse Piek äußert sich im Sinne seines Fraktionskollegen Pieper. Er wohne seit 30 Jahren in Spandau und wisse, was der Grund und Boden hier wert sei. Die Fraktion habe sich von den Grundsätzen unseres Kommunalprogramms leiten lassen und danach gehandelt. Wenn das Gelände jetzt wieder verkauft werden sollte, so sei das nicht ihre Schuld. — Im weiteren Verlauf der Debatte sprechen die Genossen Abbold, Stahl, Reichardt, Trompler, Wolf und Hinze sich aus den oben schon angeführten Gründen gegen die Haltung der Fraktion aus, wobei der Wunsch laut wird, die Fraktion möge erklären, eingesehen zu haben, daß sie verkehrt gehandelt habe; damit werde man dann die Sache für erledigt ansehen können. Die Genossen Grögerchen und Peczielles sprechen demgegenüber im Sinne der Genossen Pieper und Piek. Sodann nimmt Genosse Leid das Wort und weist auf die Schwierigkeiten der Entscheidungen hin, vor die die Genossen in der Gemeindevertretung oft gestellt werden. Es könne ja vorkommen, wie z. B. in Berlin bei der im Jahre 1907 durch eine Kommission verhunzten Wertzuwachssteuervorlage, daß sie eine im Prinzip gute Sache ablehnen, und mit ihren ärgsten Gegnern stimmen müßten, allerdings aus entgegengesetzten Gründen. Was nun die hier in Spandau vorliegende Angelegenheit angehe, so könne es allerdings den Anschein erwecken, als hätten unsere Genossen dafür gestimmt, um die betreffende Firma zu retten. Aber über die Motive werde ja nie abgestimmt, und man könne aus sehr verschiedenen Gründen zu ein und demselben Resultat kommen. Sei allerdings von vornherein ausgemacht gewesen, das Gelände weiter zu verkaufen, so scheide damit das Interesse der Stadt an dem Erwerb eigenen Grund und Bodens aus. Die ganze Sache liege aber offenbar so verzwickt, daß er, Redner, der Versammlung nur den Rat geben könne, keine unnötige Schärfe hineinzulegen. Am besten wäre es, die Sache so zu erledigen, daß man sage: Wir haben uns ausgesprochen und lassen es dabei bewenden; es wäre erwünscht gewesen, wenn sich unsere Stadtverordneten wegen dieser wichtigen Frage mit der Organisationsleitung vorher in Beziehung gesetzt hätten und hoffen, daß in Zukunft geeignetenfalls eine bessere Fühlung gesucht wird. — Nachdem die Debatte um ½1 Uhr ihr Ende erreicht hatte, erklärte die Versammlung sich mit dem Vorschlage des Genossen Leid einverstanden und verzichtete auf die Abstimmung über den Vorstandsantrag. Genosse Schubert betonte noch gegenüber einer Bemerkung des Genossen Piek, daß er hier in der Versammlung lediglich als Mitglied des Wahlvereins und nicht als Kreisvorsitzender gesprochen habe.

Mühlenbeck.

In den letzten kurz aufeinanderfolgenden Sitzungen der Gemeindevertretung wurde zunächst der Posten des Steuererhebers vergeben; natürlich fiel dieser Posten wieder dem Herrn zu, der sowieso durch seine Beamtenqualifikation schon genügend Pension bekommt, trotzdem sich auch hiesige Bürger darum beworben hatten. Das Gut Feldheim soll in Bälde von der Gemeinde Frohnau käuflich erworben werden und teilweise zu Rieselzwecken Verwendung finden, wozu die Genehmigung der Regierung schon erteilt sein soll. Das Gesuch der Firma Worch u. Co., um Pflasterung der Straße von Mühlenbeck nach Mönchsmühle wurde abgelehnt, da die Nordberliner Hartsteinwerke für unentgeltliche Abtretung und Auflassung ihres Anteils zu Straßenland noch nicht zu haben sind. Der Voranschlag für 1912 beläuft sich in Ausgaben und Einnahmen auf 96 189,64 M. An Kommunalzuschlag zur Einkommensteuer sollen 180 Proz. und an Grund- und Gebäudesteuer 270 Prozent für das kommende Jahr erhoben werden. Ein Antrag des Altsitzers Wartenberg auf Ankauf eines Stück Gemeindelandes wurde abgelehnt, da die Gemeinde noch möglichst hinzuzukaufen gedenkt. An Umsatzsteuer wird wie bisher für unbebaute Grundstücke 1½ Proz. erhoben. Der Dorfpfuhl soll in Zukunft zur Karpfenzucht Verwendung finden; momentan ist schon mit einem Versuch begonnen worden.

Nieder-Schönhausen, Nordend.

Schon lange war es von den Mitgliedern der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend am hiesigen Orte schmerzlich empfunden worden, daß hier keine Verkaufsstelle ist, so daß sie darauf angewiesen sind, ihren Bedarf außerhalb zu decken. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, wurde eine Kommission gebildet, welche die Errichtung einer Verkaufsstelle in die Wege leiten soll. Dem gleichen Zwecke sollte eine öffentliche Versammlung dienen, die am Dienstag im „Schwarzen Adler" stattfand. Genosse Störmer hatte das Referat über das Thema: „Der Kampf gegen die wirtschaftliche Ausbeutung" übernommen. Der Redner verstand es, seine Zuhörer von der wirtschaftlichen Notwendigkeit des genossenschaftlichen Zusammenschlusses für die Arbeiterschaft zu überzeugen. Seine Ausführungen wurden in der Diskussion durch Genossen Kahl (Pankow) in wirkungsvoller Weise ergänzt, während Genosse

Joachimsthal das Verhalten der hiesigen Geschäftsleute gegenüber ihren Angestellten einer vernichtenden Kritik unterzog. Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme: Die am 26. März tagende öffentliche Versammlung erklärt ihr Einverständnis zu den Forderungen der Handelsangestellten auf Verkürzung der Sonntagsarbeit in den offenen Verkaufsstellen. Die Versammlung spricht ihre Mißbilligung aus über die arbeiterfeindliche Stellungnahme der Vorstände des hiesigen „Vereins selbständiger Geschäftsleute" und der „Vereinigten Bäckermeister" und ersucht die Gemeindevertretung, die Sonntagsarbeit in der gleichen Weise wie in Berlin zu regeln." Anknüpfend wies der Vorsitzende, Genosse Bieth, darauf hin, daß sich der Vorstand des Vereins selbständiger Geschäftsleute schon bei der Gemeindewahl in parteiischer Weise betätigte, indem er das Flugblatt der Bürgerlichen mit unterzeichnet und sich so in einen offenen Gegensatz zu seiner Arbeiterkundschaft gesetzt habe. Als Erfolg des Abends waren zahlreiche Neuanmeldungen zur Konsumgenossenschaft zu verzeichnen.

Hohen-Neuendorf.

Der erste Vertreter der roten Internationale zieht nunmehr auch in unser Dorfparlament ein. Bei der am Mittwoch stattgefundenen Gemeindevertreterwahl siegte der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Hugo Hoffmann, mit 99 Stimmen über den gegnerischen Kandidaten, der 97 Stimmen auf sich vereinigte.

Nowawes.

Die am Mittwoch beendete Gemeindevertreterwahl endete, wie zu erwarten war, mit einem Siege des sozialdemokratischen Kandidaten. Es wurden 1253 Stimmen abgegeben; davon erhielt unser Genosse Hermann Ebel 1205, der Zählkandidat des bürgerlichen Mischmaschs Otto Oberlander ganze 46 Stimmen, 2 Stimmen waren zersplittert.

Die Gemeinde als Grundbesitzerin. Am 1. April v. J. betrug der Wert des der Gemeinde gehörigen Grund und Bodens mit einer Fläche von insgesamt 178 638 Quadratmetern 759 888 M., der Wert der Gebäude dagegen 1 896 900 M. Der Mobiliarwert der Gebäude betrug 259 600. Auffallend ist der große Unterschied zwischen dem Mobiliarwert der höheren Lehranstalten und dem der Volksschulen; während das Mobiliar des Realgymnasiums und der höheren Töchterschule zusammen einen Wert von 108 000 M. repräsentiert, wird der Wert des gesamten Mobiliars der sechs Volksschulgebäude mit nur 69 009 M. angegeben. Dies zeigt wieder deutlich, daß die Aufwendungen der Gemeinden für Einrichtungen zugunsten der besitzenden Masse weit höher sind als diejenigen, welche für die ärmeren Volksschichten gemacht werden.

Versammlungen.

Was haben wir vom Reichstag zu erwarten?

stand als Thema auf der Tagesordnung von sechs öffentlichen Versammlung, die vom Vorstand des vierten Berliner Reichstagswahlkreises zum Dienstagabend einberufen worden waren. In sämtlichen Veranstaltungen sprachen Reichstagsabgeordnete. Trotz ungünstiger Umstände, um nur die Umzugszeit hervorzuheben, sowie den am Tage vorher abgehaltenen Frauenleseabend, waren die Versammlungen doch durchweg gut, zum Teil sogar sehr stark besucht.

In der Löwenbrauerei, Frankfurter Allee, hatten sich die Besucher schon frühzeitig eingefunden, so daß der Abgeordnete für den vierten Wahlkreis, Otto Büchner, vor einem dichtgedrängten Auditorium sprechen konnte. Unter größter Aufmerksamkeit und oft von lebhaften Zustimmungs- und Beifallsäußerungen unterbrochen, zeichnete der Referent in markanten Strichen die derzeitige politische Lage, um dann auf die Pflichten und Aufgaben des jetzigen Reichstages einzugehen und an der Hand der von unserer Partei eingebrachten Anträge zu zeigen, was das jetzige Parlament leisten kann und leisten muß, wenn es die Wünsche des Volkes wirksam vertreten und im wahrsten Sinne des Wortes die Bezeichnung Volksvertretung verdienen will.

Ebenso zahlreich hatten sich die Besucher im „Elysium", Landsberger Allee 40, eingefunden, wo der langgestreckte, mit bunten Girlanden freundlich ausgeschmückte Raum um die neunte Stunde bis auf den letzten Platz besetzt war. Hier hatte es Henke-Bremen übernommen, in einem gutgegliederten, erschöpfenden Vortrage einen knappen Umriß von den Taten des blauschwarzen Blocks zu geben. Die Zusammensetzung des neuen Reichstages und die voraussichtliche Haltung der einzelnen Parteien bei den kommenden Wehr-, Steuer- und sonstigen Vorlagen gaben dem Redner reichlich Gelegenheit, die Schwierigkeiten zu schildern, mit denen die Arbeiten im Reichsparlament verbunden sein werden. Mit einem eindringlichen Mahnwort an die Anwesenden, alle Kräfte auf die schweren Kämpfe in der nächsten Zukunft zu konzentrieren, schloß der Referent seine wirkungsvollen Ausführungen unter dem stürmischen Beifall der Versammlung. Nach ein paar anfeuernden Worten des Vorsitzenden, Genossen Sassen, war die Veranstaltung beendet.

Bei Boeker, Weberstraße, sprach Hüttmann-Frankfurt, der einleitend den verflossenen Wahlkampf als einen der heftigsten von allen Kämpfen bezeichnete, die wir bisher geführt haben. In seinen weiteren Ausführungen verstand es der Referent, eine übersichtliche Darstellung unserer politischen Konstellation zu geben unter scharfer Hervorkehrung aller Konfliktspunkte, die mit unumstößlicher Gewißheit daraus erwachsen werden. Der Vortrag fand das uneingeschränkteste Interesse der Anwesenden, wofür schon allein der starke Applaus sprach, den der Referent erntete.

Bis auf den letzten Platz besetzt war der „Comeniussaal" in der Memeler Straße. Hier behandelte in einem etwa 1¼stündigen Referat Haupt-Magdeburg das Thema des Tages, der mit seinen Ausführungen den lebhaftesten Beifall auslöste.

Vollste Zustimmung erntete auch Schmidt-Meißen im Lokale „Südost", dessen temperamentvolle Ausführungen unter den dichtgedrängten Zuhörern zündende Wirkung auslösten.

Mit jugendlichem Feuer referierte bei Graumann, Naunynstraße 27, der sturmerprobte Vertreter von Teltow-Beeskow, Fritz Zubeil, dem man die Strapazen des verflossenen Wahlkampfes sowie die überstandene Krankheit nicht im geringsten anmerkte. Nach seinem mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrage richtete noch die Genossin Duolke eine kurze Ansprache an die Versammelten, insbesondere an die Frauen und forderte zu tätiger Mithilfe und rastloser Mitarbeit auf.

Die Steinarbeiter versammelten sich am Freitagabend in den Arminhallen, um die im Prinzip beschlossene Arbeitslosenunterstützung weiter zu beraten. Die Erhöhung der Beiträge, die je nach den Stundenlöhnen 15 Pf., 20 Pf. und 35 Pf. pro Arbeitswoche beträgt, soll mit dem 1. Mai d. J. beginnen. Der Verband leistet dafür eine Unterstützung von 1,65 M. pro Tag bis zu 24 Tagen bei einer Woche Arbeitslosigkeit als Karenzzeit und wenn die Beiträge für 52 Wochen am Ort voll entrichtet sind. Die folgenden Bestimmungen wurden auf Empfehlung des Vorstandes und der Platzvertreter von der Versammlung angenommen: Innerhalb eines Jahres wird die Unterstützung nur einmal gewährt. Das Unterstützungsjahr beginnt mit dem Erhebungstage der Unterstützung. Von diesem Tage wird stets 52 Wochen zurückgerechnet und wird Unterstützung nur dann ausgezahlt, wenn dieselbe noch nicht voll erhoben ist. Ausgesteuerte Mitglieder haben erst nach 26wöchiger voller Beitragsleistung wieder Anspruch auf Unterstützung. Arbeitslosen, die in verschiedenen Zeitperioden innerhalb eines Jahres arbeitslos werden, werden die Unterstützungswochen zusammengerechnet, bis die in Betracht kommende Höchstsumme erreicht ist. Die achttägige Karenzzeit kommt im Unterstützungsjahr nur einmal zur Anrechnung. Militärische Uebungen werden der Arbeitslosigkeit gleich geachtet. Mitglieder, welche in mehreren Zeiträumen der hiesigen Zahlstelle angehört haben, werden nach der sich ergebenden Summe der am Ort geleisteten Beiträge unterstützt. Nach außerhalb wird keine Unterstützung gezahlt. Rückständige Beiträge und sonstige Verpflichtungen gegenüber der Zahlstelle werden in Abzug gebracht. Wer länger wie acht Wochen im Rückstand ist, hat keinen Anspruch auf Unterstützung. Ein klagbares Recht steht niemandem zu.

Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Stellungnahme zum Verbandstag. Die vorige Versammlung hatte bereits Anträge gestellt in bezug auf Arbeitslosen-, Reise- und Krankenunterstützung, sowie Tarifwesen. Zwei neue Anträge des Vorstandes und der Platzvertreter kamen zur Beratung. Erstens soll Gehalt und Bureaumiete der Ortsverwaltung von der Hauptkasse getragen werden, aber ohne Beeinträchtigung der Rechte der Mitglieder am Orte. Zweitens soll die Einteilung der Wahlkreise für den Verbandstag so getroffen werden, daß 400 Mitglieder einer Zahlstelle oder eines Bezirks einen Delegierten erhalten und auf den Rest, wenn er mehr als 200 beträgt, ein weiterer Delegierter entfällt. Die Versammlung stimmte diesen Anträgen zu, ebenso einem Antrag auf Erhöhung des Krankengeldes von 4,50 M. auf 6 M. Dann wurden die Kandidaten für die Delegiertenwahl aufgestellt. — Für die Porzellanarbeiter bewilligten die Versammelten 100 M. und beschlossen, auch Listensammlungen vorzunehmen. Zum Schluß wurden noch einige Unterstützungsgesuche erledigt.

Eingegangene Druckschriften.

Revolution und Gegenrevolution in Rußland und Finnland. Von Konni Zilliacus. 252 S. G. Müller, München.

Rächte. Erzählungsband von B. Hauptmann. 3 M., geb. 4,50 M. E. Rowohlt, Leipzig.

Wissenschaft und Bildung. Bd. 30. **Einführung in die Aesthetik der Gegenwart.** Von Prof. Dr. E. Neumann. — Bd. 37. **Einführung in die Psychologie.** Von Prof. Dr. A. Dyroff. — Bd. 102. **Einführung in das Alte Testament.** Von Prof. Dr. M. Löhr. Einzelband geb. 1,25 M. Quelle u. Meyer, Leipzig.

Die Nacht des Doktor Herzfeld. Roman von G. Hermann. E. Fleischel u. Co., Berlin W. 9. 4 M.

Faustina. Ein Gespräch über die Liebe. Von J. Wassermann. 1 M., Pappband 3 M. — **Kaspar Hauser oder die Trägheit des Herzens.** Roman von J. Wassermann. 3,50 M., in Leinen 4,50 M. S. Fischer, Berlin.

Die kombinierte Zimtsäurebehandlung als Heilmittel bei Tuberkulose der Lungen und des Kehlkopfes. Mit 2 Abbildungen auf zwei Tafeln. Von Sanitätsrat Dr. M. A. Fritsche. Kommissionsverlag Mitscher u. Röstell, Berlin, Wilhelmstr. 49. 1 M.

Unserem lieben Parteiwirt
Hermann Petsch
und seiner lieben Braut
die herzlichsten Glückwünsche zur heutigen Vermählungsfeier.
Die Genossen des 539. Bezirks (G. B. R.-W.). 25652

Die herzlichsten Glückwünsche
zur Silberhochzeit
dem Genossen und der Genossin
Leberecht Herter und **Frau**
wünschen 15/10
Der Vorstand des Sozialdemokratisch. Wahlvereins Schöneberg.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratisch. Wahlverein Kreis Nieder-Barnim. Bezirk Karlshorst.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maurer
Emil Hochtritt
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 28. März, nachmittags 3 Uhr, von der Karlshorster Friedhofskapelle aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
240/19 **Die Bezirksleitung.**

Sozialdemokratisch. Wahlverein Charlottenburg.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Möbelzeichner
Otto Scharnberg
Sesenheimerstr. 1, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Freitag, den 29. März, nachmittags 4 Uhr, auf dem Dorothenstädtischen Friedhof, Reinickendorf, Scharnweberstraße 1—2, statt. 250/11
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Danksagung.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres unvergeßlichen Lieblings **Werner** sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie dem Sparverein der Harmonien und den Sängern des Neuköllner Männerchors unsern aufrichtigsten Dank.
25622 **Georg Horwitz u. Frau.**

Sozialdemokratisch. Wahlverein Kreis Niederbarnim Bezirk Weißensee.
Nachruf!
Am 22. März starb unser Mitglied, der Gasanstaltsarbeiter
Artur Krause
im Alter von 30 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
18/5 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher
Richard Grabaum
am 23. März an Nierenleiden gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 28. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Pauls-Kirchhofes, Seestraße, aus statt.
Ferner starb unser Mitglied, der Schlosser
Oswald Schöne
am 24. März an Nervenleiden.
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 28. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weißensee, Falkenberger Chaussee, aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung wird erwartet.
Nachruf!
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Zinkgießer
Albert Schütz
am 23. d. M. an Lungenentzündung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
114/15 **Die Ortsverwaltung.**

Am Montag, 25. März, starb nach langer Krankheit im 66. Lebensjahre unser lieber Kollege, der Schriftsetzer
Oskar Oehring.
Das jahrelange, gemeinsame Arbeiten und der kollegiale Sinn des Verstorbenen sichern ihm ein ehrendes Andenken. 865b
Das Personal der Linden-Druckerei
Beerdigung: Heute Donnerstag, nachm. 5 Uhr, auf dem neuen Matthäi-Kirchhof, Schöneberg, am Priesterweg.

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
Filiale Berlin. Bezirk Norden.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Otto Bergmann
am 25. März verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 28. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Golgatha-Friedhofes in der Barfusstraße aus statt.
128/15 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten zur Mitteilung, daß die Beerdigung meiner lieben Frau 874b
Julia Sonntag geb. Projann
am 28. d. Mts. auf dem Nazareth-Friedhof, nachm. 4 Uhr, stattfindet.
Wilh. Sonntag, Tischler.

Neuheiten
in eleganten
Herren-Moden
fertig und nach Mass
erhalten Sie in der modernen
Mass-Schneiderei
J. Kurzberg
Rosenthaler Strasse 40 Hackescher Markt.
Frankfurter Allee 104 Ecke Friedensstrasse.
Reinickendorfer Str. 4 Weddingplatz.
auf Wunsch Wochenrate
von **1 Mark** an

Am Mittwoch früh verschied nach schweren Leiden mein lieber unvergeßlicher Mann und guter Vater, der Isolierer 25662
Hermann Schnaak.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 30. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Nazareth-Kirchhofes in Reinickendorf-West, Scharnweberstraße, aus statt.
Dies zeigt tiefbetrübt an
Wwe. **Schnaak** nebst Kindern.

Mittwoch, den 27. März, morgens 8½ Uhr, entschlief nach langen, schweren Leiden unsere liebe Tochter
Else Stahn geb. Zahl.
Dies zeigt tiefbetrübt an
im Namen der Hinterbliebenen
Gustav Zahl, Gitschiner Str. 80.
Beerdigung findet am Sonnabend, den 30. März, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Humorist Holz, Schulstraße 52.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich hiermit allen Teilnehmern meinen herzlichen Dank.
Witwe **Berta Tscharntke.**

Frack-Verleih-Institut.
Frack-, Gehrock-, Smoking-Anzüge, für jede Größe passend, in großer Auswahl vorrätig. **S. Berg Nachf. Borchardt,** Friedrichstr. 115 I, a. Oranienburg. Tor Tel. Nord 7402.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Groß-Berlin.
Morgen Freitag, den 29. März, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15 (großer Saal):
Außerordentliche General-Versammlung
Tagesordnung: 88/18
1. Verbandsangelegenheiten. 2. Die Statutenrevision auf dem Verbandstage in München. 3. Die Delegiertenwahlen zum Verbandstage.
Kollegen, Kolleginnen! Erscheint pünktlich in dieser sehr wichtigen Versammlung. **Nur Mitglieder unseres Verbandes haben Zutritt; das Mitgliedsbuch ist am Saaleingang vorzulegen.**
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Verband der Sortierer und Kistenbekleber.
Sonnabend, den 30. März 1912, abends ½9 Uhr, im „Rosenthaler Hof", Rosenthaler Str. 11/12:
Kombinierte Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. **Bericht von der Tarif- und Lohnbewegung der Zigarrenarbeiter.** Referent: **Alwin Schulze.** — 2. Der Statutenentwurf. Anträge zur Generalversammlung in Hamburg. — 3. Verschiedenes.
Aller Erscheinen Pflicht! 187/8*
Am Eingang wird kassiert. **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Verband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands.
Filiale Groß-Berlin.
Freitag, den 29. März, abends 6½ Uhr, in Schulz' Festsälen, Am Königsgraben 14a (Nähe des Alexanderplatzes):
Bauvertrauensmänner-Versammlung.
Tagesordnung:
1. **Die Situation im Gewerbe.** 2. Verschiedenes.
Da sehr wichtige Angelegenheiten zur Kenntnis zu nehmen sind, ist es Pflicht, daß sämtliche Bauten vertreten sind. 192/8
Der Vorstand.

In der Privatklagesache des Brauers **Jakob Neumeier** in Berlin, Jägerstraße 71, Privatklägers, vertreten durch die Rechtsanwälte Bredereck und Dr. Lips in Berlin, Friedrichstr. 160, gegen den Geschäftsführer **Albert Wilde** in Neukölln, Schudomastr. 6, Angeklagten wegen Beleidigung, haben die Parteien in der öffentlichen Sitzung des Königlichen Schöffengerichts zu Neukölln vom 14. März 1912 folgenden Vergleich geschlossen:
Der Angeklagte nimmt die in der Delegiertenversammlung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Neukölln am 17. November 1911 gegen den Privatkläger erhobenen Vorwürfe als unbegründet zurück. Er erklärt weiter: Ich habe mich überzeugt, daß insbesondere der Vorwurf der Unterschlagung jeder Begründung entbehrt und bedauere, ihn aufgestellt zu haben. Die vorstehende Erklärung darf der Privatkläger innerhalb zwei Wochen je einmal in der „Deutschen Krankenkassenzeitung" und im „Vorwärts" auf Kosten des Angeklagten veröffentlichen lassen. 272/12

Achtung!
St. Felix Brasil.
Großes Umblatt, hocht. Qualität
per Pfund 1.60 M.
Hamburger Rohtabak-Haus
Filiale: Berlin N., **Brunnenstraße 25.** 272/6*

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Die Berliner Gewerkschaftskommission

hielt am Dienstag eine Sitzung ab, in der zwei wichtige Punkte behandelt wurden: Die Zentralisierung der Krankenkassen und Vorschläge zum Bezirks-Maifonds. Mit Rücksicht auf den zweiten Punkt war eine starke Vertretung der Parteiorganisation zu der Sitzung hinzugezogen. — Ueber die

Zentralisierung der Krankenkassen

referierte Ritter.

Der Referent empfahl die nachstehende Resolution, welche ohne Debatte einstimmig angenommen wurde:

„Die versammelten Vertreter zur Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgegend erklären sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, daß im Interesse der Krankenkassenmitglieder eine Zentralisation im Berliner Krankenkassenwesen notwendig und daher aufs neue anzustreben ist. Sie nehmen Kenntnis von den bereits von der Zentralkommission der Krankenkassen Berlins in dieser Angelegenheit eingeleiteten Schritten und übernehmen ihrerseits die Verpflichtung, unter den Mitgliedern ihrer Gewerkschaften durch aufklärende Vorträge für den Gedanken der Zentralisierung zu wirken.“

Simanowski, der Vorsitzende der Zentralkommission, bemerkte noch, es sei notwendig, mit der Agitation schon in den nächsten Tagen zu beginnen, denn im April halten die Ortskrankenkassen ihre Generalversammlungen ab, wo der Gedanke der Zentralisation erörtert werden müßte.

Zu eingehenden Erörterungen führte der folgende Punkt der Tagesordnung:

Vorschläge für den Bezirks-Maifonds.

Bekanntlich ist nach den Beschlüssen des Parteitages in Leipzig und des Gewerkschaftskongresses in Hamburg aus freiwilligen Sammlungen ein Fonds zu bilden, aus dem die infolge der Maifeier Ausgesperrten zu unterstützen sind. Die Berliner Gewerkschaften haben ihren Mitgliedern, welche am 1. Mai arbeiten, zur Pflicht gemacht, mindestens 50 Pf., wenn es sich um männliche, und 25 Pf., wenn es sich um weibliche Mitglieder handelt, zu diesem Fonds beizusteuern. Die Parteiorganisation hat die Beitragspflicht ihrer arbeitenden männlichen Mitglieder auf mindestens 1 Mk., der weiblichen auf mindestens 50 Pf. festgesetzt. Nach der diesjährigen Maifeier muß der Fonds gemäß den geltenden Beschlüssen zum erstenmal in Anspruch genommen werden. Eine aus Partei- und Gewerkschaftsvertretern bestehende Maikommission hat sich neuerdings mit dieser Angelegenheit beschäftigt und neue Vorschläge über die Beitragsleistung zum Maifonds gemacht.

Körsten, der über diesen Punkt referierte, sagte unter anderem: Die vorjährigen Sammlungen haben nicht so viel eingebracht, daß die voraussichtlichen Kosten der Maiaussperrung auch nur annähernd aus dem Fonds gedeckt werden könnten. 60 000 M. sind bei den Gewerkschaften eingekommen und 15 000 M. haben die Sammlungen der Partei ergeben. Dazu kommen noch 12 000 M. Ueberschüsse aus den festlichen Veranstaltungen am 1. Mai. Da im vorigen Jahre der Holzarbeiterverband allein 68 000 M. Unterstützung an die Maiausgesperrten zu zahlen hatte, so kann der angesammelte Fonds auch nicht entfernt seiner Bestimmung gerecht werden. Sollen die Verpflichtungen, welche Parteitag und Gewerkschaftskongreß der Maikommission auferlegt haben, erfüllt werden, dann darf entweder die Zahlung von Unterstützung erst nach der ersten Woche der Aussperrung beginnen, oder die Beitragssätze zum Maifonds müssen erhöht werden. Wenn Unterstützung vom ersten Tage der Aussperrung ab bezahlt wird, dann würden nach den bisherigen Erfahrungen 120—130 000 M. erforderlich sein. Diese Summe könnte aufgebracht werden, wenn die Vorschläge der Maikommission Annahme finden, welche dahin gehen: Alle am 1. Mai arbeitenden Genossen und Genossinnen haben die Hälfte ihres Tagesverdienstes an den Maifonds abzugeben. Auf Grund des Beschlusses des Parteitages in Nürnberg haben die Parteigenossen, die am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, einen Tagesverdienst zu zahlen. Auch dieser Betrag soll dem Maifonds zugeführt werden. Ebenso alle Ueberschüsse aus Partei- und Gewerkschaftsveranstaltungen, Verkauf von Festschriften und sonstige Zuwendungen. Ferner schlägt die Kommission vor, daß in der ersten Woche der Aussperrung keine Unterstützung gezahlt wird.

Wenn die Maifeier erweitert werden soll, bemerkte der Referent, dann müssen wir auch die Konsequenzen tragen und die dafür erforderlichen Kosten aufbringen.

Glocke vertrat den Standpunkt, es muß nicht gefragt werden, wollen wir zahlen oder nicht, sondern: Wollen wir feiern oder nicht. Es ist unsere Aufgabe, die Maifeier zu propagieren. Wenn jetzt die Maifeier gehalten werden soll durch die Beiträge der Arbeitenden, dann werden sich die meisten sagen: Arbeiten wir lieber, damit die wenigen, welche feiern, ausreichend unterstützt werden können. Wenn wir in diesem Fahrwasser weitergehen, dann wird die Maifeier zu einer Theatermache. (Sehr richtig!) Dahin soll man es aber nicht kommen lassen, sondern, wenn es wirklich so ist, wie manche große Gewerkschaften behaupten, daß sie nicht feiern können, dann soll man offen erklären, von einer allgemeinen Feier kann keine Rede sein, wir feiern nicht. Durch Unterstützung die Maifeier halten zu wollen, das geht nicht. Wenn bei der großen Masse kein Verständnis für die Maifeier zu erwecken ist, dann sollte man den Dingen ihren Lauf gehen lassen. Die paar Gewerkschaften, welche den 1. Mai feiern, können das unter diesen Umständen auf die Dauer auch nicht durchführen. Durch die Beschlüsse von Parteitag und Gewerkschaftskongreß ist die Sache nur verschlechtert worden, weil keine Verpflichtung zur Feier besteht. Am besten wäre es, wenn der Fonds in diesem Jahre an die Gewerkschaften prozentual verteilt und es den Gewerkschaften dann überlassen wird, ob sie in Zukunft noch feiern wollen oder nicht.

Nachdem einige Redner die Leitung des Metallarbeiterverbandes wegen ihrer Haltung zur Maifeier angegriffen hatten, sagte Cohen: Die Beschlüsse des Verbandes entsprechen dem, was in der Metallindustrie notwendig ist. Es wird keinem Betriebe verweigert, zu feiern, aber eine gewisse Stärke der Organisation im Betriebe wird mit Recht als Voraussetzung der Feier gefordert. Ist diese Voraussetzung vorhanden und beschließen die Arbeiter des Betriebes, zu feiern, dann bedarf es nicht erst der Zustimmung der Verbandsleitung. Es wird also niemand gehindert, zu feiern und die Unterstützung ist auch da. — Was den Fonds anbetrifft, so hält der Redner die Vorschläge nicht für glücklich. Wenn die Beiträge schon im vorigen Jahr mangelhaft eingegangen sind, so wird es noch mehr mangeln, wenn ein halber Tagesverdienst gefordert wird. Die Grundlage der Unterstützung muß nach wie vor die Gewerkschaft sein. Der Fonds kann nur zur Entlastung ihrer Kassen dienen. Die von Parteitag und Gewerkschaftskongreß angenommene Resolution will ja, daß gefeiert wird, nur nicht so, daß infolge der Maifeier die gewerkschaftliche Tätigkeit für das ganze Jahr lahmgelegt wird. Ein Verstoß gegen diese Resolution ist es, wenn wir einen halben Tagesverdienst als Beitrag zum Fonds fordern, denn die Resolution spricht von freiwilligen Beiträgen. Auf der Freiwilligkeit liegt der Nachdruck. Es sollte gezeigt werden, wie weit die Arbeiterschaft gehen will in der Aufbringung der Mittel für die Durchführung der Maifeier. Die Freiwilligkeit der Beiträge zu beseitigen, haben wir kein Recht, solange die Resolution besteht. Der Redner ist dafür, daß das vorhandene Geld seinem Zweck zugeführt, aber ruhig weitergesammelt wird. Was durch den Fonds nicht gedeckt werden kann, das müssen die Gewerkschaften aus ihren Beständen decken.

Eugen Ernst bemerkt zu den Ausführungen Glockes: Ob wir feiern wollen oder nicht, darüber haben wir nichts zu sagen, denn die Feier ist durch Parteitag und Gewerkschaftskongreß beschlossen. Wir haben dem Beschluß des Parteitages in Leipzig nachzukommen und dafür zu sorgen, daß die Maifeier ausgedehnt wird. Wenn ausreichende Unterstützung vorhanden ist, wird die Beteiligung an der Feier stärker werden. Anfangs ist ja gefeiert worden, ohne daß jemand auf Unterstützung rechnete. Später ist das anders geworden. Man braucht sich ja nicht darüber zu täuschen, daß die Neigung vorhanden ist, Unterstützungen zu nehmen, wo ein Anspruch darauf besteht. Mit dem reinen Idealismus ist nichts mehr zu machen. Wenn man die Einkünfte des Fonds betrachtet, dann scheint es, als habe die Partei weniger dazu beigesteuert als die Gewerkschaften. Das stimmt aber nicht. Unsere Parteigenossen haben zum großen Teil an die Gewerkschaften gezahlt, denen sie angehören. Das konnten wir natürlich nicht hindern, denn ihren Verpflichtungen an den Fonds sind sie ja nachgekommen. Daß sie dort zahlten, wo sie es billiger hatten als bei der Partei, das ist ein Mangel an Idealismus, den wir bedauern. Will man die Feier, dann hat man zu verlangen, daß die Genossen, welche nicht feiern können, wenigstens Geldopfer für die Unterstützung der Ausgesperrten bringen. Wenn Cohen sagt, die Gewerkschaftskassen müßten die Grundlage der Unterstützung sein, so könnte uns das recht sein, aber das stimmt nicht überein mit der Resolution des Parteitages und Gewerkschaftskongresses. Hiernach soll die Unterstützung in erster Linie durch den Fonds aufgebracht werden und erst in zweiter Linie die Kassen der Partei und Gewerkschaften in Anspruch genommen werden. Die Freiwilligkeit der Beitragsleistung wird durch unsere Vorschläge nicht berührt. Wenn wir einen halben Tagesverdienst fordern, so sind wir dazu genau so berechtigt, als wenn wir nur 25 Pf. fordern würden. Die Freiwilligkeit besteht in der Zahlung des Beitrages, aber nicht in der Höhe desselben. Wenn wir den Vorschlägen von Cohen und Glocke folgen, den vorhandenen Fonds prozentual zu verteilen, dann werden die Gewerkschaften beschließen, die Maiausgesperrten nicht mehr zu unterstützen und damit würde die Maifeier aufhören. Darum ersuche ich um Annahme unserer Vorschläge.

Klaar regte an, man solle, ehe man die Beitragssätze ändert, erst versuchen, die Sätze von 1 M. bezw. 50 Pf. von allen zu bekommen, welche zur Zahlung verpflichtet sind.

Glocke betonte, die Forderung eines halben Tagesverdienstes würde vielen vor den Kopf stoßen, aber nicht zur Hebung der Maifeier beitragen. Der Vorschlag, in der ersten Woche keine Unterstützung zu zahlen, sei unannehmbar. Wenn der Holzarbeiterverband seine Ausgesperrten, die meist nur wenige Tage ausgesperrt werden, erst nach einer Woche unterstützen wollte, dann würde die Feier aufhören. Propaganda sei die Hauptsache. Wenn der Metallarbeiterverband es jedem überlasse, ob er feiern wolle oder nicht, so werde dadurch die Feier nicht gefördert.

Cohen antwortete darauf: Wenn wir mit Aussperrungen von nur 3, 4, 5 Tagen zu rechnen hätten, wie die Holzarbeiter, dann könnten wir eine Maifeier machen, wie sie Berlin noch nicht gesehen hat. Aber in der Metallindustrie ist die Maifeier für die meisten Arbeiter gleichbedeutend mit dem Opfer ihrer Existenz. Die Feiernden werden entlassen und nie wieder eingestellt. Es liegt nicht am schlechten Willen, wenn die Maifeier bei uns nicht die Ausdehnung genommen hat, die wir wünschen. Unser Standpunkt zur Maifeier wird dadurch bestimmt, daß wir uns nicht durch die Feier das ganze Jahr kampfunfähig machen lassen wollen. Wir haben der Maifeier viel zu verdanken. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist dadurch sehr gefördert worden. Wenn der Fonds im ersten Jahre noch kein befriedigendes Ergebnis geliefert hat, so soll man nicht gleich neue Experimente machen, sondern es nochmal mit den bisherigen Beschlüssen versuchen.

Nachdem Körsten nochmals die Vorschläge der Kommission empfohlen hatte, wurde über die einzelnen Punkte derselben abgestimmt. Für die Zahlung eines halben Tagesverdienstes an den Fonds, sowie für Nichtzahlung von Unterstützung in der ersten Woche der Aussperrungen wurden nur wenige Stimmen abgegeben. Diese Vorschläge sind demnach abgelehnt. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, daß die am 1. Mai arbeitenden Genossen 1 M. und die Genossinnen 50 Pf. zum Maifonds zu zahlen haben und daß Unterstützung vom ersten Tage der Aussperrung gewährt wird. — Diesem Beschluß gemäß wird der Bestand des Fonds verteilt werden.

IV. Berliner 6 Tage-Rennen I., II., III., IV. Preis auf Arcona-Rad gewonnen.
II. Dresdener 6 Tage-Rennen I., II., III., IV., V. Preis auf Arcona-Rad gewonnen.
V. Berliner 6 Tage-Rennen Bis jetzt Welt-Rekord auf Arcona-Rad.
Die bedeutendsten Rennfahrer der Welt fahren Arcona-Räder, weil elegant, leichtlaufend, stabil und zuverlässig.
Neue Garantie-Fahrräder mit Doppelglockenlager, mit Pneumatik ..... 35, 40, 45 M.
Neue Arcona-Fahrräder .... 55, 65, 75, 85 M. 15 Jahre Garantie
Neue Dürkopp-Fahrräder .... 75 M.
Verlangen Sie Katalog über Arcona-Fahrräder, Fahrrad-Zubehörteile u. Radfahrer-Bedarfsartikel.
Ernst Machnow, Weinmeisterstr. 14.
Größtes Fahrradhaus Berlins. Jahresumsatz ca. 20 000 Fahrräder.

Mit Milch gekochter
Kathreiners Malzkaffee
ist den Kindern besonders
zuträglich.
Der Inhalt macht's!

Wo? ist der schönste Ausflugsort? Immer noch Pichelswerder, an der neuen Heerstraße beim Alten Freund.

Baugenossenschaft „Ideal“
Neukölln. 103/17
Verhältnishalber Stube und Küche, Bad, Warmw. usw. und 2 Stuben usw. sofort zu vermieten Buckowerstraße 3, am neuen Ringbahnhof.

MAGGI's Würze
ist einzig!
Wenige Tropfen geben schwachen Suppen, Bouillon, Saucen, Gemüsen usw. augenblicklich einen überraschenden, kräftigen Wohlgeschmack.
Achtung vor Nachahmungen!

Verkäufe.

Zehn Prozent Rabatt Vorwärtslesern. Sonntags geöffnet.

Teppiche mit Farbenfehlern 3,25, 3,85, 4,50, 5,75, 6,85, 7,50, 9,25, 12,50.

Salonplüsch-Teppiche 13,50, 16,50, 19,50, 22,50, 27,50, 35—38 usw. Mielersfabrikager, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Gardinen. Fabrikreste, Fenster 1,65, 2,35, 2,85, 3,50, 4,50, 6,75 usw.

Totalausverkauf von angeschmutzten Gardinen, Stores, Bettdecken, staunend billig. Große Frankfurterstraße 125.

Tuch- und Plüschportieren, Garnitur 3,25, 3,85, 4,50, 5,25, 5,65, 7,50, 8,50 usw.

Steppdecken 3,75, 4,25, 5,65, 7,50, 8,35, 12,85 usw.

Plüschdecken mit kleinen Fehlern 4,25, 5,50, 6,75, 7,85, 9,35, 11,50 usw. E. Weitzenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 1231R*

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Jedermanns allerbilligster Wareneinkauf. Riesenauswahl Pelzsachen. Herrenpaletots. Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Herrenhosen. Damensachen. Extrabilliger Bettenverkauf. Aussteuerdecken. Vermietungsbett. Aussteuerwäsche. Bettwäsche. Reichhaltige Gardinenauswahl. Portieren. Teppichauswahl. Plüschtischdecken. Steppdecken. Wanduhren. Bandbilder. Schmucksachen. Taschenuhren. Ketten-auswahl. Ringeauswahl. Festgeschenke. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. †50*

Vorwärtsleser erhalten jetzt 5 Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. 1181R*

Teppiche, farbfehlerhaft, für halben Preis.

Gardinen, Stores, angeschmutzt, spottbillig.

Leinenportieren, entzückende, mit Stickereien.

Sofastoffreste, Moquette, staunend billig.

Teppich-Thomas, Oranienstr. 160, Oranienplatz; Rosentalerstraße 54. *

Nähmaschinen vergüte bis 15,—. Sämtliche Systeme. Teilzahlung. Stuhrmann, Jüterbargerstraße 14. Postkarte. †76*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Teppiche in allen Größen, enorm billig. Portieren, Diwandecken. Engroshaus Hermann Henoch, Gertraudenstraße 18—19, I. Kein Laden. „Vorwärts"leser 5 Prozent Rabatt. 1001R*

Geld! Geld! Sparen Sie, wenn Sie im Leihhaus „Rosenthaler Tor", Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße kaufen. Anzüge von 9,00 Mark an; Paletots von 5,00 an; Damengarderobe, Betten, Wäsche, Gardinen, Portieren, Freischwinger, Bilder, Uhren, Gold-, Silberwaren, Fahrräder. Alles spottbillig. Anzüge werden verliehen. Sonntags geöffnet. Hohe Beleihung. 1036R*

Gaskronen Frankfurter Allee 124, erste Etage (Fahrverbindung Warschauerstraße). Mein Riesenlager bietet hier bevorzugte Preislagen. Louis Böttcher (selbst), Käufern Fahrgeld vergütet. 1017R*

Billig, billig, billig! Monatsanzüge, wenig getragene Sommerpaletots, Gehrockanzüge, Fracks, Smokings kauft man nur bei Weingarten, Prinzenstraße 28 I, Schaus Ritterstraße, früher 20 Jahre Gitschinerstraße. 1005R*

Glänzende Kaufgelegenheit! Prachtteppiche mit kleinen Farbfehlern 12,50, Portieren alle Farben 4,25, Plüschdecken 5,90, Steppdecken 4,50, Gardinen, Einzelfenster 2,50, Erbstüll-Bettdecken 3,75. Neuherst günstig zum Umzug und für Brautleute. Georg Lange Nachfolger, Chausseestraße 73/74. „Vorwärts"lesern noch 5 Prozent Extrarabatt. 1192R*

Gardinenhaus Bernhard Schwartz, Wallstraße 13 (dreizehn), Untergrundbahn Spittelmarkt. — Erstklassige Bezugsquelle für Gardinen, Portieren, Teppiche. — Vom einfachsten bis zum elegantesten: denkbar niedrigste Preise. — Umtausch bereitwilligst. — Fachmännischer Rat bei Neueinrichtungen und Wohnungswechsel. 1202R*

Ohne Anzahlung, Woche 0,50, Bilder, Spiegel, Möbel, Polsterwaren, Steppdecken, Tischdecken, Teppiche, Gardinen, Portieren, Bezüge, Uhren, Gaskronen liefert billigst Weber, Neue Königstraße 34. Besuch oder Postkarte. 1014R*

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Sonntag von 12—6 geöffnet. 1288R*

Teppiche (Farbenfehler) Gelegenheitskauf. Fabriklager Mauerhoff, Nur Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Gegründet 1874. Vorwärtsleisern 10 Prozent. Sonntags geöffnet.

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Flureingang.

Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. 2491R*

Zehn Prozent Rabatt Vorwärtslesern. Sonntags geöffnet.

Gardinen, Fabrikreste, Fenster 1,65, 1,95, 2,35, 2,85, 3,50, 4,65, 5,75, 6,50 usw.

Totalausverkauf von angeschmutzten Gardinen, Stores, Bettdecken, staunend billig. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Tüllstores, Bettdecken 1,75, 2,25, 2,85, 3,75, 4,50, 6,35 usw.

Künstlergardinen, weiß, creme und buntgewebt, Garnitur 3,85, 4,75, 5,95, 6,65, 8,50, 9,75 usw. E. Weitzenbergs, Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Leinenportieren, entzückend gestickt, Garnitur 2,85, 3,65, 4,35, 5,50, 6,75, 7,28, 8,50.

Tuchportieren 3,45, 3,85, 4,50, 5,25, 6,75 usw.

Plüschportieren 5,65, 6,75, 7,85, 9,50, 11,50 bis 40 Mark. Fabriklager Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Steppdecken 3,75, 4,25, 5,65, 7,50, 8,35, 9,75, 12,85 usw.

Tuchdecken 1,25, 1,75, 2,50, 3,35, 4,50, 5,85 usw.

Plüschdecken mit kleinen Fehlern 4,25, 5,50, 6,75, 7,85, 9,35, 11,50, 13,75 bis 50 Mark. E. Weitzenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Diwandecken 3,75, 4,50, 5,45, 6,85, 7,25, 8,50 bis 40 Mark.

Abfall- und fehlerhafte Teppiche in den allerneuesten Mustern mit 10 Prozent Extra-Rabatt. E. Weitzenbergs Teppichhaus und Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 1241R*

Steppdecken! Spottbilliger Inventurverkauf!! Prachtvolle similseidene: 3,85, 5,50, 6,75 bis 15,00. Tüldecken 2,50. Wolfs Teppichhaus, Dresdenerstr. 8 (Rottbusertor). Vorwärtsleisern 10 Prozent Rabatt. *

Zinkwaschfässer, Zober, Sitzwannen, Badewannen. Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47. Lesern 5 Proz.

Federbetten. Stand 11,00 16,00. Brautbetten. Spottbilliger Teppichverkauf, Freischwinger, Plüschtischdecken, Gardinen, Herrengarderobe, Schmucksachen, Plüschportieren. Leihhaus Osten, Königsbergerstraße 19. *

Leihhaus Moritzplatz 58a! Moritzplatz 58a im Leihhaus kaufen Sie enorm billig, als: von Kavalieren wenig getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9—18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damen-Kostümen, Kleidern, Tuchmänteln, auf Seide. Herstellungspreis bis Mark 150, jetzt bis 35 Mark. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Aussteuerwäsche, Betten, enorm billig, nur Moritzplatz 58a.

Betten, Stand 9,—. Brunnenstraße 70, im Keller. 1200R*

Pommersche Betten! zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig, 15,00, große Laken 90 Pfennig, Damastbezüge 3,80, Aussteuerwäsche, Steppdecken, Portieren, Teppiche, Gardinen. Pfandleihe, Prinzenstraße 34. 1037R*

4,25. Prachtbett 10,00, ganzer Stand, rotrosa gestreift. Prinzenpfandleihe, Prinzenstraße 34. *

Brautbetten, ganzer Stand 27,00, nur in der billigen Pfandleihe Prinzenstraße 34. Fahrgeld wird vergütet. *

Littauer Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebrauchte spottbillig, Skalitzerstraße 99, Warschauerstr. 67.

4,00 Prachtbett, 9,50 ganzer Stand, rotgestreift, Laken 0,80, Damastbezüge 3,55, Steppdecken. Andreasleihhaus Andreasstraße 38. *

Landbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig, 14,25, nur Andreasleihhaus. *

Bauerndeckbett, Unterbett, zwei Kissen, 26,00, nur Andreasleihhaus, Andreasstraße 38. *

Gaszuglampen 7,00, Gaszweilochkocher 3,50, Wallnertheaterstraße 32.

Kinderwagen. Teilzahlung, Woche 1 M., Riesenauswahl, spottbillig. Meisels, Warschauerstraße 80. 1206R*

Betten, zwei Stand, 12,50, umständehalber Kahlerstraße 16 II.

Prachtbetten, 13,00, zwei Stand, umständehalber. Yorkstraße 17 III.

Zu verkaufen sehr preiswert Kastenwagen und diverse Handwagen hier O., Mühlenstraße 20, bei Herrlich.

Kinderwagen, modern, vernickelt, bei Berger, Ackerstraße 80. †142

Klappsportwagen, Kinderbrahlbett verkauft Zigarrengeschäft, Rostockerstraße 17. †102

Damenkostüme, englische, aus Herrenstoffen, Seidenfutter, Roßhaareinlage, deren Bestellpreis über 100,00, verkaufen für 50—68,00. Sonntag geöffnet. Herrenmodenhaus, Friedrichstraße 71, II. *

Geschäftsverkäufe.

Fabrikausschank, vierhundert Arbeiter, konkurrenzlos, 45 Halbe Bier, 6000,— Fleischwaren, Miete 1800,—, erforderlich 2500,—. Steinborn, Rotzstraße 18. 181/14

Wäschenäherei — Damennachthemden, gute Existenz, krankheitshalber verkäuflich. Offerten unter M. 468 befördert Rudolf Mosse, Rosenthalerstraße 48. 52/1

Seifengeschäft, schöne Wohnung, Nebenerwerb für Frau, auch Maler passend. Schulstraße 115. †87

Zigarrengeschäft, 18 Jahre bestehend, sehr billig, verkauft sofort Maethner, Wullenweberstraße 7.

Parteilokal mit voller Konzession, billig zu verkaufen Lichtenberg, Friedrichstraße 60. 876b

Eklokal in Baugegend, mehrere Vereine, wegen Krankheit zu verkaufen. Zu erfragen Manteuffelstraße 42, Lokal. †49

Zigarrengeschäft, anderen Unternehmens halber billig zu verkaufen. Palisadenstraße 83 I, Poletz. †40

Grünkramgeschäft ist billig zu verkaufen Holteistraße 17. †66*

Möbel.

Arbeiter-Musterwohnungen. Für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl, Teilzahlung gern gestattet. Kassenpreis Zinsvergütung, kleine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch der Käufer. Gabbert Tischlermeister, Ackerstraße 54. *

Teilzahlung. Möbeleinrichtung, Stube und Küche 15 Mark. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. Berolina, Kastanienallee 49. 1114R*

Möbel-Gelegenheitskäufe, gut gearbeitet, viele Gelegenheitsmöbel, welche bedeutend unterm Preis sind. Bücherspind 68,—, Schreibtisch 48,—, Bettstelle 33,—, Trumeau mit Stufe 34,—, Garnitur, Sofa, 2 Sessel, Sofa 45,—, Kleiderspind 46,—, Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, wundervolle Sachen, sehr billig. Kommen Sie erst vor Ihrem Einkauf zu mir, Sie sollen die Möbel nur besichtigen. Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32. 1117R*

Möbel-Lechner, Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor, Spezial-Möbelhaus. Auf Kredit und gegen bar. Große Auswahl jeder Art. Stube und Küche, Anzahlung schon von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke, Anzahlung von 5 Mark an. Liefere auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntag nur von 12—2 geöffnet.

Möbelangebot. Vorteilhafteste Gelegenheitskäufe durch Ankauf ganzer Warenläger. Einzelmöbel, komplette Einrichtungen, schlichteste, eleganteste Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Riesenauswahl, 5 Etagen. Fabrikgebäude, Neue Königstraße 5—6, Teilzahlung gestattet. Sonntags geöffnet. *

Auf Teilzahlung! Einzelne Möbel, komplette Wohnungseinrichtungen in einfacher und besserer Ausführung liefert unter tulanten Zahlungsbedingungen die seit 50 Jahren bestehende Möbelfabrik Hermann Nolte, Tischlermeister, Zionskirchstraße 39. *

Dringend verkaufe bis Ende März Nußbaumwirtschaft mit prachtvollen Küchenmöbeln, Gaskrone, Teppich, einige Wandbilder, Geschirr, 195,—, Säulentrumeau 33,—. Händler zwecklos. Neue Königstraße 66 I. 218/16*

Möbelangebot spottbillig, Röckernstraße 25, im Anhalter Bahn-Möbelspeicher, an der Röckernbrücke. Einzelne Schreibtische 28,—, Bücherschränke, Büfetts, Kredenzen, Spiegelschränke, Kleiderschränke schon 25,—, Bettstellen, Schreibstühle, Rohrstühle, Lederstühle, Klubsessel, Säulentrumeau 30,—, Waschtoilette mit Marmorplatte 28,—, Salontische, Nähtische, Ausziehtische 18,— an, Plüschgarnitur, Salongarnitur, Paneelsofa, Sofa 40,—, Sofaumbau, Flurgarderoben 17,50. Bilder mit Prachtrahmen, Standuhren, Freischwinger 12,—. Riesenauswahl wenig fehlerhafter Teppiche statt 12,— jetzt 8,50. Extragroße, farbenprächtige Salonteppiche 35,— bis zu den elegantesten. Chaiselongue mit Decke 22,50. Diwandecken, Steppdecken, Plüschtischdecken 5,—. Tülldecken 2,—. Tüllgardinen, Restbestände unter Preis. Erbstüllstores mit Volant 3,50. Plüschportieren 7,50. Gaskronen 15,—. Oeldrucke. Für Brautleute, Hotels, Pensionate ganz außergewöhnlich billige Schlafzimmer, prächtige Herren-, Speisezimmer, Salons, moderne Küchen, ganze Wohnungseinrichtungen, nur durchweg neue, gediegene Waren, zum schleunigen Verkauf. Otto Lidecke, Möbel-Warenspeicher, Eingang nur Röckernstraße 25. Uebernahme ganzer Warenlager, Konkursmassen, Wirtschaften zum schnellen Verkauf und Auktion. 973R

Kaufen Sie direkt beim Tischlermeister. Komplette Wohnungs-Einrichtungen in allen Preislagen. Besichtigen Sie meine Ausstellung. Harnack, Stallschreiberstr. 57 (Moritzplatz). Verkauf nur im Fabrikgebäude. Zahlungserleichterung. *

Moebel-Boebel, Oranienstraße (Moritzplatz) 58, Fabrikgebäude, liefert als Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Größte Auswahl. 9 Etagen in 2 Fabrikgebäuden. Billigste Preise. Ein Zimmer und Küche 234,—, 336,—, 409,—, 496,—, 566,—, 655,— bis 1000,—. 2 Zimmer und Küche 448, 501,—, 571,—, 660,—, 773,—, 867,—, 991,— bis 2000,—. Schlafzimmer 194,—, 270,—, echt Eiche 299,—, 350,—, 401,—, Wohnzimmer, modern, 266,—, 318,—, 343,—, 403,—, Speisezimmer, echt Eiche, 343,—, 373,—, 462,—, 571,—, Herrenzimmer, englische Bettstelle mit Matratze 42,—, Trumeau, geschliffen 36,—, Plüschsofa 58,—, Umbau 70,—. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. 5 Jahre Garantie. Eventuell Zahlungserleichterungen. Geöffnet 8—8, Sonntags 12—2. Kein Laden. Verkauf im Fabrikgebäude. 952R*

Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnungseinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Ergänzungsmöbel. Büfetts, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Trumeaus 37, Schränke, Vertikos 27, Kronen, Teppiche, Bilder, Küchenmöbel, Klubsessel, Ledersofas, Umbaue, Lederstühle usw. spottbillig. Lemnerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55, Rosenthaler Tor. Die Möbel sind in vier Etagen ausgestellt. 1078R*

Möbel ohne Geld! Bei ganz kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Herrengarderobe und Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) 1075R*

Möbeltausch. Aeltere, unmoderne Möbel werden in Zahlung genommen und moderne dafür geliefert, die Differenz in bequemen Raten. Anfragen unter Postlagerkarte 18, Postamt 22. 1118R*

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft M. Goldstand, Fassenerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. 2901R*

Möbel (diskret). Reelle, alte, gut renommierte Firma liefert Möbel unter Diskretion auf Teilzahlung. Anfragen: Postlagerkarte 12, Postamt 22. 1119R*

Möbel-Cohn, Große Frankfurterstraße 58, nahe Kaiserstraße. Wohnungs-Einrichtungen auf bequeme Teilzahlung. Stube und Küche Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke Anzahlung von 5 Mark an. Moderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer. In bunten Küchen riesengroße Auswahl. Liefere auch nach auswärts. Abzahlung wöchentlich, monatlich, ganz nach Wunsch. Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntags 12—2 Uhr geöffnet. 964R*

Möbel, Kleiderschrank, Vertiko 28,—, Trumeau 45,—, Schreiber, Brunnenstraße 123. 1116R*

Viel Geld sparen Sie durch reellen, billigen Einkauf in der Möbelausstellung Oranienstraße 202 (Innungsmeister). Auch Teilzahlung. Vorwärtslesern 5 Prozent. 1104R*

100 komplette Wohnungseinrichtungen enorm billig Andreasstraße 30, geradeüber Markthalle, Dwinskji. *

Möbel verkaufe zu außergewöhnlich niedrigen Fabrikpreisen direkt im Fabrikgebäude und Laden. Besichtigung ohne Kaufzwang. Wohnungseinrichtung, Stube und Küche 200,00, 270,00—400,00, zwei Stuben und Küche 400,00—700,00, Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Küche 950,00—1450,00. Neuherst günstige Gelegenheit bietet sich meiner Kundschaft in Gelegenheitskäufen, darunter Muschelkleiderspind, Vertikos, Ruhebetten, Muschelbettstelle mit Matratze, Säulentrumeaus, Schreibtische, Büfette, Plüschgarnituren, Bücherspinde, Paneelsofa sowie ganze Einrichtungen. Eventuell Zahlungserleichterung. Gekaufte Möbel werden kostenfrei aufbewahrt und geliefert. Richard Dehmel, jetzt Oranienstraße 131. 1138R*

Möbelfabrik Menner, Reichenbergerstraße 57, liefert reellste Möbel, billigste Preise. Teilzahlung gestattet. Vorwärtsleser 4 Prozent Rabatt. *

Gelegenheitskäufe in neuen Möbeln für Brautleute, Pensionate, Hotels, Zimmervermieterinnen und Kleinhändler, Kamerlings Möbelhaus engros, en detail, Kastanienallee 56, Ecke Weinbergsweg. Hausnummer, Name beachten. 791R*

Möbelfabrik, Verkauf Schützenstraße 73/74, an der Friedrichstraße. Billiger wie überall. Zahlungserleichterung bei niedrigsten Kassapreisen. Einrichtungen von 250,—, 350,— bis 3000,— in großer Auswahl am Lager. Bettstellen, Kleiderschränke, Vertikos, Spiegel, Sofaumbauten, Büfetts, ganz besonders preiswert. Sonntags 12—2 nur Schützenstraße 73/74. 858R*

Anrichteküche. Stellig, mit modernen Butzenscheiben, 85,—. Günstig für Verlobte. Fabrik Skalitzerstr. 25, an der Hochbahn. 1170R*

Arbeiter-Wohnungseinrichtungen in großer Auswahl. Fünf Etagen. Einfach, gediegen und konkurrenzlos billig. Stube und Küche 195,00 an. Bequeme Teilzahlung nach Belieben des Käufers gern gestattet. Geringe Anzahlung. Trotzdem streng reelle Kassapreise und Zinsvergütung. Tischlermeister Rejewski, Badstraße 66. Zwei Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen. 52/5

Dringend verkaufe bis 1. April Nußbaumwirtschaft, passend für Brautleute, mit modernen Küchenmöbeln, Küchengeschirr, 2 Teppiche, Krone, spottbillig. Weimeisterstraße 2 I.

Nußbaumwirtschaft, englisch, Stube und Küchenmöbel 195,00, Schreibtisch, Umbausofa. Zehdenickerstraße 21, II, Wolf. 52/7

Verkaufe moderne, noch neue Nußbaumwirtschaft, bildschöne Kücheneinrichtung, Plüschsofa, Englischbetten, Rauchtisch, Wandbilder spottbillig. Waßmannstraße 13, I. 52/10

Verkaufe Nußbaum-Sofatisch, Gardinenstangen. Tschörtner, Rigaerstraße 102. †76

Verkaufe sofort englische Einrichtung nebst Zubehör wegen Auslandsreise. N. 65, Malplaquetstraße 7, Quergebäude III, Bachmann. †87

Verkaufe billig englische Bettstelle, Spiegelspind, Spiegel, Freischwinger, Sitzbadewanne und anderes mehr. Charlottenburg, Rückertstraße 4, Hof parterre links. †34

Umzugshalber Bettstelle, Deckbett, Kleiderspind, Waschtisch billig. Sinke, Charlottenburger Ufer 48. †34

Prachtwolle Nußbaumwirtschaft, drei Zimmer, Küche, schnell verkäuflich Zorndorferstraße 4, vorn I rechts, nahe Frankfurterstraße. †39

Englische Nußbaum-Bettstellen mit Matratzen, Kleiderschränke von 50,00 Mark an. Chausseestraße 123. *

Bettstellen, Kleiderspind, Vertiko, Spiegel, Betten. Prenzlauer Allee 23.

Musikinstrumente.

Pianinos, Harmoniums, Flügel jeder Preislage, gebrauchte 120,00 an. Teilzahlung. Scherer, Chausseestraße 106. 534R*

Pianos, jede Holz- und Stillart, jede Preislage, Eisenkonstruktion, über 100 vorrätig, von 500 Mark an. Zahlung nach Wunsch. Gebrauchte Pianos 275 Mark an. Ferdinand Manthey, Potsdamerstraße 27 B, vorn I. 52/14

Bilder.

Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weimeisterstraße 2. 1005R*

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 35,—, Holz, Blumenstraße 44. 1093R*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil 50,00 an. Holz, Blumenstraße 44. *

Erstklassige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark. Louis Barth, Brückenstraße 10a. Kein Laden. 1188R*

Fahrräder, Teilzahlungen, größte Auswahl, billigste Preise. Lothringerstraße 40. Filialen: Steglitz, Schloßstraße 116. Wilmersdorf, Uhlandstraße 100. 1203R*

Damenfahrrad, Herrenfahrrad, modern, guterhalten, 35,00. Große Frankfurterstraße 14, Hof, Keller. *

Herrenfahrrad, neuerdaltenes 30,—, Freilaufrad, Damenfahrrad. Zubehörsachen, billigst. Brandt, Große Frankfurterstraße 121, Seitenflügel. *

Teilzahlungen, eventuell ohne Anzahlung. Fahrradhaus Heyke, Danzigerstraße 95. 1239R*

Brennaborrad, wie nagelneu, billig, Herrenfahrrad 30,00 und Damenfahrrad sofort Weberstraße 42, Quergebäude parterre. 20/10*

800 Fahrräder 15,—, 18,—, 20,—, 25,— Mark aufwärts. Prachtvolle Damenfahrräder. Schneidige Straßenrenner! Vor Ankauf bitte besichtigen! Pfandleihhaus, Rosenthalerstraße 32 (neben Wertheim). Sonntag 12—6 geöffnet! 875b*

Halbrenner, gut erhalten, Holzfelgen, Rücktrittbremse, verkauft Nisch, bei Schacher, Neukölln, Bismarckstraße 20, vorn III. †125

Kaufgesuche.

Platinabfälle, Gramm 5,75, Gold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber kauft Blümel, Auguststraße 19.

Zahngebisse. Zahn bis 0,95, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Stanniolpapier, Quecksilber, Zinn, Kupfer, Gummiabfälle, Goldwatten, Platigold, höchstzahlend. Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31.

Platinabfälle, per Gramm 5,75 Mark, Gold-, Silbersachen, Gebisse kauft höchstzahlend Goldschmied Bruckard, Mulackstraße 22, nahe Rosenthalerstraße. 2956b*

Zahngebisse, Zahn bis 1 Mark, Goldsachen, Stanniol, höchstzahlend. Kohn, Neue Königstraße 76. 218/15*

Kaufe Frauenhaare, ausgekämmte. Zahle höchste Preise. Kafka, Zöpfefabrik, Rixdorf, Erkstraße 3. *

Zahngebisse in Kautschuk, Gold Silber und Platina kauft pro Zahn bis 50 Pfennig und für Platin zahlt den höchsten Preis Blumenreich, Brunnenstraße 3, am Rosenthaler Tor. (Telephon.) 763R*

Zahngebisse, Zahn bis 1,00, Platinabfälle, Gramm 5,75, Geldkontor Hallmannstraße 30. 868b

Zahngebisse, Goldsachen, Silbersachen, Platina, Stanniol, höchstzahlend, Edelschmelzerei Friedrichstraße 139 (Weidendammbrücke). 52/13

Zahngebisse, Goldsachen, Silbersachen, Platina, Stanniol, höchstzahlend, Edelschmelze, Dresdenerstraße 9 (Hochbahn). 52/12

Unterricht.

Technikum, Berlin, Neanderstraße 3 Schinkel-Akademie, Direktor Königl. Regierungs-Baumeister Artur Werner, Inhaber. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Gas, Wasser, Heizung, Werkmeister-, Techniker-Kurse, Ingenieur-Kurse, Polierkurse, Abendkurse, Tageskurse. 700R*

Werkmeister-, Maschinenmeister-, Polierkurse, Techniker-Kurse (Ratenzahlung). Beginn April. Küper, Ingenieur, Oldenburgerstraße 42. *

Verschiedenes.

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439R*

Gehrockanzüge verleiht, auch Frackanzüge, Smokinganzüge Landsbergerstraße 91A, eine Treppe. 889R

Jede Uhr zu reparieren 1,25 (außer Bruch), kleinere Reparaturen billiger. Kariel, Uhrmacher und Juwelier, Brunnenstraße 118, Ecke Usedomstraße. 1026R*

Teilzahlung. Anfertigung eleganter Herrengarderobe. Marcus, Dragonerstraße 27. 218/13*

Märzwäsche wird sauber gewaschen. Laken, Leibwäsche, vier Taschentücher 0,10. Abholung Sonnabends. Frau Berta Schulz, Köpenick, Friedrichshagenerstraße 1. 868b

Aufpolsterung, Sofas, Matratzen billig, im, außerm Hause. Schäfer, Chausseestraße 74. 52/9

Kunststopferei Lehser, Große Frankfurterstraße 67. 2399R*

Schlosserarbeiten übernimmt gleich welcher Art. Offerten N. L., Vorwärtsspedition Petersburgerplatz.

Kunststopferei Frau Schilling, Johannisterstraße 1, II. 52/2

Vermietungen.

Wohnungen.

Zweifenstrige Stube, große Küche 25,—, sofort zu vermieten. Peters, Liegnitzerstraße 37, vorn IV. †16

Arkonaplatz. Stube, Küche, 18 Mark. Wollinerstraße 15 (Hausreinigung). 52/8

Pankstraße 57 (Gesundbrunnen) schöne Wohnung, 20 Mark. †128*

Zimmer.

Kleines möbliertes Zimmer, Haupt, Brixeristraße 39, vorn III. 879b*

Möbliertes Balkonzimmer, 18,00 inklusive, Neukölln, Lahnstraße 9, III Mitte. Nähe Ringbahnhof. †125

Schlafstellen.

Saubere Schlafstelle vermietet Frau Schreiber, Wilsnackerstraße 20, Hof parterre. 878b

Schlafstelle. Herrn, 12,00. Glogow, Urbanstr. 25, Aufgang G II. †95

Möblierte Schlafstelle, 10,00, vermietet Hartung, Lausitzerstr. 3, vorn I, Ecke Wienerstraße. †16

Schlafstelle für älteren Herrn. Frau Klau, Naunynstraße 4, Hof I.

Mietsgesuche.

Kleines möbliertes Zimmer, Nähe Moritzplatz, bis 16 Mark, gesucht. Angebote H. 100, Postamt 26. 860b

Aelterer Genosse sucht möbliertes Zimmer, 15,— mit Kaffee, Gegend Lausitzerplatz. Offerten C. „Vorwärts", Lausitzerplatz. †15

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Appreturarbeiter und Anschläger für Plüschappretur werden verlangt. Anton u. Alfred Lehmann, Aktiengesellschaft, Niederschöneweide. *

Schwarzdruck-Graveur-Lehrling findet Aufnahme bei Heinr. Thiele u. Comp., Prinzenstraße 86. 862b

Schleifer auf Holzleisten, jüngerer, dauernd verlangt. Andrée, Stallschreiberstraße 23a. 866b

Polierlehrlinge, erstes Vierteljahr wöchentlich 4 Mark, jedes weitere Vierteljahr 1 Mark mehr, so daß sie am Schluß 15 Mark erhalten, verlangen Niesel u. Kämmer, Kopernikusstraße 32. 52/11

Schmiedelehrling zum 1. April sucht Meyer, Schönow bei Zepernick.

Lehrmädchen im Alter von 14—16 Jahren aus achtbarer Familie gegen monatliche Vergütung sofort gesucht. Meldungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes 10 bis 2 Uhr vormittags oder 6 bis 8 Uhr nachmittags. A. Jandorf u. Co., Belleallancestraße 1—2. 1256R*

Junges Mädchen, 14 bis 16 Jahre alt, wird vormittags zur Beaufsichtigung eines vierjährigen Knaben gesucht. Frau Jonasson, Kaiserdamm 11. 884b

Lehrmädchen auf leichte Handarbeit bei gutem Lohn suchen für dauernde Beschäftigung Louis Lachmann u. Co., Kronenstraße 18. *

Aufsteckkittel-Arbeiterinnen, perfekt, hohe Preise, verlangt Leczynski, Zorndorferstraße 1. †39

Botenfrau, keine Treppenkunden, sucht Fuchs, Markgrafenstraße 33/34.

Zeitungsfrauen sofort verlangt Schiffbauerdamm 1. 51/13

Tüchtiger

Asphalteur

selbständiger Arbeiter, für dauernd bei gutem Lohn gesucht. Offerten unter **F. C. 4188** an **Rudolf Mosse, Kassel.** 48/6*

Einen tüchtigen

Bildhauer (Modelleur)

stellen ein 201/20*

Rostock i. M., Carow & Co.

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streik oder Lohndifferenzen sind gesperrt:

Tischlerei Schuster, Kopernikusstraße 23.

Tischlerei Ottmann & Co., Gubener Str. 41.

Bautischlerei Hahn & Co., Tempelhof, Berliner Str. 101.

Tischlerei Groß, Schlesische Straße 20.

Stockfabrik Boschwitz, Brunnenstraße 181.

Berufsverein der Berliner Parkettgeschäfte, Charlottenburg, Uhlandstraße.

Für Hartgummi-Arbeiter die die Firma Matthaey, Schlesische Str. 32.

Das **Berliner Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. gelben „Handwerkerschutzverbandes".**

Arbeitsnachweis d. Stellmacherinnung und der Wagenfabrikanten, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz.

Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.